

# Die Politische Meinung

## CHINA

### Dimensionen des Wandels

**ZUM SCHWERPUNKT** Nele Noesselt, Solo oder Sinfonie? Chinas Außenpolitik;  
Klaus Mühlhahn, Warum der Aufstieg nicht vorbei ist;  
Annette Schavan, Deutsch-chinesische Partnerschaft in Wissenschaft und Forschung;  
Ansgar Graw, Washington und Peking

**INTERVIEW** Daniel Schranz, Antworten auf das Großstadttrauma

**IMPULSE** Oliver Ernst, Kurdischer Frühling, türkischer Herbst?

**GELESEN** Hans-Jochen Vogel, Zur aktuellen Strauß-Biografie von Horst Möller

“

**W**egen seiner Größe hat China in Europa schon immer extreme Phantasien und Ängste geweckt. [...] Die Position an der Spitze ist für China weniger ein Aufstieg als lediglich die Rückkehr zu einem historischen Dauerzustand.

*Klaus Mühlhahn*

**F**orschungspolitik braucht eine konzeptionelle und strategische Entwicklung über lange Zeiträume. Dabei orientieren wir uns an Ländern wie China, Indien, Brasilien und Südkorea. Sie treiben ihre wissenschaftliche und technologische Entwicklung mit beeindruckender Dynamik voran. Das ist für uns in Deutschland ermutigend und sollte Vorbild sein.

*Annette Schavan*

**Z**u Beginn dieses Jahres löschte die Zensur eine Reihe von WeChat-Konten wegen ‚Verfälschung der Geschichte der Partei und des Staates‘. Und selbst die Aufklärung ihrer Bürger im Ausland versucht die Volksrepublik China zu stören.

*Petra Kolonko*

**I**n der chinesischen Gesellschaft [haben sich] zentrifugale Kräfte und Fragmentierungstendenzen gebildet [...]. Viele chinesische Gelehrte [vertreten] den Standpunkt, dass China über ein durchaus gutes Wertereservoir verfügt: Über Vernunft und Menschenrechte hätten schon Konfuzius und Menzius gesprochen; den Rechtsstaat und egalitäre Rechte habe es auch bei den Legalisten gegeben; die Brüderlichkeit entspreche der allumfassenden Liebe der Mohisten, und Freiheit sei auch der Kern der daoistischen Philosophie von Laotse und Zhuangzi.

*Wang Ge*

**D**ie chinesische Wirtschaft boomt noch immer. Doch solange eine grundlegende Reform der politischen Institutionen ausbleibt, verharrt der autoritär staatsgelenkte, ökonomische Erfolg bei rein statistischem Zuwachs, ohne jedoch Innovationsentfaltung und Kreativität zuzulassen. Diese Kompetenzen aber werden für die künftige innere Reife der Volksrepublik und deren angestrebte globale Position zunehmend unerlässlich.

*Thomas Awe*

”



# Editorial

---

Bernd Löhmann, Chefredakteur

Konjunkturstottern, Exporteinbruch, Börsencrash im kürzlich noch allseits bestaunten Wirtschaftswunderland China! Statt der Glitzerwelt Shanghaier Hochhauspaläste stehen westlichen Beobachtern zunehmend die Bilder ökologischer Verheerungen vor Augen. Die Katastrophe von Tianjin im August 2015, bei der Tausende Tonnen hochgiftiger Chemikalien in unmittelbarer Nähe eines Wohngebiets explodiert sind, hat einiges dazu beigetragen.

„Wir müssen uns verabschieden von einem berechenbaren China“, sagte ein hochrangiger westlicher Wirtschaftsvertreter unter dem Eindruck der jüngsten Geschehnisse. Könnte es nicht sein, dass dieses riesige Land mit seiner exorbitanten Entwicklung schon früher schwer berechenbar gewesen ist? Chancen wie Risiken in kaum vorstellbarer Dimension erwachsen fast zwangsläufig aus einer solchen tief greifenden Transformation. Wenn man in den zurückliegenden Jahren in Deutschland und Europa weit lieber die Chancen als die Risiken wahrnahm, dann hat das möglicherweise damit zu tun, dass ein rosa eingefärbtes China-Bild eine leichte Ausflucht aus hiesigen Euro- und Schuldenkrisen bot.

Spätestens jetzt lässt sich nicht mehr übersehen, dass auch im „Reich der Mitte“ nicht immer alles wie „geplant“ läuft, einiges sogar krachend schiefgehen kann. Nun kommt es darauf an, dass die verflogene China-Euphorie nicht in Enttäuschung oder gar in Ressentiments umschlägt: Chinesische Studierende in Deutschland sind schon pauschal als Technologiediebe abgestempelt worden!

China ist nicht der Rettungsanker für hausgemachte Wirtschaftsprobleme, aber es ist ein Land mit 1,3 Milliarden Menschen, das über die weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft verfügt und noch dazu enorm in Forschung und Entwicklung investiert: 2013 waren es rund 253 Milliarden Euro, in Deutschland dagegen 76 Milliarden. Trotz aller berechtigten Ernüchterung, besonders in Fragen der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte: Die Zukunft findet zu einem nicht geringen Teil in und mit China statt! Gerade jetzt sollte das Ziel eines möglichst breiten, auch kritischen Dialogs mit China weiterverfolgt werden – ohne Illusionen, aber nicht gänzlich ohne Visionen.



## INHALT

### 1 EDITORIAL

#### SCHWERPUNKT

## China – Dimensionen des Wandels

### 12 SOLO ODER SINFONIE?

Nele Noesselt

Außenpolitische Ambitionen und Positionierungspläne

### 17 SCHWENK NACH ASIEN

Ansgar Graw

Washington und Peking

### 22 „NATÜRLICHE PARTNER“

Friedrich Schmidt

Zum russisch-chinesischen Verhältnis

### 26 SPOTLIGHTS DER GROSSE NACHBAR

China aus der Sicht sechs asiatischer Länder

### 34 AUF DEM WEG DES WISSENS

Annette Schavan

Die deutsch-chinesische Partnerschaft in Wissenschaft, Forschung und Innovation

### 41 FESTE GRÖSSE

Klaus Mühlhahn

Warum der Aufstieg Chinas nicht vorbei ist

### 49 SINN UND SICHERHEIT

Thomas Awe

Was das Reich der Mitte antreibt und zusammenhält – eine Vermutung

### 55 GEZÄHMTE GESELLSCHAFT?

Kristin Shi-Kupfer

Innenpolitik zwischen rigoroser Kontrolle und verordneter Dynamik

### 64 VON PEKINGS GNADEN

Beat U. Wieser

Die aktuelle Situation in Hongkong aus der Perspektive eines neutralen Landes

### 70 NACH DEM „SCHWARZEN MONTAG“

Tim Wenniges

Ist das Ende des Megawachstums in Sicht?

### 74 VOM BLAUEN HIMMEL GESCHOCKT

Peter Hefele, Johannes Vogel

Zur chinesischen Energie- und Umweltpolitik

### 79 TRANSEURASIER GESUCHT

Mark Hauptmann

Europa und China sehen einem pazifischen Jahrhundert entgegen

### 83 GOETHE JA, KONFUZIUS NEIN?

Erich Thies

Bemerkungen zu den Konfuzius Instituten in Deutschland

## Erinnert

### **45 „REMEMBER HISTORY“**

Petra Kolonko

Das Geschichtsbild als Machtinstrument der chinesischen Führung

### **120 SCHÖNER TRAUM**

Thomas Speckmann

Vor 25 Jahren wurde die Charta von Paris unterzeichnet

### **124 GEÖFFNETE FENSTER**

Christian Feldmann

Vor fünfzig Jahren ging das Zweite Vatikanische Konzil zu Ende

## Kommentiert

### **60 BILDUNG ALS MENSCHWERDUNG**

Wang Ge

Einige Facetten des geistigen Status quo in China

## Debatte

### **90 HURRA, SIE LEBEN NOCH!**

Nico Lange

Sieben Aufgaben für einen anhaltenden Erfolg der Volksparteien

### **94 INTERVIEW: ANTWORTEN AUF DAS GROSSSTADTTTRAUMA**

Der neu gewählte Oberbürgermeister von Oberhausen, Daniel Schranz, zum Großstadttrauma der CDU

## Gelesen

### **98 ZWISCHEN BIERZELT UND PARLAMENT**

Hans-Jochen Vogel

Zu Horst Möllers aktueller Biografie über Franz Josef Strauß

### **104 SCHADE UM BEIDE**

Alexander Brakel

Gregor Schöllgens Biografie über Gerhard Schröder

## Impulse

### **109 KURDISCHER FRÜHLING, TÜRKISCHER HERBST?**

Oliver Ernst

Ein Frieden zwischen Türken und Kurden hängt von der Rückkehr zum Demokratisierungsprozess ab

### **116 ENTWICKLUNGSPOLITISCHES SCHLÜSSELJAHR**

Christian E. Rieck

Globale Weichenstellungen – globale Werteordnung



## Ephemere Schriftkunst auf dem Bürgersteig

**François Chastanets Dokumentarfotos  
über Wasser-Kalligrafie in chinesischen Städten**

Schönschreiben war gestern – denken wohl die meisten Deutschen, da sogar das Erlernen der Schreibschrift in den Grundschulen zunehmend infrage steht. Anders in China, auf dessen öffentlichen Plätzen die einst elitäre Kunst der Kalligrafie eine nie gekannte Popularität gewinnt.

Seit den 1990er-Jahren verbreitet sich dieses Phänomen der Straßen-Kalligrafen, die sich mit nicht mehr als Wasser und selbst fabrizierten Schreibwerkzeugen auf Asphalt und Pflaster in traditioneller Schönschrift üben.

Bisweilen ist es weit mehr als eine Freizeitbeschäftigung. Das Malen mit Wasser ist ein zugleich innerer wie öffentlicher Dialog ihrer Autoren. Berührend ist die Bescheidenheit dieser flüchtigen Werke, die anders als westliche Graffiti nichts fixieren oder in Besitz nehmen wollen, sondern dem Wandel und der Vergänglichkeit ihren Raum lassen.

*François Chastanet: Dishu. Ground Calligraphy in China,  
Verlag Dokument Press, Årsta (Schweden), 2013.*

# China



## Dimensionen des Wandels







名

电话

房屋确权  
房屋赠与  
房屋买卖  
房屋继承  
房屋析产  
房屋拆迁  
房屋安置  
房屋腾退  
房屋租赁  
房屋分割

法律欠款回款前零收费













# Solo oder Sinfonie?

—

Außenpolitische Ambitionen und Positionierungspläne

## NELE NOESELT

Geboren 1982 in Marburg,  
Professorin für Politikwissenschaft  
mit Schwerpunkt China/Ostasien  
an der Universität Duisburg-Essen.

Der Aufstieg der Volksrepublik China zu einer global agierenden Gestaltungsmacht weckt große Erwartungen und generiert zugleich Bedrohungsperzeptionen. Insbesondere seit dem Ausbruch der Banken- und Finanzkrise

2007/2008 wurde China nicht länger als nachholendes Entwicklungsland, sondern als Hüter der weltweit größten Dollarreserven und damit als Schlüsselspieler in der Restabilisierung der internationalen Ordnung angesehen. Im Tausch gegen ein kooperatives Handeln der Volksrepublik China wurden im Rahmen der Verhandlungen über eine Reform der Bretton-Woods-Organisation (Internationaler Währungsfonds; Weltbank) zahlreiche symbolische Zusagen getroffen. Die Stimmrechte der neuen Wirtschaftsmächte sollten ausgebaut, eine generelle Quotenreform sollte eingeleitet werden. Damit reagierten die bislang de facto „allein regierenden“ Industrienationen auf die

Kritik an der fehlenden Legitimität der bestehenden Institutionen. Zentraler Kritikpunkt der Staaten des „Globalen Südens“, als deren Advokat sich die Volksrepublik China weiterhin positioniert, ist der Vorwurf der Exklusivität und Partizipationsbegrenzung internationaler Institutionen und Regelwerke.

Nachdem die Implementierung der Reformen der internationalen Finanzarchitektur aber immer wieder verschoben wurde, zeichnet sich eine strategische Umorientierung der Volksrepublik China ab. Peking hat begonnen, Alternativinstitutionen und Parallelstrukturen aufzubauen, welche das bestehende Ordnungsgefüge nicht umstürzen, das Monopol der großen internationalen Organisationen und Institutionen jedoch durchbrechen (könnten). Primär finden sich diese Parallelstrukturen im Bereich Handel und Finanzen. Die Begründung neuer trans- und interregionaler Freihandelszonen der USA, unter Ausgrenzung der Volksrepublik China, kontert Peking indirekt mit neuen entwicklungsstrategischen Infrastrukturprojekten und großflächigen Investitionsabkommen. 2014 initiierte die Volksrepublik China die Gründung der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) mit Sitz in Peking. Ebenso begann der Aufbau einer gemeinsamen Entwicklungsbank des BRICS-Netzwerkes, welches sich offiziell als Netzwerk des Globalen Südens präsentiert, bei genauerer Betrachtung aber deutlich die Interessen seiner Initiatoren widerspiegelt.

## **RENAISSANCE DER SEIDENSTRASSE**

Einen weiteren Meilenstein bei der Reformulierung der chinesischen Außenpolitik, die indirekte Abkehr von einer Politik der moderaten Zurückhaltung in weltpolitischen Fragen, markiert das Projekt „Neue Seidenstraße“. Die chinesische Reformkommission (NDRC), das Außenministerium und das Handelsministerium legten hierzu im März 2015 einen Acht-Punkte-Plan vor. Diese Strategie („yi dai, yi lu“ – wörtlich übersetzt: „ein Gürtel und eine Straße“) hat die Konstruktion neuer Wirtschaftskorridore und (Frei-)Handelszonen zum Ziel, die sich langfristig an „chinesischen“ Standards orientieren würden. Seit 2013 hatte Xi Jinping, der 2012 Generalsekretär der Kommunistischen Partei und 2013 Staatspräsident der Volksrepublik China wurde, auf dem Bo’ao-Forum auf der chinesischen Insel Hainan immer wieder erklärt, dass China für die Region Asien eine Vorreiterrolle übernehmen werde. Auf dem 2014er-Treffen hatte er hierzu das Konzept der „Neuen Seidenstraße“ ins Spiel gebracht (eine sehr symbolträchtige historische Reminiszenz, die er zuvor während bilateraler Treffen mit den Regierungen der zentralasiatischen Staaten bemüht hatte). Diese „neue“ Seidenstraße umfasst ein weitgefasstes Netzwerk von Handelswegen zu Land und zu Wasser. Diese verlaufen nach gegenwärtiger Planung durch 65 Länder und würden damit einen Handels- und Wirtschaftsblock begründen, der etwa 4,4 Milliarden Menschen

umfassen und damit über sechzig Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren würde. Dieses Netzwerk würde nach gegenwärtigen Kalkulationen knapp ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung auf sich vereinen.

Es wäre zu kurz gedacht, dieses Vorhaben allein als Replik auf den „pivot to Asia“, die verstärkte Präsenz der USA in der Region Asien-Pazifik, einzustufen. Vielmehr ist die kausale Kopplung zwischen sozio-ökonomischen Prozessen im nationalen Kontext und globalen Entwicklungsstrategien zu bedenken. Die Wirtschaftsturbulenzen in den USA und Europa haben zu einer sinkenden Nachfrage nach chinesischen Waren geführt, auf die wiederum eine neue Fokussierung auf die Stärkung des Binnenkonsums in der Volksrepublik China folgte. Unter dem Schlagwort der „neuen Normalität“ soll nun auf ein stabiles nachhaltiges Wachstum der chinesischen Wirtschaft hingearbeitet werden. Da eine solche Verlagerung aber Zeit benötigt, sind zeitgleich Schritte eingeleitet worden, die nun entstandenen Überkapazitäten chinesischer Unternehmen durch Großprojekte in anderen Weltregionen zu kompensieren und neue Absatzmärkte für chinesische Produkte zu erschließen.

Mit der Umsetzung dieses Großprojekts verbunden sind milliarden-schwere Infrastrukturprogramme, die den Auf- und Ausbau von Häfen, Flughäfen, Straßen- und Schienenwegen ebenso wie den Bereich der Telekommunikation und des Energiesektors umfassen. Finanziert wird dies über die AIIB sowie den chinesischen Seidenstraßen-Infrastrukturfonds. Mit dem Bau dieser neuen Transportwege über Land, die sich über Zentralasien in Richtung Europa erstrecken, reduziert Peking seine Verwundbarkeit, die aus einer möglichen Seeblockade oder der Kontrolle der maritimen Nadelöhre, der Straßen von Malakka und Hormus, resultieren würde. Insbesondere infolge des eskalierenden Streits mit Japan um die Diaoyu-/Senkaku-Inseln und der Neuaufgabe der US-amerikanischen Sicherheitsgarantien gegenüber ihren historischen Verbündeten in der Region Asien-Pazifik sucht Peking nach einer Diversifizierung seiner Lieferanten ebenso wie seiner Versorgungsnetzwerke.

Die „Neue Seidenstraße“ ist allerdings nicht auf die asiatischen Entwicklungsländer beschränkt. Zu einem bereits fertiggestellten Prestigeprojekt zählt die neue Eisenbahnverbindung zwischen Chongqing und Duisburg, die nur ein Drittel der Zeit benötigt, die für Containerschiffe zur See zu veranschlagen wäre. Für die Distanz von mehr als 10.000 Kilometern benötigt der Güterzug gerade einmal sechzehn Tage. Unter der fünften Führungsgeneration (das heißt seit 2012) hat die Volksrepublik China begonnen, ihre Europastrategie auszudifferenzieren: Im Zuge der Finanzkrise ist „China“ als neuer Investor in Europa auf den Plan getreten. Lag der Fokus zuvor auf den Beziehungen mit den als richtungsweisend eingeschätzten, wirtschaftlich stärksten EU-Mitgliedern, sind seitdem gezielt Projekte mit den krisengeschüttelten südeuropäischen Staaten sowie den vormaligen kommunistischen Systemen in Zentral- und Osteuropa initiiert worden. Hintergrund ist ein neues



Bewusstsein für die Pluralität der EU und ihre reformierten Entscheidungsmechanismen, welche Mehrheiten verschiedener EU-Akteursblöcke erfordern. Die Volksrepublik China setzt nun auf symbolischen Stimmenfang in allen EU-„Lagern“.

## **WIRTSCHAFTLICH STABILES CHINA – POLITISCH STABILES ASIEN**

Eine umfassende Neuausrichtung der chinesischen Außenpolitik zeichnet sich jedoch nicht ab – wohl aber eine seit Langem von chinesischen Think-Tanks, die als Berater der obersten Führungszirkel in Peking fungieren, eingeforderte Anpassung der außenpolitischen Grundideen an die veränderten innen- und globalpolitischen Rahmenbedingungen. Wegmarken finden sich in den Reden Xi Jinpings sowie in den offiziellen Schlüsseldokumenten der Volksrepublik China zu den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik sowie Handelsangelegenheiten. Im Mai 2015 wurde erstmals ein Weißbuch zur chinesischen „Militärstrategie“ vorgelegt – alle früheren Dokumente hatten unter dem Oberbegriff der Landesverteidigung gestanden. Diese offiziell dargelegte Strategie unterstreicht das Prinzip der „aktiven Verteidigung“ und betont die Ausweitung des neuen chinesischen Sicherheitsbegriffs auf nicht-traditionelle Räume wie das Internet und den Weltraum. Besonderes Gewicht bei der Modernisierung und Professionalisierung der chinesischen Streitkräfte kommt der Marine zu; Auslöser dieser Neuaufrüstung sind jedoch keinesfalls global expansionistische Ambitionen. Bedingt durch die weltweiten Wirtschaftsaktivitäten chinesischer Unternehmen sowie der zunehmend globalen Investitionsvorhaben chinesischer Banken ergibt sich für Peking vielmehr eine Notwendigkeit, auf die Stabilisierung außerasiatischer Regionen und die Wahrung chinesischer (Wirtschafts-)Interessen hinzuwirken. In diesem Zusammenhang ist der negative Handlungsimperativ, die Verpflichtung zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, bereits in den letzten Jahren relativiert worden. Die Ereignisse und Trends in anderen Systemen auszublenzen, hieße, globalpolitische und nationale chinesische Entwicklungsinteressen zu gefährden.

China beteiligt sich an Friedensmissionen der Vereinten Nationen und leistet einen eigenen Beitrag zur Bekämpfung der weltweiten Piraterie, nicht unter westlicher Ägide, wohl aber indirekt abgestimmt mit den USA und ihren Partnern. Auch in Fällen des weltweiten religiösen Extremismus hat die Volksrepublik China begonnen, sich aktiver einzumischen. So existiert ein Entwicklungs- und Stabilisierungsplan der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (China, Russland und zentralasiatische Staaten) für die Zeit nach dem Abzug der US-amerikanischen Truppen. Ebenso beobachtet China mit großer Besorgnis die Eroberungszüge des IS und hat sich in der

Syrienfrage wiederholt zu Wort gemeldet und Unterstützung angeboten – unter der Bedingung, dass diese eigenständig koordiniert und unabhängig von den US-amerikanischen Aktionen erfolgen würde.

## **REFORMATOR, KEIN REVOLUTIONÄR**

Die Volksrepublik China positioniert sich als Reformakteur, nicht aber als revolutionärer Gegenspieler der etablierten Strukturen. Der Aufbau von Alternativstrukturen verspricht Machtzugewinn, jedoch nur so lange, wie diese Strukturen sich nur regional behaupten müssen und Fehlentwicklungen dem Steuerungsversagen der „alten“ internationalen Institutionenordnung zugeschoben werden können. Letztendlich sind alle Reform- und Restrukturierungsvorstöße dem seit langer Zeit betriebenen außenpolitischen Pragmatismus der Volksrepublik China zuzuschreiben. Es geht um die Sicherung und Maximierung chinesischer Sicherheitsinteressen (unter welchen auch der Aspekt der wirtschaftlichen Stabilität subsumiert wird) und um außenpolitisches Prestige.

Letzteres aufzupolieren erfordert, Bedrohungsszenarien zu entkräften und Sympathien für „chinesische“ Interessen zu generieren. Chinas neuer globaler Investitionsplan wird von vielen Staaten jedoch nicht nur als entwicklungsstrategische Chance, sondern auch als möglicher Beginn einer neuen Hegemonie wahrgenommen. Das chinesische Außenministerium reagierte hierauf mit der Beteuerung, dass die „Neue Seidenstraße“ nicht als „Solo Chinas“, sondern als „eine Sinfonie aller beteiligten Länder“ komponiert worden sei. Dieses Bild spricht Bände: Harmonien erfordern ein Zusammenspiel aller Staaten und Akteure, der Dirigentenstab befände sich aber – zumindest für dieses interregionale Netzwerk – in den Händen der chinesischen Eliten. Die Partitur hingegen wäre nicht zwingend als „chinesisch“ einzustufen. So greifen Chinas „Blaupausen“ alte Ordnungsdebatten des „Westens“ auf. Das „chinesische“ Plädoyer für eine Ablösung des US-Dollars als alleinige Weltwährung und eine Reform der Finanzregelwerke reaktiviert die alte Kontroverse zwischen den Ökonomen John Maynard Keynes und Harry Dexter White; die Forderung nach einer „Demokratisierung der internationalen Beziehungen“ findet sich in vielen kosmopolitischen Weltordnungsmodellen.

Der außenpolitische Kurs der Volksrepublik China bleibt den Narrativen des „Wiederaufstiegs“ verpflichtet. Xi Jinpings „Chinesischer Traum“ formuliert sozio-ökonomische Entwicklungsziele für den nationalen Kontext, die sich nur über eine aktivere Mitgestaltung der Welt(handels)politik erzielen lassen. Chinas „globale“ Aktionspläne stehen und fallen mit den intern ausgehandelten Modernisierungsplänen. Solange der fragile Konsens der konkurrierenden Faktionen nicht zerbricht, sind keine radikalen Kursänderungen zu erwarten.

# Schwenk nach Asien

—  
Washington und Peking

## **ANSGAR GRAW**

Geboren 1961 in Essen, seit  
2009 Auslandskorrespondent  
in Washington, D. C. (USA),  
„Die Welt“/„Welt am Sonntag“.

Zwischen zwei Polen pendelt Washingtons China-Politik. Da ist zum einen jene tiefe Skepsis, die der Geostratege John J. Mearsheimer in seinem Buch *Tragedy of Great Power Politics* (2001) formulierte: „Obwohl es natürlich im

Interesse Chinas liegt, der Hegemon im nordöstlichen Asien zu werden, sind die USA ganz und gar nicht an einer solchen Entwicklung interessiert.“ Der Politikwissenschaftler aus Chicago mit Hang zu ketzerischen Thesen empfahl deshalb den Vereinigten Staaten, „zu tun, was immer möglich ist, um den Aufstieg Chinas zu verhindern“.

Ihm entgegen steht ein umarmender Optimismus, für den etwa Henry Kissinger das Konzept einer „Pacific Community“ entworfen hat. Vergleichbar

mit der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen „atlantischen Gemeinschaft“ würden darin China und die USA „konstruktive Beziehungen miteinander und mit allen anderen Partnern unterhalten, anstatt als Teile konfrontativer Blöcke aufzutreten“. In seinem Werk *On China* (2011) fragt Kissinger, der als Nationaler Sicherheitsberater Richard Nixons 1972 die Tür nach Peking öffnete: „Könnte ein solches Konzept mögliche Spannungen zwischen den Vereinigten Staaten und China ersetzen oder zumindest abmildern? Dies trüge der Tatsache Rechnung, dass die Vereinigten Staaten eine asiatische Macht sind und dass viele asiatische Mächte dies fordern. Und es reagiert auf Chinas Streben nach einer globalen Rolle.“

Ein unerbittlicher Wettkampf zwischen den USA und China läge in der Logik dieses Konzepts – oder gar ein heißer Krieg. China-Experten und außenpolitische Strategen um Richard Rosecrance und Steven Miller zogen im Dezember 2014 in einem im Belfer Center der Harvard-Universität publizierten Sammelband unter dem Titel *The Next Great War? Parallelen zwischen der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs und dem „Risiko eines US-China-Konflikts“*.

Behielte hingegen Kissinger Recht, würde die internationale Ordnung zunehmend von einem G2-Gremium gelenkt. Nicht permanentes und letztlich unsicheres Krisenmanagement, sondern das Verfolgen gemeinsamer Ziele von Washington und Peking würde zum Taktgeber der beiden zentralen weltpolitischen Akteure.

## G2 IST NICHT IN SICHT

Von der Theorie zur Praxis: G2 ist nicht in Sicht. Aber die Politik Washingtons wirkt insgesamt wie eine Melange aus den beiden widerstreitenden Konzepten. Barack Obama versucht, Chinas zunehmend muskulöses Auftreten gegenüber Nachbarländern, die oft mit den USA verbündet sind, einzuhegen; ein Beispiel sind die Marine-Patrouillen der US Navy, die im Oktober starteten und Pekings Anspruch auf die Spratly-Inseln sowie künstlich aufgeschüttete Atolle und die dazugehörigen nautischen Zonen im südchinesischen Meer bestreiten. Im November 2013 hatte Washington bereits ähnlich reagiert und (unbewaffnete) B-52-Bomber durch den Luftraum über dem Ostchinesischen Meer fliegen lassen, das Peking seiner Luftverteidigungszone zuschlagen will.

Andererseits möchte Obama seinen Amtskollegen Xi Jinping zur Übernahme gemeinsamer Verantwortung motivieren. Das war unter den Vorgängern schwierig. So bremste Peking anfänglich den Versuch der übrigen UN-Vetomächte und Deutschlands aus, Teheran wegen seines Atomprogramms an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Beim Kampf gegen die Luftverschmutzung hat Xi hingegen eine überraschend aktive Rolle eingenommen. Im November 2014 kündigten beide



Regierungen eine bilaterale Vereinbarung zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen an. Beim Staatsbesuch im September 2015 präsentierte Xi im Weißen Haus einen chinesischen Plan für ein nationales *Cap-and-Trade*-System, das ab 2017 Schadstoffe ausstoßenden Firmen Obergrenzen auferlegen und den Handel mit Emissionslizenzen ermöglichen soll. Der Kampf gegen Kohleverbrauch und Feinstaub liegt im Eigeninteresse Pekings, da jährlich rund 1,6 Millionen Chinesen an den Folgen der immensen Luftverschmutzung in den Ballungszentren sterben. Es hilft aber auch Obama, der als Weltklimapolitiker in die Geschichtsbücher eingehen will.

## EIN „REBALANCING“ DER AUSSENPOLITIK

Beim Thema Cyber-Security versicherte Xi, seine Regierung sei nicht beteiligt an Industriespionage, bei der Informationen oder Konstruktionspläne an chinesische Firmen weitergegeben werden. Kurz nach der Washington-Visite wurde bekannt, dass Peking mehrere von den US-Behörden identifizierte Hacker verhaften ließ.

Gleichwohl ist das wechselseitige Misstrauen groß. Als Obama, nach eigenen Worten der „erste pazifische Präsident der USA“, zu Beginn seiner Amtszeit von einem „pivot to Asia“, einem Schwenk des außenpolitischen Fokus der USA nach Asien, sprach, wurde das in Peking als Ankündigung einer amerikanischen Containment-Politik mit anti-chinesischer Stoßrichtung gewertet. Umgekehrt ist man in Washington von chinesischen Anstrengungen überzeugt, die pazifische Macht USA ihren jahrzehntelangen Verbündeten in Asien zu entfremden.

Längst hat das Weiße Haus die Wortwahl nachgebessert. Statt vom „Schwenk nach Asien“ ist nunmehr von einem „Neuausgleich“, einem „Rebalancing“ der Außenpolitik die Rede. Anders als zu Zeiten von George W. Bush stehe nicht mehr der Export von Demokratie und westlichen Werten in Länder des Nahen und Mittleren Ostens wie Irak und Afghanistan im Mittelpunkt. „Das strategische und wirtschaftliche Gravitationszentrum der Welt verschiebt sich nach Osten, und wir konzentrieren uns stärker auf die asiatisch-pazifische Region“, sagte die damalige Außenministerin und mögliche künftige Präsidentin Hillary Clinton 2012.

## WIRTSCHAFTSMOTOR CHINA

China ist eindeutig der Motor des neuen asiatischen Gravitationszentrums. Das Reich der Mitte erzielte in den 33 Jahren zwischen 1978 und 2011 ein beispielloses jährliches Durchschnittswachstum von fast zehn Prozent. Zwar wuchs das Bruttoinlandprodukt der inzwischen nach den USA zweitgrößten

Volkswirtschaft im vorigen Jahr lediglich um 7,4 Prozent, und für 2015 erwartet die Weltbank 7,1 Prozent. Doch selbst wenn die tatsächlichen Werte darunter bleiben sollten, wird sich Chinas ökonomischer Aufstieg fortsetzen.

Auf mittlere Sicht muss dies die USA nicht ängstigen. Bemisst man das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung, lag China im Jahr 2014 auf Platz 81, während die USA Nummer neun im globalen Ranking sind. Frühestens 2030 wird der einzelne Chinese etwa die Hälfte der Wertschöpfung jedes US-Bürgers erzielen.

Gleichwohl ist angesichts dieser Dynamik eine Fokussierung auf Asien geboten. Doch ihren vielen Worten ließ die US-Politik für lange Zeit allzu wenige Taten folgen.

So sagte Obama wegen des „Shutdown“, des durch Haushaltsstreitigkeiten mit den Republikanern im Kongress provozierten „Regierungsstillstands“, im September 2013 kurzfristig seine Teilnahme am APEC-Gipfel im indonesischen Bali ab. Für jene Staaten der Region, die Amerikas Nähe suchen, von Japan über Südkorea bis neuerdings Birma, war diese Prioritätensetzung irritierend. Wie wichtig ist ein „Gravitationszentrum“, wenn es wegen heimischer Budgetstreitigkeiten aus dem Terminkalender gestrichen wird? Peking dürfte sich über die Absage gefreut haben. Beim APEC-Gipfel im Jahr darauf in Peking war Obama immerhin zur Stelle. Im November 2015 in Manila hat er ebenfalls teilgenommen.

## UNENTSCHLOSSENE AMERIKANER

Die asiatischen Verbündeten mussten auch in einem anderen Zusammenhang lange auf ein Signal Washingtoner Entschlossenheit warten. Vor dem Hintergrund des erwähnten Versuchs Pekings, seine territoriale Reichweite ins Südchinesische Meer auszudehnen, verging viel Zeit, bis die USA im Oktober 2015 den Zerstörer „USS Lassen“ durch das Südchinesische Meer innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone an mindestens zwei von Peking reklamierten Inseln vorbeinavigierten. Insbesondere die Regierung der Philippinen hatte auf eine solche Maßnahme seit Jahren gedrungen.

Es gehe um die „Freiheit der maritimen Handelswege“, betont Washington und vermeidet damit, im Streit um territoriale Ansprüche zwischen China und Vietnam sowie China und Japan Position beziehen zu müssen. Dabei tangiert eine Ausweitung der chinesischen maritimen Wirtschaftszone durch das Aufschütten künstlicher Inseln durchaus zentrale amerikanische Sicherheitsinteressen. Dürfte die US Navy nur noch jenseits einer „ersten Inselkette“ operieren, die unter anderem die Großen Sundainseln samt Indonesien und Brunei einschließen, wäre Korea im Spannungsfall kaum noch zu erreichen. Selbst der Zugang zum zentralen asiatischen Verbündeten Japan wäre erschwert. Immerhin hat Washington letztlich doch gegenüber Peking

demonstriert, dass es eine solche künstliche Ausweitung von Hoheitsrechten nicht akzeptiert.

## TPP – OHNE CHINA

Beim seit 2008 verhandelten transpazifischen Freihandelsvertrag zwischen den USA und elf weiteren asiatischen und pazifischen Mächten (darunter Japan, Vietnam, Malaysia, Australien, Peru, Chile, Mexiko und Kanada) kam es am 5. Oktober 2015 zu einem Durchbruch. Die *Trans-Pacific Partnership* (TPP) wurde mithin noch von Obama unterzeichnet und ist somit Teil seines politischen Vermächtnisses. Peking ist in den Deal nicht eingeschlossen. Es wird unter TPP leiden, wenn das Ziel der Vertragspartner aufgeht, den Handel untereinander durch den Abbau von Zoll und sonstigen Barrieren zu stimulieren. China sei „zu groß“, um mit ihm gemeinsame Standards für Waren oder Dienstleistungen auszuhandeln, hieß es zur Begründung.

Peking schließt bislang nicht aus, zu einem späteren Zeitpunkt die Mitgliedschaft bei TPP zu suchen. Dies wäre zu begrüßen. Je tiefer China in die Weltwirtschaft eingebunden ist, desto eher lassen sich Konflikte mit den USA vermeiden, zumindest aber kalmieren.

Darum war der Versuch der USA töricht (und zudem erfolglos), die neulich erfolgte Gründung der Asiatischen Infrastruktur- und Investment-Bank (AIIB) zu verhindern. Zwar hatte Peking als Initiator der AIIB natürlich das Ziel, eine Konkurrenz zur Weltbank aufzubauen, in der China unterrepräsentiert ist. Dennoch bleibt eine zwischenstaatliche Institution zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten in Entwicklungsländern legitim. Dem Vernehmen nach drängte Washington diverse Länder, der Bank nicht beizutreten. Als Großbritannien sein AIIB-Engagement bekannt gab, wurde dies von der Obama-Administration kritisiert. Deutschland, Frankreich, Australien, Südkorea, Israel und Saudi-Arabien sind inzwischen ebenfalls an Bord. Letztlich blieben die USA mit ihrer Verweigerungsstrategie ziemlich isoliert. Nur Japan und Kanada folgen bislang Washingtons Boykott der AIIB.

Je mehr Verantwortung China auf der internationalen Bühne übernimmt, desto unwahrscheinlicher ist der Einsatz militärischer Gewalt zur Durchsetzung nationaler Ziele. Die USA müssen die Teilhabe der aufstrebenden Großmacht allerdings auch akzeptieren. Auf eine starke Flottenpräsenz im Pazifik werden (und sollten) sie gleichwohl nicht verzichten.

# „Natürliche Partner“

Zum russisch-chinesischen Verhältnis

## FRIEDRICH SCHMIDT

Geboren 1980 in Kiel, Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Russland, Weißrussland, den Kaukasus und Zentralasien mit Sitz in Moskau.

Was der Kreml im Frühjahr 2014 nach der Annexion der Krim als „Wende nach Osten“ verkaufte, war im Kern nicht so neu. Die Verbesserung der Beziehungen, der Ausbau des Handels, insbesondere mit China, standen in Moskau seit Jahren auf der Agenda. Neu

war, dass Moskau im Ringen mit dem Westen auf einmal einen „asiatischen Weg“ Russlands als grandiosen Plan feierte – obwohl man allein mit der als „Gayropa“ verteufelten Europäischen Union viermal so viel handelte wie mit China. Gut eineinhalb Jahre danach ist die wirtschaftliche Bilanz der „Wende“ durchwachsen, doch auf politischer Ebene sind aus Sicht des Kreml Erfolge zu verzeichnen.

2011 verkündeten die damaligen Staatschefs Dmitrij Medwedjew und Hu Jintao, man wolle 2015 hundert Milliarden Dollar im bilateralen Handel erreichen und diese Summe bis 2020 noch einmal verdoppeln. Es war eine Zeit hoher Rohstoffpreise, Chinas Wirtschaft wuchs zweistellig. Laut dem russischen Wirtschaftsentwicklungsministerium stieg der bilaterale Handel zwischen 2003 und 2012 tatsächlich um durchschnittlich mehr als ein Viertel im Jahr und erreichte 2013 fast neunzig Milliarden Dollar. Doch 2014 ging das Handelsvolumen zurück, und in den ersten sechs Monaten dieses Jahres

fiel es um fast ein Drittel auf 31 Milliarden Dollar. Russland exportiert vor allem Öl nach China, dessen Preis gesunken ist. Damit sanken auch der Rubelkurs und die Kaufkraft der Russen.

Längst gibt es einige Leuchtturmprojekte der Zusammenarbeit. So sollen chinesische Unternehmen die Verbindung für Hochgeschwindigkeitsstrecken für die Züge züge zwischen Moskau und Kasan, der Hauptstadt der Teilrepublik Tatarstan, bauen; auf das Projekt hoffte in früheren Zeiten das deutsche Unternehmen Siemens. Auf der Krim, die westliche Kreditkartenbetreiber sanktionsbedingt meiden, soll nun ein chinesisches System funktionieren. Am wichtigsten sind aus russischer Sicht indes nach wie vor die Rohstoffgeschäfte.

## **DIE „STÄRKE SIBIRIENS“**

Der erste Höhepunkt der neuen russischen China-Euphorie war der Besuch von Präsident Wladimir Putin in Shanghai im Mai 2014. Kurz zuvor hatte Putin in seiner jährlichen Fernsehfragestunde „Direkter Draht“ gesagt, der Aufstieg Chinas zur größten Wirtschaftsmacht der Welt bedeute, dass Russland eine verlässliche strategische Alternative zum Westen habe. Vor dem Besuch waren russische Ministerien aufgefordert worden, Vorschläge zur Zusammenarbeit mit China auszuarbeiten. Die wichtigste Vereinbarung in Shanghai betraf den Verkauf russischen Gases nach China, einschließlich einer neuen Pipeline namens „Stärke Sibiriens“. Ab 2018 sollen pro Jahr 38 Milliarden Kubikmeter Gas nach China verkauft werden, und das für dreißig Jahre. Der geplante Lieferbeginn wurde im August um sieben Monate verschoben; weitere Verzögerungen erscheinen möglich, laut Vertrag sollen die Lieferungen spätestens im Mai 2021 beginnen. Die Kosten für die Pipeline betragen laut einer (notorisch niedrigen) Gazprom-Schätzung 55 Milliarden Dollar. Gewichtiger erscheint derzeit, dass der Vertrag durch die Koppelung an einen vertraglich fixierten Ölpreis keine Absicherung gegen einen fallenden Ölpreis enthält; im August schätzte die russische Sberbank, bei unter neunzig Dollar je Fass bringe das Projekt wegen der hohen Kosten Verluste.

Weitere Rückschläge kommen hinzu. China hat den Plan einer weiteren Gaspipeline durch das Altai-Gebirge vor Kurzem auf Eis gelegt und will den Preis drücken. Mit Blick auf den Finanzmarkt hoffte Moskau auf Kreditlinien chinesischer Banken, insbesondere da etliche eigene Banken nach den westlichen Sanktionen von frischem Kapital abgeschnitten worden sind. Doch russische Banker klagen, chinesische Finanzinstitute seien nicht bereit, wegen Russland Nachteile im Westen zu riskieren – das Geschäft mit den Vereinigten Staaten und EU-Ländern ist für China ungleich bedeutender. In der Praxis hapert Russlands „Wende“ auch daran, dass Fachleute für China fehlen, die sich in Sprache, Wirtschaft und Gesellschaft des Landes auskennen.



Zudem wird in Moskau vermerkt, dass Kasachstan, zusammen mit Weißrussland ein Partner der Eurasischen Wirtschaftsunion (EWU), für Peking ein weitaus bedeutenderes Investitionsziel ist als Russland. Die chinesische Wirtschaftsleistung ist mehr als fünfmal so groß wie die russische – und anders als Russlands „Wende nach Osten“ ist Chinas Politik nicht aus der Not geboren. So wird in Moskau befürchtet, dass man sich den als schwierigen Verhandlungspartnern geltenden Chinesen unterordnen müsse. Von einem „Tribut“ an Peking spricht Dmitrij Trenin vom Moskauer Carnegie-Zentrum.

## ALTE RIVALITÄT

Während das sowjetische Erbe im offiziellen Moskau rhetorisch und politisch höchst präsent ist, wird außen vor gelassen, dass man mit Peking lange um die Vormachtstellung im Kommunismus rivalisierte, einschließlich einer militärischen Konfrontation der Atommächte. Höhepunkt waren 1969 schwere Gefechte im Konflikt um eine Insel im Grenzfluss Ussuri im Fernen Osten. Erst 2005 erkannte Russland die Insel China zu. Alte Ängste bleiben trotz des neuen Partnerschaftstaumels. Das Thema, wie Russland den kaum bevölkerten Osten Sibiriens und seinen Fernen Osten fördern sollte, kommt zuverlässig in jedem „Direkten Draht“ vor. Chinesische Unternehmer sind längst auf russischem Staatsgebiet aktiv, was mancherorts Missgunst und Ängste unter den Einheimischen befeuert.

So sollen in der Region Transbaikalien chinesische Unternehmen und Privatleute mittlerweile zwei Millionen Hektar – 20.000 Quadratkilometer – Wald gepachtet haben. Ein Beispiel bildet die Siedlung Amasar, nahe der ein chinesischer Investor ein Zellulosewerk baut und nach eigenen Angaben 280.000 Hektar Wald auf 49 Jahre gepachtet hat. Die Bewohner fürchten um die Umwelt, denn die Produktion von Zellulose, einem Grundstoff für Papier, braucht Holz und Wasser. Man kann sogar Stimmen hören wie die einer Angestellten im örtlichen Kindergarten, die argwöhnt: „Um die Verbindung Russlands zu China zu stärken, geben sie ihnen Transbaikalien.“ Gegen die Verpachtung von weiteren 115.000 Hektar transbaikalischen Landes an „die Chinesen“, wie es in der Gegend heißt, hat es Demonstrationen in der Regionalhauptstadt Tschita gegeben und eine Videobotschaft von Bewohnern des betroffenen Gebiets an Putin, in der vor „chinesischer Expansion“ gewarnt wird. Hier steht das vom Kreml zuletzt aggressiv betriebene Großmachtstreben in Kontrast zur Wirklichkeit, in der Russland gegenüber China der schwächere Teil ist. Rivalitäten drohen auch in Zentralasien, das Russland in Nachfolge der Sowjetunion als seine Einflusssphäre betrachtet. So hat sich Moskau Chinas Projekt eines „neuen Bands der Seidenstraße“, eines neuen Handelswegs von Asien über Zentralasien nach Europa, nur zögerlich angeschlossen. Man will das Projekt mit der EWU und der Schanghaier Organisation für

Zusammenarbeit koordinieren, der neben Russland und China Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und seit Juli auch Indien und Pakistan angehören.

## MIT TORTE UND WODKA

Doch politisch wirft die Hinwendung zu China Dividenden ab. Besonders verbindendes Element ist aus Moskauer Sicht der Kampf um eine „multipolare Welt“ gegen die Vereinigten Staaten. Die BRICS-Staaten – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – werden weiterhin als Alternative zu der angeblich von Washington angestrebten „monopolaren Weltordnung“ dargestellt, mit China als dem fraglos bedeutendsten Partner. Im Mai war der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping (der bezeichnenderweise über Kasachstan angereist war) in Moskau wichtigster Gast bei der Siegesparade auf dem Roten Platz. Er saß direkt neben Putin vor dem Lenin-Mausoleum. Das russische Staatsfernsehen zeigte ausführlich, wie die Herren die Köpfe zusammensteckten, während Soldaten, Panzer und Raketen vorbeizogen. Putin war dann im September in Peking zu Gast, als man dort den 70. Jahrestag des Kriegsendes in Asien beging. Xi und Putin sehen sich ohnehin häufig. Putin selbst kultiviert gern das Element angeblicher Männerfreundschaft. So erzählte er einmal, dass Xi ihn spätabends während eines Wirtschaftsforums mit einer Torte zu seinem Geburtstag überrascht und man mit Wodka angestoßen habe.

Russische Vorbehalte gegenüber Peking im Rüstungsbereich – man fürchtet aus guten Gründen die Kopierfertigkeiten der Partner – stehen mittlerweile hintan. China hat in den vergangenen zehn Jahren ein Viertel seiner Waffenimporte aus Russland bezogen. Der Kreml teilte im Frühjahr mit, China habe als erstes Land moderne russische S-400-Flugabwehrraketen gekauft. Es gibt gemeinsame Marineübungen im Ostchinesischen Meer, im Japanischen Meer, im Mai sogar im Mittelmeer. Xi und Putin haben in einer Vereinbarung gegenseitige Cyber-Angriffe ausgeschlossen. Im Oktober 2014 sagte Putin, Russland und China seien „natürliche Partner und natürliche Verbündete“. China kritisiert die Ukraine-Politik des Kreml nicht, Moskau zeigt Verständnis für Chinas aggressives Auftreten im Südchinesischen Meer.

Nach innen eint der Blick auf die Opposition als „fünfte Kolonne“ des Westens und dessen angebliche „Farbenrevolutionen“. Peking nimmt sich Russlands repressiven Umgang mit Nichtregierungsorganisationen zum Vorbild, Moskau orientiert sich bei der Kontrolle des Internets, das Putin als „Spezialprojekt der CIA“ bezeichnet hat, an China. Peking und Moskau, so werden diese Signale gedeutet, schmieden an einem autoritären Gegenpol zum Westen. Das scheint Putin derzeit wichtiger zu sein als wirtschaftliche Erfolge.

# Der große Nachbar

---

China aus der Sicht sechs asiatischer Länder

**I**ndien: Aus indischer Sicht ist China die Antithese zum demokratischen Indien. Entsprechend widersetzt man sich der Wahrnehmung eines „neuen China“ – auch mit Blick auf die Bedeutung des Militärs und die staatliche Wirtschaftslenkung. Beide Länder sind inzwischen wirtschaftliche Giganten mit gemeinsamen Grenzen, tauschen sich allerdings bislang wenig miteinander aus. Eine verbreitete Sichtweise geht dahin, dass Indien mit Know-how handele, China dagegen Produkte kopiere und natürliche Ressourcen im Übermaß an sich binde. Indessen wird ein wirtschaftlich starkes

China durchaus auch als Chance für Indien verstanden. Der zurzeit asymmetrischen Handelsbilanz zugunsten Chinas möchte die indische Regierung unter anderem durch Anreize für chinesische Unternehmen in Indien begegnen.

China wird ferner als Gegengewicht zur westlichen Weltordnung gesehen, wobei die Sorge wächst, dass die Volksrepublik zu mächtig werden könnte. Der Ausbau von Militärstützpunkten im Indischen und Pazifischen Ozean sowie Chinas Nachbarschaftspolitik beunruhigen Indien. Dem Erstarken des Nachbarn kann nur eine multipolare Ordnung, in der auch

Indien eine gewichtige Rolle spielt, entgegenstehen. Entsprechend zielt die indische Politik darauf, die Kooperation mit anderen asiatischen und pazifischen Staaten zu intensivieren.

Historisch sind die Beziehungen zwischen Indien und China durch wiederholte Grenzkonflikte sowie die Tibetfrage belastet. 1962 war es zu einem Grenzkrieg gekommen, der zur Teilung des Bundesstaates Arunachal Pradesh führte. Die sogenannte McMahon-Line wird von China gegenwärtig immer noch nicht anerkannt. Bis heute dringen chinesische Einheiten regelmäßig auf indisches Gebiet vor und errichten militärische Posten. Den Einfluss Chinas in Afghanistan und Pakistan sowie die angebliche Unterstützung

terroristischer Gruppierungen im Nordosten Indiens und in den Nachbarländern beobachten die Inder mit Argwohn.

Indien versucht, China aus einer Position der Stärke zu begegnen. Die zuletzt aufgetretenen wirtschaftlichen Turbulenzen Chinas und die Währungsabwertung bei gleichzeitigen hohen Wachstumszahlen in Indien haben das Potenzial, das wirtschaftliche Kräfteverhältnis zugunsten Indiens zu verschieben. Die Abwertung der Rupie infolge der chinesischen Währungsabwertung zeigt jedoch auch, wie sehr Indien an einem wirtschaftlich stabilen China gelegen sein muss.

*Lars Peter Schmidt  
Auslandsbüro Neu-Delhi der  
Konrad-Adenauer-Stiftung*

**Pakistan:** China zählt zu den engsten Verbündeten Pakistans. Das Land ist bestrebt, Chinas Einfluss in der Region zu nutzen, um eigene regionalpolitische Interessen zu wahren. Dabei geht es vor allem um die Machtbalance zwischen Pakistan und Indien. So besitzt das Verhältnis zu China über die erhebliche wirtschaftliche Bedeutung hinaus – China ist der mit Abstand größte ausländische Investor – eine zentrale strategische Bedeutung für Pakistan. Entsprechend besteht zwischen beiden Ländern sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich eine intensive Kooperation. In politischen Kreisen Pakistans werden

die Beziehungen zu China langfristig als bedeutender und existenzieller eingeschätzt als jene zu den USA.

Den Grundstein für die engen Beziehungen legten die beiden Länder in den frühen 1950er-Jahren. Pakistan gehörte damals nicht nur zu den ersten Ländern, die die neu gegründete Volksrepublik China anerkannten, sondern war das erste muslimische Land, das diesen Schritt vollzog. Für die Volksrepublik China war die Anerkennung durch Pakistan von hoher Bedeutung, da sich für das Land ein Zugang zum nicht-kommunistischen Teil der Welt ergab.

In der Zeit der chinesischen Kulturrevolution, als China international isoliert war, ergriff Pakistan die diplomatische Initiative und vermittelte zwischen China und den USA. Ohne Pakistans diplomatische Entschlossenheit hätte 1972 der Besuch von US-Präsident Nixon in Peking nicht stattgefunden. Pakistan gehörte zudem zu den Ländern, die die Übertragung des UN-Sitzes der vormaligen Republik China auf die Volksrepublik China im Oktober 1971 maßgeblich forcierten. In China wird Pakistan daher als der treue Partner angesehen, der in schwierigen Zeiten an Chinas Seite stand und es aus der internationalen Isolation holte.

Pakistan profitiert vor allem militärisch und wirtschaftlich von den vertrauten Beziehungen zu China. Seit 1966 gibt es eine enge militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, die 1972 in eine strategische Allianz mündete. Pakistan bezieht seitdem einen bedeutenden Teil seiner militärischen Ausrüstung aus China. Das Land entwickelte sich für Pakistan zum wichtigsten Lieferanten von Rüstungsgütern und militärischem Know-how. Daneben ist – bedingt durch den rasanten wirtschaftlichen Aufstieg Chinas – für Pakistan auch das wirtschaftliche Engagement der Volksrepublik von wachsender Bedeutung. Das Investitionsvolumen beläuft sich für die kommenden Jahre auf 46 Milliarden US-Dollar, mit denen China den China-Pakistan Economic Corridor (CPEC) als Teil der neuen Seidenstraße entwickeln möchte. China verfolgt mit dem CPEC ein klares Ziel: den direkten Zugang zum Arabischen Meer via Pakistan.

*Ronny Heine*

*Auslandsbüro Islamabad der Konrad-Adenauer-Stiftung*



**S**üdkorea: Die südkoreanisch-chinesischen Beziehungen sind aktuell so gut wie lange nicht mehr. Unter der Präsidentin Park Geun-hye und dem Präsidenten Xi Jinping haben sich die beiden Staaten angenähert, während die Beziehungen beider zu Japan erkalten und jene zu Nordkorea deutlich angespannt sind. Gemeinsame Ziele sind die Schaffung von Sicherheit und Stabilität in Nordostasien sowie die Denuklearisierung Nordkoreas. Dazu haben sich Park und Xi binnen dreier Jahre sechsmal getroffen. Parks Teilnahme an der chinesischen Militärparade im September 2015 symbolisierte eine Loslösung Seouls von der Mentalität des Kalten Kriegs.

Die Verbindung ist vor allem ökonomischer Natur. Seit 2003 ist China mit jährlich etwa 230 Milliarden US-Dollar Südkoreas stärkster Handelspartner und mit rund dreißig Prozent der Ausfuhren größter Exportabsatzmarkt. 2015 unterzeichneten die beiden Staatschefs ein Freihandelsabkommen; außerdem trat Seoul der von China initiierten Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank bei.

Die blühenden Beziehungen sind auch auf die enge persönliche Verbindung zwischen Park und Xi zurückzuführen. Diese reicht mehr als zehn Jahre zurück und basiert auf einem ähnlichen biografischen Hintergrund. Parks Vater war Präsident, beide Eltern wurden ermordet; Xis Vater war Vizepremier und wurde politisch

verfolgt. Dies schuf Verbundenheit und gegenseitigen Respekt. Unter den früheren Staatschefs Lee Myung-bak und Hu Jintao sah das noch anders aus: Lees Regierung war den USA und Japan zugewandt und gegenüber China eher zurückhaltend.

Seoul laviert jedoch zwischen seiner Sicherheitsallianz mit den USA und den Wirtschaftsbeziehungen mit China. Der Beitritt Südkoreas zur Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank trotz US-Gegendrucks zeigt den hohen Stellenwert der Wirtschaft. Auch in Sicherheitsfragen möchte man sich nicht mehr allein auf die USA verlassen. Park hofft, dass Peking eine aktive Rolle bei der Wiederbelebung der innerkoreanischen Beziehungen übernimmt und Pjöngjang zur Fortsetzung der Sechs-Parteien-Gespräche sowie zum Stopp weiterer Atomwaffentests bewegen kann.

Konflikte zwischen den beiden Wirtschaftsmächten bestehen aber dennoch: Die Stationierung des Raketenabwehrsystems THAAD der USA in Korea könnte die Beziehungen zu China gefährden. Park schiebt eine Entscheidung bislang auf; auch bei der Kritik in Bezug auf regionale Streitigkeiten im Südchinesischen Meer hält sich die Präsidentin Südkoreas zurück: Es gilt, China nicht zu verärgern und im Falle eines Konflikts mit dem Norden auf ihre Seite zu ziehen.

*Norbert Eschborn, Andrea Drotleff  
Auslandsbüro Seoul  
der Konrad-Adenauer-Stiftung*

**V**ietnam: Das Verhältnis zwischen beiden kommunistischen Nachbarn – selten von Einigkeit geprägt – hat einen neuen Tiefpunkt erreicht. Der eskalierende Konflikt im Südchinesischen Meer erscheint aus vietnamesischer Sicht als ein Ergebnis der Großmachtbestrebungen, die Xi Jinpings Amtszeit auszeichnen. Xis „Reich der Mitte“ hat Vietnam allerdings wenig entgegenzusetzen. Der historische Feind und kommunistische Freund hat sich in den Augen der Vietnamesen zu einem unberechenbaren Drachen gewandelt, der von Diplomatie nicht mehr viel hält. Politisch wie wirtschaftlich ist Vietnam eng an China gebunden. Seit der Normalisierung der Beziehungen 1991 wurde China Vietnams größter Handelspartner. 2001 verpflichteten sich beide Staaten zu einer umfangreichen strategischen Partnerschaft – für Vietnam neben Russland die einzige. In Zahlen dargestellt, werden die Interessenkonflikte schnell deutlich: Das Handelsdefizit mit China betrug 2014 knapp dreißig Milliarden US-Dollar (+21,8 Prozent im Vergleich zu 2013). Vietnam exportiert vor allem Kohle, aber ohne

die Elektronik-, Textil-, Chemie- und Industrieimporte aus China könnte Vietnam derzeit nicht existieren. Das aktuelle Handelsvolumen beträgt 63,6 Milliarden US-Dollar – angestiegen um das Vierzehnfache im vergangenen Jahrzehnt. Allein neunzig Prozent der Ausschreibungen im Bereich Detailplanung und Kontrolle, Beschaffungswesen, Ausführung der Bau- und Montagearbeiten (Engineering, Procurement and Construction, EPC) gingen an China. Da bleibt wenig Spielraum für eigenständige Politik.

Nach dem Parteitag im Januar 2016 wird das neue Personaltableau der Kommunistischen Partei Vietnams zeigen, ob sich die Regierung weiter an China anlehnt oder künftig stärker aufbegehrt. Das Misstrauen der nationalistisch geprägten Vietnamesen gegen China ist historisch tief verwurzelt. Chinesische Produkte werden im Alltag boykottiert, chinesischen Firmen und Wanderarbeitern begegnet man mit gesteigertem Argwohn. Mit der Bohrinself HD-981, platziert in Vietnams maritimer Wirtschaftszone im Mai 2014, brachen die Grenzstreitigkeiten wieder auf. Das Volk demonstrierte gegen den

„Aggressor“ – der sonst rigide vietnamesische Staat ließ es gewähren.

Der Streit um die Vorherrschaft im Südchinesischen Meer kann auch als Glücksfall für die politische Zukunft Vietnams gewertet werden. Will der chinesische Präsident Xi seine Politik der „Community of Shared Destiny“ erfolgreich gestalten und sein Seidenstraßen-Projekt „One Belt, One Road“ durchsetzen, kann er keine militärischen Konflikte gebrauchen. Zwar schafft die illegale Bebauung der Spratly-Inseln Fakten, aber auf lange Sicht werden Xis große Initiativen nicht ohne die ASEAN-Staaten durchsetzbar sein.

Vietnam hat seine Außenpolitik derzeit stärker auf den Westen ausgerichtet. Die USA sind politisch, militärisch und wirtschaftlich nicht nur näher an Vietnam gerückt. Die neuen Allianzen stören den chinesischen Weg, über bilaterale Beziehungen politische Erfolge zu erzielen. Das Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union und die *Trans-Pacific Partnership* (Transpazifische Partnerschaft, TPP) bedeuten für Vietnam wirtschaftliche Diversifizierung – vorausgesetzt, es löst sich

von seiner sozialistisch geprägten Marktwirtschaft. Je weiter Vietnam sich gen Westen öffnet, desto mehr wird China daran interessiert sein, den Nachbarn unter allen Umständen als wohlgesinnten Partner zu behalten.

Rabea Brauer  
Auslandsbüro Hanoi der  
Konrad-Adenauer-Stiftung

**P**hilippinen: Politisch-territoriale und wirtschaftliche Interessen scheinen im Verhältnis der Philippinen zu China stärker denn je auf Kollisionskurs zu gehen. Im seit Jahren andauernden Disput um Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer haben die Philippinen 2013 einen mutigen Schritt gewagt: Der Inselstaat hat den Ständigen Schiedshof in Den Haag angerufen und um Klärung gebeten. Streitpunkte sind vor allem die Besitzansprüche auf die Spratly-Inseln und das Scarborough-Riff. Entschieden werden soll in Den Haag nicht über tatsächliche territoriale Souveränitätsfragen, sondern über Chinas Besetzung und Kontrolle von Riffen wie Fiery Cross, Cuarteron, Subi, McKennan, Johnson South, Gaven, Mischief und Scarborough.

Im Juli 2015 sollte in einer Anhörung die Frage der Zuständigkeit des Gremiums geklärt werden, bevor das ordentliche Schiedsverfahren seinen Anfang nähme. Am 14. Juli forderte das Gremium die Philippinen auf, ihren Anspruch mit weiteren Dokumenten zu untermauern. Im Oktober erklärte sich der Schiedshof nun für zuständig und kündigte an, den Fall zu behandeln. Trotz Chinas Weigerung, an der Verhandlung teilzunehmen oder ihr Ergebnis anzuerkennen, ist dies bereits ein kleiner Sieg für Präsident Benigno Aquino. Selbst wenn dies für die Lage im Südchinesischen Meer faktisch keine sofortigen Konsequenzen bedeutet, ist es in der Wahrnehmung der internationalen Gemeinschaft ein Achtungserfolg für die Philippinen.

Wirtschaftlich besteht zwar durchaus eine große Abhängigkeit von China, hinsichtlich des Handelsvolumens mit der Volksrepublik liegen die Philippinen allerdings weit hinter südostasiatischen Nachbarn wie Thailand, Malaysia, Indonesien und Vietnam. Was Direktinvestitionen aus China betrifft, nehmen die Philippinen innerhalb der ASEAN sogar den vorletzten Platz ein.

Vizepräsident Jejomar Binay, der im Mai 2016 bei den Präsidentschaftswahlen Aquino beerben will, hat für den Fall seines Wahlsieges bereits angekündigt, einen Beitritt zur Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank anzustreben. Trotzdem habe die Territorialfrage im Südchinesischen Meer auch für ihn höchste Priorität. Das Verhältnis zu China ist im Vorfeld des anstehenden Wahlkampfes besonders brisant, da ein großer Teil der reichsten Familien auf den Philippinen chinesische Wurzeln hat.

*Benedikt Seemann  
Auslandsbüro Manila der Konrad-Adenauer-Stiftung*

**J**apan: Als der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping im November 2014 am Rande des Asien-Pazifik-Gipfels in Peking erstmals den japanischen Premierminister Shinzō Abe empfing, wirkte der Händedruck noch reichlich verkrampft. Spätestens seit ihrer zweiten offiziellen Begegnung beim Asien-Afrika-Gipfel im April 2015 in Jakarta stehen die Zeichen aber auf Annäherung. Für die meisten internationalen Beobachter war mit dem halbstündigen Meinungsaustausch der beiden Spitzenpolitiker gar ein „Tauwetter“ in den seit Jahren durch territoriale Streitigkeiten belasteten Beziehungen angebrochen. Mit „großer Freude“ reagierte Regierungschef Abe dann einen Monat später darauf, dass Xi Jinping sich in Peking auch mit japanischen Abgeordneten traf. Deren dreitägiger Besuch in der Volksrepublik hatte ebenfalls die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zum Ziel. Unter anderem ging es um eine Stärkung des Tourismus zwischen Japan und China. Der vorläufige Höhepunkt im beiderseitigen Verhältnis war schließlich Anfang November das Gipfeltreffen zwischen Shinzō Abe, Chinas Premierminister Li Keqiang und der südkoreanischen Präsidentin Park Geun-hye in Seoul.

In den japanischen Medien wurden die Spitzengespräche der letzten Monate überwiegend positiv bewertet. In der Bevölkerung des Inselstaates dominiert gegenüber China jedoch weiterhin Skepsis. Nach einer Anfang September veröffentlichten Umfrage des US-amerikanischen Pew Research Center vertrauen nur zwölf Prozent aller Japaner darauf, dass Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping „in weltweiten Angelegenheiten richtig handelt“. 83 Prozent aller Befragten äußerten sich besorgt bis sehr besorgt über die territorialen Spannungen mit der Volksrepublik. Eine bereits im Juni 2015 veröffentlichte Umfrage des Pew Research Center kam zum Ergebnis, dass fast neunzig Prozent aller Japaner den wirtschaftlichen Einfluss Chinas negativ einschätzen. Gleichzeitig sind nur zwanzig Prozent aller Befragten der Meinung, dass die USA von der Volksrepublik als globale Supermacht bereits abgelöst wurde oder in Zukunft abgelöst werden wird.

*Paul Linnarz*

*Auslandsbüro Tokio der Konrad-Adenauer-Stiftung*



# Auf dem Weg des Wissens

—

Die deutsch-chinesische Partnerschaft in Wissenschaft,  
Forschung und Innovation

## **ANNETTE SCHAVAN**

Geboren 1955 in Jüchen, von 1995 bis 2005 Ministerin für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, von 2005 bis 2013 Bundesministerin für Bildung und Forschung, seit Juli 2014 deutsche Botschafterin beim Heiligen Stuhl.

Die Bedeutung der Politik für Wissenschaft, Forschung und Innovation ist in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland gewachsen. Das ist erkennbar an neuen Konzepten und deutlich erhöhten finanziellen Investitionen. Die Entwicklung basiert auf einem breiten politischen Konsens. Die Leitlinien der Politik sind: konsequente Schritte zur Förderung der

Internationalisierung von Wissenschaft und Forschung, die Stärkung der Innovationsfähigkeit in unserem Land und die Sicherung der Zukunftschancen der nachfolgenden Generation. Zum Selbstverständnis der Politik gehört die Überzeugung, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung die Quelle des künftigen Wohlstands sind – in kultureller, ökonomischer und sozialer Hinsicht.

Zwei Nachrichten aus dem Jahre 2012 lauten:

„Führende indische Universitäten sollen künftig nur noch mit ausländischen Hochschulen zusammenarbeiten, die in einem Weltranking unter die Top 500 kommen. Das hat laut des Magazins ‚University World News‘ die maßgebliche indische Hochschulbehörde beschlossen. Als internationale Kooperationspartner kommen für die Inder demnach nur Universitäten infrage, die es im ‚Times Higher Education Ranking‘ oder im ‚Shanghai Ranking‘ unter die besten 500 schaffen“ (*Süddeutsche Zeitung*, 12. Juni 2012).

„China plant baldige Schritte zur Förderung von Zukunftstechnologien. [...] Vorgesehen seien u. a. höhere Investitionen in diese Wirtschaftsbereiche sowie Steuererleichterungen. Die Regierung hat sieben strategische Industrie-sektoren ausgemacht, die besonders gestärkt werden sollen. Dazu zählen Energiespar- und Umwelttechnologien, neue Energiequellen, Ökoautomobile, neue Informationstechnologien, Biotechnologien, Industriematerialien und hoch entwickelte Industrieausrüstungen. Ziel ist eine grundlegende Modernisierung der Volkswirtschaft, um das langfristige Wachstum zu sichern“ (*Reuters*, 12. Juni 2012).

Beide Meldungen stehen für die konsequenten Bemühungen in den Ländern Asiens, die eigenen Wissenschaftssysteme zu stärken und Innovation als Herzstück der Modernisierung der Volkswirtschaft und der damit verbundenen langfristigen Sicherung des Wachstums zu fördern. Sie geben uns eine Ahnung davon, dass wir es im globalen Wettbewerb der Wissenschaftssysteme und der Ökonomien mit entschlossenen Partnern zu tun haben. Das müssen wir in unseren Debatten in Deutschland und in Europa berücksichtigen.

## **DYNAMIK DER FORSCHUNGSPOLITIK**

Gesellschaftliche Veränderungen wie der demografische Wandel, politische Entscheidungen wie die Energiewende, die Debatten über Klimawandel und den Aufbau der Energieversorgungssysteme, die Eurostabilität und damit verbundene Impulse für wirtschaftliches Wachstum der Volkswirtschaften führen unweigerlich zu Wissenschaft und Innovation. Unser Gestaltungswille im Blick auf das Wissenschaftssystem und zukunftsfähige Strategien für die Stärkung der Innovationskraft sind wichtiger denn je. Alles bislang Erreichte bildet das Fundament für die nächsten, wichtigen Schritte. Forschungspolitik braucht eine konzeptionelle und strategische Entwicklung über lange Zeiträume. Dabei orientieren wir uns an Ländern wie China, Indien, Brasilien und Südkorea. Sie treiben ihre wissenschaftliche und technologische Entwicklung mit beeindruckender Dynamik voran. Das ist für uns in Deutschland ermutigend und sollte Vorbild sein.

Die Bundesregierung hat bereits im Jahre 2008 quer über alle Ressorts eine Internationalisierungsstrategie für Bildung, Wissenschaft und Forschung beschlossen. Dahinter stand die Erfahrung, dass Wissenschaft immer schon global angelegt ist und als „Diplomatie des Vertrauens“ wirkt. Mit der Strategie sollten die Schritte zu internationaler Bildungs- und Wissenschaftskooperation gefördert und damit gestärkt werden. In den Jahren danach konnten die Max-Planck-Gesellschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft neue Institute außerhalb Deutschlands gründen, so etwa in Brasilien, den USA und Luxemburg. Es entstanden neue Kooperationen in Indien, Südafrika und China. Internationale Wissenschaftsjahre mit Ägypten, Brasilien, China, Russland, Südafrika und der Türkei ermöglichten Kontinuität und gaben der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Forschung neue Impulse.

## NEUE MASSSTÄBE IN DER PARTNERSCHAFT

China und Deutschland haben in den vier Jahrzehnten seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ihre Zusammenarbeit stetig zu einer strategischen Partnerschaft ausgebaut. Mit den ersten deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen 2011 wurden neue Maßstäbe in dieser Partnerschaft gesetzt. Deutschland pflegt eine solche Art von Partnerschaft mit sieben Staaten weltweit. Für die Volksrepublik China ist Deutschland das erste Land, mit dem Regierungskonsultationen durchgeführt wurden. Regelmäßige wechselseitige Besuche der Fachminister sowie der Bundeskanzlerin und des Premierministers intensivieren den Austausch zu strategischen Themen. China war 2012 Partner der Hannover Messe. Nie waren die Beziehungen zwischen den beiden Ländern so gut wie heute. Wir teilen die Überzeugung, dass Forschung und Innovation Treiber der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sind. Deutschland ist der Technologiemotor Europas und gehört bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung zur europäischen Spitze. Die chinesische Regierung verfolgt eine sehr erfolgreiche und ambitionierte Innovationsstrategie. Bei den weltweiten Patentanmeldungen liegen Deutschland und China praktisch gleichauf.

Wir haben in den vergangenen vierzig Jahren viel voneinander gelernt. Freundschaft erwächst aus der Kenntnis der Kultur und der geistigen Tradition des Partnerlandes. Deshalb ist der verstärkte Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern wichtig. Deshalb bauen wir Hochschulpartnerschaften stetig weiter aus. Der Deutsche Akademische Austauschdienst und die Alexander von Humboldt-Stiftung sind wichtige Mittlerorganisationen für die Förderung der Internationalisierung.

Zwischen 2007 und 2010 hat die Initiative der Bundesrepublik „Deutschland und China – gemeinsam in Bewegung“ das interkulturelle Verständnis als Grundlage von Zusammenarbeit intensiv gefördert. In ganz

unterschiedlichen Regionen Chinas und schließlich bei der EXPO in Shanghai hat sie den Chinesen ein Bild des modernen Deutschland vermittelt. Einen ähnlich großen Erfolg feierte gleichzeitig das chinesische Kulturjahr in Deutschland.

Der deutsch-chinesische Wissenschaftsdialog reicht aber noch weiter zurück. Der deutsche Arzt Erich Paulun legte im Jahre 1904 den Grundstein für die „Deutsche Medizinschule für Chinesen in Shanghai“ und damit für die Tongji-Universität. Bald schon wurde die Medizinschule um den Fachbereich der Ingenieurwissenschaften erweitert. Heute bestehen zahlreiche Kooperationen zwischen der Tongji-Universität und Universitäten in Deutschland. Ein neuerlicher Impuls ist die Einrichtung einer gemeinsamen chinesisch-deutschen Plattform für die Forschung zur Elektromobilität. Die Gründung der Tongji-Universität vor mehr als hundert Jahren geschah in echter Partnerschaft. Auf dieser Basis konnte ein gutes deutsch-chinesisches Vertrauensverhältnis wachsen, aus dem erfolgreiche Gemeinschaftsprojekte entstanden sind. Hier hat sich bewahrheitet, dass Wissenschaft eine „Diplomatie des Vertrauens“ ist.

Das Wissenschaftsjahr hat unsere Zusammenarbeit zweifelsohne deutlich ausgebaut: Mit den deutsch-chinesischen Hochschulwochen, gemeinsamen Ausschreibungen, Konferenzen, Nachwuchswissenschaftlerbegegnungen und politischen Vereinbarungen sind neue Instrumente für den Wissenschaftsdialog entstanden. Mit der jetzigen Konferenz an der Shanghai International Studies University (SISU) wird ein weiteres Kapitel der deutsch-chinesischen Wissenschaftskooperation eröffnet, das in die Gründung eines Zentrums für Deutschlandforschung an der SISU münden soll. Das ist eine ausgezeichnete, zukunftsweisende Idee.

## UNIVERSITÄRE UND AUSSERUNIVERSITÄRE FORSCHUNG

Die strukturelle Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland ist auch mit dem Anspruch verbunden, die Innovationsfähigkeit des Landes zu stärken. Das Herzstück des Wissenschaftssystems sind hierbei die Hochschulen. Ein zentrales Projekt der vergangenen zehn Jahre war die Exzellenzinitiative in Deutschland. Neun Exzellenzuniversitäten wurden identifiziert. Daneben konnten zahlreiche Exzellenzcluster und Graduiertenschulen ausgezeichnet werden. Das hat in Deutschland zweifelsohne zu einer Ausdifferenzierung im Wissenschaftssystem geführt, vor allem aber zu neuen Kooperationen zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung. Bei einer Analyse des deutschen Wissenschaftssystems ist vielfach beklagt worden, dass zwischen der Forschung an Universitäten und außeruniversitären Forschungsorganisationen keine tragfähigen Verbindungen bestehen und damit vorhandenes Potenzial nicht ausgeschöpft werden kann. Ein prominentes

Beispiel für neue Verbindungen sind die deutschen Gesundheitsforschungszentren. Damit konnte eine deutliche Stärkung der Gesundheitsforschung in Deutschland erzielt werden. Auch das gilt sowohl in konzeptioneller wie in finanzieller Hinsicht.

Ein anderes Thema ist die Zusammenarbeit zwischen der öffentlich finanzierten Forschung sowie der Forschung in Unternehmen. Der finanziell größte Anteil an Investitionen für Forschung und Entwicklung erfolgt in Deutschland in den Unternehmen. Das angestrebte Drei-Prozent-Ziel, also das Ziel, drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung zu investieren, wird zu einem Drittel von der Öffentlichen Hand sowie zu zwei Dritteln von Unternehmen erbracht. Auch hier war die Zusammenarbeit verbesserungsfähig. Hierzu wurden Innovationsallianzen gegründet, welche die Zusammenarbeit zwischen der Forschung in Unternehmen, der Forschung an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zu ausgewählten Themen fördern. Innovationsallianzen sind Teil der High-Tech-Strategie für Deutschland, deren Ziel es ist, Ideen aus der Forschung schneller und besser in neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen. Daraus ergibt sich nicht zuletzt die Beobachtung, dass die Wissenschaft die großen Transformationsprozesse in unserem Land akademisch begleitet. Das gilt für die demografische Entwicklung des Landes ebenso wie für die Energiewende. Auch hier sind internationale Initiativen bedeutsam.

## **NACHHALTIGKEIT UND INNOVATION**

Für den Ehrgeiz beider Länder bei dem Thema Innovation steht auch die deutsch-chinesische Innovationsplattform. Weitere Beispiele sind die Kooperationen in den Biowissenschaften, im nachhaltigen Wassermanagement, bei der Elektromobilität und auf dem Gebiet der LED-Technologien.

Die Zusammenarbeit in der Forschung betrifft schließlich Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit: Wie sichern wir die Bereitstellung und gerechte Verteilung von Wasser und anderen knappen Ressourcen? Wie korrigieren wir den Klimawandel? Wie begegnen wir den Herausforderungen von alternden Gesellschaften? Wie sichern wir unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und wie schaffen wir energieeffiziente Städte? Wie versorgen wir die Weltbevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln? Diese Fragen können nicht im Kontext nationaler Grenzen beantwortet werden. Es gilt, auf diese Fragen gemeinsam Antworten zu finden und gemeinsam Handlungsstrategien zu entwickeln.

Wir sind davon überzeugt: Die Quellen künftigen Wohlstands sind die Innovationen von heute. Es sind jene Innovationen, die nachhaltig wirken und die Lebensgrundlagen künftiger Generationen sichern. Nachhaltigkeit und Innovation sind zwei Seiten der einen Medaille.



## **CHANCEN FÜR DIE JUNGE GENERATION**

Eine Leitlinie der Politik für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation in Deutschland ist die Sicherung der Zukunftschancen für die nachfolgenden Generationen. Neue Konzepte und die bereits erwähnte deutliche Erhöhung der finanziellen Investitionen seitens der öffentlichen Hand und der Unternehmen in Deutschland haben auch zum Ziel, die beste Bildung und Ausbildung sowie gute Rahmenbedingungen für Wissenschaft und Forschung zu ermöglichen. Auszubildende, Studierende und junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler brauchen positive Signale aus Politik und Gesellschaft, dass sie gebraucht werden und Interesse an ihren Talenten besteht. Deshalb waren alle Initiativen in Deutschland auch darauf ausgerichtet, Deutschland zu einer Talentschmiede zu entwickeln. Die Zahl der Studierenden und jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus zahlreichen anderen Ländern ist deutlich gewachsen. Das Interesse am Wissenschaftsstandort Deutschland ist größer geworden. Auch das ist ein Beitrag zur Internationalisierung.

Zu den vornehmsten Aufgaben der Politik in unseren Ländern gehört, der jeweils jüngeren Generation überzeugende Signale für gute Bildung und starke Forschung als Quelle künftigen Wohlstands zu geben. Das ist eine Leitlinie in unserer Zusammenarbeit: in den gemessen am Durchschnittsalter im weltweiten Vergleich alternden Gesellschaften in Europa und China solche Signale zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation zu setzen. Mit der deutsch-chinesischen Allianz in der Berufsbildung und der strategischen Partnerschaft im Hochschulwesen tun wir das. Wir setzen Zeichen des Respektes vor den Talenten junger Leute. Wir wissen, dass überzeugende Antworten auf die großen Zukunftsfragen sowie technologische und kulturelle Entwicklungen die Lebensgrundlagen künftiger Generationen betreffen. Für sie tragen wir eine besondere Verantwortung. Politik darf sich nicht auf das Hier und Heute konzentrieren. Das gilt vor allem, wenn wir Politik für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation gestalten.

## **OFFENER HOCHSCHULRAUM**

In diesen Kontext gehören auch der Pakt für Forschung und Innovation sowie der Bologna-Prozess. Der Pakt ist mit jährlichen finanziellen Zuwächsen verbunden. Daraus entstehen zum Beispiel attraktive Arbeitsplätze in Wissenschaft und Forschung. Damit können die Wissenschaftsorganisationen bessere Rahmenbedingungen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler schaffen. Der Bologna-Prozess ist die Antwort des Wissenschaftssystems auf die Globalisierung. Der europäische Hochschulraum will sich nicht abschotten, sondern attraktiv und offen sein für die Welt. Die Vergleichbarkeit

von Studiengängen und Abschlüssen macht die nationalen Wissenschaftsstandorte attraktiver für den globalen Wissenschaftsstandort.

Für die Zukunftschancen der jungen Generation ist schließlich die Leistungsfähigkeit unserer Bildungssysteme zentral bedeutsam. Überall auf der Welt wird derzeit die Frage gestellt, wie Bildung für das 21. Jahrhundert aussehen und von welcher Qualität sie sein muss. Bildung ist vielen Ansprüchen und Anforderungen ausgesetzt. Unsere Bildungssysteme sind unterschiedlich – auch deshalb, weil sie Teil von unterschiedlichen Kulturen sind. Für die Kreativität in Wissenschaft und Forschung ist bedeutsam, dass wir Bildung in einem ganzheitlichen Sinn verstehen – als die Wege, auf denen junge Menschen ihre Talente bestmöglich entfalten können, zu Selbstbestimmung und Urteilskraft finden, Kreativität entwickeln können und sich zu verantwortungsbewusst handelnden Personen entwickeln können.

Das chinesisch-deutsche Wissenschaftsjahr stand unter dem Motto „Zusammen auf dem Weg des Wissens“. Wir haben viel erreicht und sind auf einem guten Weg, weitere Gemeinsamkeit zu entdecken.

# Feste Größe



Warum der Aufstieg Chinas nicht vorbei ist

## KLAUS MÜHLHAHN

Geboren 1963 in Konstanz, Professor für chinesische Geschichte und Kultur und seit 2014 Vizepräsident der Freien Universität Berlin.

Wohin bewegt sich China? Angesichts der Unübersichtlichkeit und Aufgeregtheit der Gegenwart ist ein historischer Blick vonnöten, um langfristige Entwicklungslinien und Tendenzen zu erkennen und auf der Basis eines

längeren Beobachtungszeitraums ein klareres Bild von den Chancen und Risiken zu gewinnen, die sich in China gegenwärtig abzeichnen.

Apokalyptische Prophezeiungen prägten schon früh die westliche Perspektive auf das Land der Mitte und allein im 20. Jahrhundert wähten europäische und amerikanische Beobachter China mehrfach am Rande der Katastrophe. Bereits vor 100 Jahren beschrieben Journalisten China als „kranken Mann in Asien“. Fünfzig Jahre später, nachdem die Kommunistische Partei 1949 die Macht errungen und Mao Zedong selbstbewusst verkündet hatte, China „sei auferstanden“, warteten viele im Westen auf den in ihren Augen unmittelbar bevorstehenden Kollaps. Dieses Phänomen wiederholte sich drei Jahrzehnte später, als die bizarr anmutende Kulturrevolution ihren Lauf nahm und der Westen sich fest auf den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch des Landes einstellte.

Ebenso regelmäßig wie sein dramatischer Fall wurde auch der unaufhaltsame Aufstieg Chinas vorhergesagt, häufig mit Betonung auf der Herausforderung oder gar Gefahr für den Westen, die damit einhergehe. Schon kurz

nach der Gründung der Republik China (der ersten Republik in Asien) im Jahr 1911 erschienen zahlreiche Bücher, in denen „das chinesische Jahrhundert“ als unvermeidlich beschrieben und untrennbar mit einer Bedrohung Europas verknüpft wurde („Gelbe Gefahr“). Diese Reaktion steht im Kontext historischer Tradition: Wegen seiner Größe hat China in Europa schon immer extreme Phantasien und Ängste geweckt.

Tatsache ist, dass die meisten Probleme und Chancen, denen China heute begegnet, historische Wurzeln haben und das Ergebnis langfristiger Entwicklungen sind. Die Position an der Spitze ist für China weniger ein Aufstieg als lediglich die Rückkehr zu einem historischen Dauerzustand. Noch Mitte des 18. Jahrhunderts war China das unbestrittene Zentrum des Welt Handels. Chinesische Produkte wie Seide, Porzellan und Tee fanden reißenden Absatz in Europa und den europäischen Kolonien. Das chinesische Reich konnte sich in jeder Hinsicht mit den expandierenden Reichen des eurasischen Kontinents wie Russland und Großbritannien vergleichen. Technologischer Fortschritt, eine hoch entwickelte Verwaltung sowie ein schlagkräftiges Militär untermauerten Chinas zentrale Stellung in der Welt.

## DEN KRISEN ZUM TROTZ

Im 19. Jahrhundert geriet China in eine Krise. Die Gründe hierfür sind vielfältig und zahlreich. Das Vordringen des westlichen Imperialismus sei hier aber beispielhaft als eine der zentralen Ursachen genannt. Bemerkenswert dabei ist, dass China trotz seiner großen Krise(n) im 19. Jahrhundert, anders als andere Länder, nie vollständig unter ausländische imperiale Kontrolle geriet. Statt klein beizugeben, bemühten sich chinesische Reformeure und Intellektuelle Ende des Jahrhunderts um Selbststärkung und die Wiederherstellung der früheren Größe mithilfe westlicher Technologien und Ideen. Ihre Bemühungen sind Zeugnis dafür, wie tief in die Vergangenheit das aktuelle Streben nach Modernisierung reicht. Der große Wunsch dahinter, China wieder stark und wohlhabend zu machen, durchzieht die gesamte moderne chinesische Geschichte: vom Ende der kaiserlichen Dynastie über die nationalistische Partei unter Tschiang Kai-schek in den 1920er- und 1930er-Jahren bis hin zu Mao Zedong. Selbst die Kulturrevolution war im Grunde ein Versuch, China zu Größe und Stärke zu führen. So verwundert es auch nicht, dass Propagandaposter dieser Epoche ländliche Kommunen mit Hochhäusern und Autos zeigen.

Das Ziel, die einstige Macht Chinas wiederherzustellen, einte im 20. Jahrhundert alle politischen Lager und Strömungen. Uneinigkeit bestand allerdings in der Frage, wie man dieses Ziel erreichen könne. Lange vor dem Beginn der Reformen unter Deng Xiaoping in den 1970er-Jahren wurden dabei wichtige Meilensteine erreicht, die heute oft übersehen werden. So wären

die chinesischen Hochschulen gegenwärtig nicht in der Lage, weltweit zu konkurrieren, hätte sich nicht in den 1930er-Jahren die nationalistische Regierung um den Aufbau eines modernen Hochschulwesens bemüht. Das maoistische China baute das allgemeine Schulwesen aus und investierte in die Infrastruktur. Ohne solche Errungenschaften wäre der heutige Aufschwung ganz sicher nicht möglich. Auch aufsehenerregende (und umstritene) Projekte der letzten Jahre, wie zum Beispiel der Bau des Drei-Schluchten-Dammes am Jangtse oder auch die spektakuläre Eisenbahnverbindung nach Tibet, reichen weit zurück: Sie wurden bereits von nationalistischen Ingenieuren in den 1930er-Jahren erdacht und von kommunistischen Kadern in den 1950er-Jahren weiterentwickelt.

Neben allen Erfolgen gab es auch immer wieder dramatische Rückschritte und Fehlschläge, manche davon mit katastrophalem Ausmaß. Unternommene Anstrengungen zur Modernisierung und Industrialisierung reichten nicht aus, um den Machtverfall der korrupten Ein-Parteien-Diktatur der Nationalisten zu stoppen und einen langen Bürgerkrieg zu verhindern. Der offene und gewaltsam geführte Konflikt zwischen Nationalisten und Kommunisten begann im April 1928 und wurde erst im Herbst 1949 entschieden. Maos radikale Vision eines modernen Chinas, die Kulturrevolution, erschütterte das Land ähnlich brutal. Selbst die vermutlich liberalste und offenste Periode des Jahrhunderts, die 1980er-Jahre, erlitt durch die Niederschlagung der Studentenbewegungen am Tiananmen ein gewaltsames Ende. Damals wie heute prophezeiten viele Beobachter das Ende von Reformen und einen baldigen Kollaps.

## **FORTWIRKENDES GESAMTPROJEKT**

Trotz dieser großen Rückschläge und Fehler kam das Gesamtprojekt nie zum Erliegen. Im Gegenteil, denn auf jeden Rückschlag folgte eine Phase der Korrektur. Im historischen Rückblick ergibt sich dabei ein klares Muster: ein beständiges Alternieren zwischen pragmatischer Reform und Öffnung auf der einen Seite, und Re-Zentralisierung sowie Re-Ideologisierung auf der anderen Seite. Seit 1978 ist an dem grundsätzlichen Kurs von Reform und Öffnung allerdings beständig festgehalten worden.

China ist nicht nur ein Land von unermesslicher Größe, sondern verfügt auch über eine unüberschaubare Vielfalt von Landschaften, Menschen und Meinungen. Zu oft wird unterschätzt, wie groß die Zentrifugalkräfte in diesem Land sind. Ein derartiger Hinweis dient nicht der Rechtfertigung rigider Maßnahmen seitens der Regierung; er soll lediglich Teil der Erklärung sein, warum Peking eine so große Angst vor dem Auseinanderbrechen des Landes und einer krisenhaften Entwicklung wie in der Sowjetunion hat. Dazu passt, dass der neue Präsident Xi Jinping eine Gruppe von Historikern

in die chinesische Hauptstadt eingeladen haben soll, um sich persönlich über die Ursachen des Zerfalls der Sowjetunion zu informieren.

Es stimmt, dass China vor fundamentalen Problemen steht. Ein Bewusstsein dafür, dass das Land eine Kursänderung braucht, ist in der chinesischen Bevölkerung weit verbreitet. Auch die politische Führung ist sich bewusst, dass ihr sogenanntes „China-Modell“ – eine vage definierte Kombination autoritärer Politik mit staatlich kontrolliertem Patriotismus – reformiert werden muss. Im Mittelpunkt stehen dabei zum einen die grundsätzliche Frage nach der Rolle der Partei in der Gesellschaft sowie das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Politik bei der Gestaltung des künftigen Kurses. Zum anderen geht es um den allgemeinen Wirtschaftskurs. Wirtschaftlich beruhte das „China-Modell“ bisher auf hohen Wachstumsraten, die durch Exporte, ausländische Direktinvestitionen und Investitionsvorhaben staatlicher Unternehmen, durch großzügige Kredite staatlicher Banken gefördert, generiert wurden. Hohe Investitionen, in Kombination mit niedrigen Löhnen und geringen Auflagen hinsichtlich Umweltschutz und sozialer Absicherung, machten China in nur zwei Jahrzehnten zum Exportweltmeister und zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt. Zur gleichen Zeit konnten Währungsreserven in Höhe von mehr als drei Trillionen US-Dollar angehäuft werden. Die Kehrseite des Ganzen ist ebenso dramatisch wie die Erfolge: Der relative Anteil privater Haushalte an der wirtschaftlichen Entwicklung nahm kontinuierlich ab und sorgte damit für eine immer größere Ungleichheit. Aufgrund mangelnder Bestimmungen und niedriger Energie-Preise gingen viele Industrien sorglos und ineffizient mit natürlichen Ressourcen um. Dadurch entwickelte sich China zum traurigen Spitzenreiter in Sachen Umweltverschmutzung und weist heute die weltweit höchsten Umweltbelastungen in Luft und Wasser auf.

Regierung, Wissenschaft und Gesellschaft in China diskutieren intensiv über diese Probleme und nehmen sie ernst. Allgemein betrachtet ist China aber aufgrund der positiven Entwicklungen der letzten Jahre sowie der hohen Reserven in einer guten Ausgangslage und kann notwendige Korrekturen aus eigener Kraft vornehmen. Der Sommer 2015 war schwierig und hat wieder viele Pessimisten auf den Plan gerufen. Der Blick in die Vergangenheit lehrt uns: In China wird die Politik der Öffnung und Reform weitergehen. Aus Fehlern und Rückschlägen wird die Führung auch in Zukunft lernen und Korrekturen vornehmen. Dabei wird China wie in der Vergangenheit auf die intensive Zusammenarbeit mit internationalen Partnern wie Deutschland setzen. Für Deutschland wiederum ist China zu wichtig, um diese Zusammenarbeit nicht auch in schwierigen Zeiten fortzuführen.



# „Remember History“

---

Das Geschichtsbild als Machtinstrument der chinesischen Führung

## PETRA KOLONKO

Geboren 1955 in Rheinberg, Korrespondentin der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in China.

Das Jahr 2015 stand für China ganz im Zeichen historischer Erinnerung. Am 3. September beging die Volksrepublik mit der bis dahin größten Militärparade den 70. Jahrestag des „Sieges im Volkskrieg gegen die japanische Invasion und im anti-faschistischen Krieg“. Im Vorfeld des

großen Ereignisses hatte die staatliche Propaganda mit einer wahren Flut von Kriegsfilmern, Dokumentationen und Augenzeugenberichten die Erinnerung an den Krieg gegen Japan 1937 bis 1945 wiederbelebt. Siebzig Jahre nach Kriegsende erschienen die Japaner in chinesischen Darstellungen wieder als die „japanischen Teufel“, als die sie in Kriegsjahren bezeichnet wurden.

„Remember History“, mahnte eine Anzeigenserie in den großen chinesischen

Zeitungen. Ein Blick auf deren Illustration macht jedoch klar, dass es der Kommunistischen Parteiführung nicht um „die Geschichte“, sondern nur um ein historisches Ereignis ging, den Krieg gegen Japan. Und erinnern sollte sich neben der chinesischen Bevölkerung vor allem Japan. Der japanischen Regierung wurde gebetsmühlenartig vorgehalten, dass sie sich der Vergangenheit nicht stelle und Kriegsschuld leugne. Nur durch eine korrekte Einstellung zur Geschichte könne die Zukunft positiv gestaltet werden, ertönte es aus Peking in Richtung Tokio.

Ein solcher Appell zum wahrheitsgemäßen Umgang mit der Geschichte klingt aus dem Mund der chinesischen Parteiführer wenig glaubwürdig. Denn was die chinesische Führung von Japan fordert, ist sie selbst nicht willens zu leisten. „Remember History“ – das gilt nicht für die Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und ihrer Herrschaft, denn an die vielen dunklen Phasen kommunistischer Herrschaft und die Verbrechen, die die KPCh am chinesischen Volk verübt hat, soll sich niemand in der Volksrepublik China erinnern; sie sollen aus dem offiziellen Gedächtnis gestrichen werden, ihre öffentliche Diskussion ist tabu.

„Remember History“ gilt nicht für die Dekade der chinesischen Machtübernahme, bei der durch Bodenreform und von oben verordnete sozialistische Umgestaltung Millionen umkamen. „Remember History“ gilt auch nicht für den 1957 von Mao Zedong angeordneten „Großen Sprung nach vorn“, mit dem die Volksrepublik schlagartig industrialisiert werden sollte. In der Folge kamen in einer Hungersnot bis 45 Millionen Chinesen ums Leben. „Remember History“ gilt auch nicht für die Kulturrevolution (1965 bis

1975), die von Mao Zedong angeheizt war und die China an den Rand eines Bürgerkriegs brachte. Millionen verloren durch Terror, in Umerziehungslagern und bei Arbeitseinsätzen ihr Leben. Und schließlich soll sich niemand mehr an die blutige Niederschlagung der Demokratiebewegung im Jahr 1989 durch die Volksbefreiungsarmee erinnern.

## NATIONALISTISCHE ERZIEHUNG

Zur Geschichte hat die KPCh ein ganz besonderes Verhältnis: Sie schreibt sie um, interpretiert sie neu oder verschweigt, je nach dem aktuellen politischen Bedarf. Die Wächter der Partei-Ideologie haben dazu starke Mittel in der Hand. Sie wachen über die Lehrpläne der Schulen, Debatten in den Medien und akademische Veröffentlichungen. Durch die effektive Internetsensur kann erreicht werden, dass die Diskussion über und die Erinnerung an bestimmte Zeiten und Ereignisse der Geschichte unterdrückt oder in eine bestimmte Richtung gelenkt werden. Unter der Leitparole der „Patriotischen Erziehung“ wird in ganz China eine Geschichtsauffassung verbreitet, die nationalistisch ist und die Leistungen der KPCh unkritisch verherrlicht.

Die Ideologen der Partei versuchen aber auch, Interpretationen der chinesischen Geschichte international zu monopolisieren. Nicht zufällig trat die Volksrepublik im Kriegsgedenkjahr 2015 als Gastgeberin des Welthistorikerkongresses auf, der zum ersten Mal in Ostasien tagte. Das wurde von den offiziellen chinesischen Medien als eine „Abkehr vom Eurozentrismus“ gefeiert. Eines der Hauptthemen

des Kongresses war „China aus der globalen Perspektive“. Aus der Vielzahl der akademischen Diskussionen wurden in chinesischen Medien hauptsächlich jene hervorgehoben, die Chinas Rolle in der Weltgeschichte würdigten. Das passt gut zu Parteichef Xi Jinpings Vorhaben der „Wiederbelebung der großen chinesischen Nation“. Xi Jinping sagte dann auch in seinem Grußwort, die Historiker sollten Einsichten für diese Wiederbelebung Chinas vorlegen.

Als amerikanische Historiker vor Kurzem mit der „New Qing History“ eine neue Theorie zur Geschichte der letzten chinesischen Kaiserdynastie der Qing (1616 bis 1911) und eine Diskussion um die Rolle der Mandschuren in der Qing-Geschichte anstießen, hatte dies wahre Hassausbrüche und Schmähungen chinesischer Historiker zur Folge. Diese reagierten höchst empfindlich besonders darauf, dass die Historiker der „New Qing History“ daran erinnerten, dass die Kaiser der Qing-Dynastie viele Gebiete eroberten, die vorher nie zum Territorium Chinas gehört hatten. Diese „Neue Qing-Geschichte“ diene dazu, Chinas Anspruch auf die Herrschaft über Gebiete wie Tibet, Xinjiang und Taiwan zu schwächen, schimpften chinesische Historiker. Diese Art der Geschichtsschreibung sei nur eine neue Form des amerikanischen Imperialismus. Sie diene dazu, Chinas Aufstieg aufzuhalten und dem heutigen China Expansionismus vorzuwerfen.

Für die chinesische kommunistische Führung war die Geschichte schon immer ein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Die Partei zieht aus der Geschichte die Legitimation ihrer Herrschaft. Zu einer Zeit, da die marxistisch-leninistische Lehre keine Anziehungskraft mehr in

China hat und als Ideologie für das de facto kapitalistische China nicht erhalten kann, versucht die Kommunistische Partei Chinas jetzt, ihren Anspruch auf die Herrschaft über China mit ihren historischen Leistungen zu begründen; dazu gehört vor allem, dass die Partei für sich beansprucht, die japanischen Invasoren besiegt und damit China von einem Jahrhundert der Demütigung gerettet und die moderne chinesische Nation begründet zu haben.

## SIEGER ÜBER JAPAN?

Dass dies den historischen Tatsachen nicht ganz entspricht, stört sie dabei nicht. So haben nicht die versprengten und schlecht ausgerüsteten kommunistischen Truppen, sondern die Truppen der damaligen nationalchinesischen Regierung unter Tschiang Kai-schek den Großteil des Kampfes gegen Japan geführt und die meisten Verluste erlitten. Die Soldaten der chinesischen Nationalisten verloren im acht Jahre währenden Krieg gegen die japanischen Invasoren 3,2 Millionen Soldaten, die Kommunisten nach offiziellen Schätzungen 450.000. Ebenso wurde während der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Kriegsendes an keiner Stelle erwähnt, dass es letztlich die von der offiziellen chinesischen Propaganda geschmähten Amerikaner waren, die die Japaner im Zweiten Weltkrieg besiegten und damit auch China von der japanischen Besetzung befreiten.

Trotz aller offiziellen Versuche der Geschichtsklitterung gibt es auch in der Volksrepublik viele, die wissen, dass die Geschichte, wie sie von der KPCh präsentiert wird, nur ein bearbeiteter Ausschnitt

ist. Die älteren Chinesen haben die jüngste Geschichte noch miterlebt und können die offizielle Darstellung mit ihren Erinnerungen vergleichen. Einige wenige historisch Interessierte erhalten in kleinen privaten Museen etwa die Erinnerung an die Kulturrevolution lebendig. Zwar unterliegen Übersetzungen ausländischer Geschichtswerke der Zensur, chinesische Historiker, Studenten und gebildete Leser können jedoch durch Schlupflöcher im Internet historische Publikationen anderer Staaten lesen. Für die, die nur der chinesischen Sprache mächtig sind, gibt es Publikationen von Historikern in Taiwan und Hongkong, die historische Forschung ohne ideologische Verbote verfolgen können.

## „HISTORISCHER NIHILISMUS“

Auch in den Internetblogs und in Diskussionen der sozialen Medien tauchen immer wieder historische Themen auf, doch auf diese richtet die Zensur ein wachsames Auge. Zu Beginn dieses Jahres löschte die Zensur eine Reihe von WeChat-Konten wegen „Verfälschung der Geschichte der Partei und des Staates“. Und selbst die Aufklärung ihrer Bürger im Ausland versucht die Volksrepublik China zu stören. So protestierten die chinesischen Behör-

den in diesem Jahr bei Reiseveranstaltern in Taiwan dagegen, dass chinesischen Touristengruppen im demokratischen Taiwan historische Dokumentarfilme gezeigt wurden, die die Geschichte des chinesischen Kommunismus und Mao Zedongs anders darstellten, als es die offizielle kommunistische Geschichtsschreibung tut.

Die Partei sieht unabhängige historische Forschung als Herausforderung für ihren Herrschaftsanspruch. Die *Volkszeitung* kommentierte dies kürzlich mit deutlichen Worten: „Es ist einfach, die Regierung eines Landes zu stürzen, indem man die Geschichte infrage stellt.“ Mit anderen Worten: Wenn etwa 450 Millionen WeChat-Nutzer anfangen würden, über die Geschichte zu spekulieren und die historischen Erfolge der Partei infrage zu stellen, könnte daraus ein Unsicherheitsfaktor werden. In der Parteizeitschrift *Suche nach Wahrheit* wird jetzt Kritik an der offiziellen Geschichtsschreibung als „Historischer Nihilismus“ kritisiert. Die Geschichte der Partei sei insgesamt glorreich, heißt es da. Wenn jetzt Historiker die Geschichte der chinesischen Revolution und der Partei verfälschten, müsse man dem entschieden entgegenreten. Der „Historische Nihilismus“ habe zum Ziel, die Herrschaft der KPCh und das sozialistische System Chinas zu unterminieren.

# Sinn und Sicherheit

---

Was das Reich der Mitte antreibt und zusammenhält – eine Vermutung

## THOMAS AWE

Geboren 1953 in Hannover,  
Leiter des Auslandsbüros Peking  
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Bei dem Versuch, das Phänomen China begrifflich zu fassen, gerät man in Schwierigkeiten; denn das Geschehen im Reich der Mitte zersplittert, obwohl es in der vagen Gesamtschau als Einheit erscheint, in eine Vielzahl unterschiedlicher Facetten. In deren Einzelbetrachtung erst zeigen sich die mannigfaltigen Wirklichkeitserfahrungen mit dem größten globalen und augenscheinlich gelungenen Gesellschaftsexperiment an einem lebenden Volk der Neuzeit.

Die Grenzen eigener Vorstellung überschreitend, wird China zu einer persönlichen und gesellschaftlichen Erlebnisgröße, deren von Widersprüchlichkeit und aufflackerndem Verstehen geprägtes Nachempfinden nicht selten verblüfft, manchmal irritiert, immer jedoch in seinen Bann zieht. Allerdings war der internationale Austausch meist einseitig, das Chinabild auch in Deutschland lange Zeit auf das eines attraktiven Wirtschaftsstandortes reduziert. Langsam ändert sich dies, die Wahrnehmung wird dichter und multidimensional.

Der dinosaurierhafte Begriff vom „Reich der Mitte“ beispielsweise ist so faszinierend wie unzutreffend; denn dieses respektvolle Etikett erwuchs ursprünglich aus einem Übersetzungsfehler. China, das sind die mittleren Staaten, die Mittellande, als die sie vor 3.000 Jahren wegen ihrer zunächst geografischen, später auch politischen Position bezeichnet wurden. Tendenzen zu einem verführerischen China-Reduktionismus gibt es zuhauf. Zu groß ist das Land, zu unübersichtlich und mythisch verklärt ist auch die neuere, also Nachkriegs- und Revolutionsgeschichte der Volksrepublik und ihr Umgang mit der jüngsten Vergangenheit. Das gilt für die Ideengeschichte und die Verzahnung von Partei, Staat und Regierung gleichermaßen. Die Fragen, um die es hier geht – die Suche nach Sinn und Stabilität im drittgrößten Land der Welt mit der höchsten Bevölkerungszahl –, sind eingebettet in bereits vorrevolutionäre Umformungen traditioneller Grundwerte. Seit dieser Zeit geben kollektive Normen und Erinnerungen der geistig-politischen Welt Chinas überzeitliche Struktur und einem fragilen Vielvölkerstaat regionalen Zusammenhalt und nationale Identität.

## ÜBERGANGSGESELLSCHAFT

An den seelischen Tiefenstrukturen konnte auch die legendenumwobene, in ihren Methoden und Folgen gleichwohl drastische Volksbefreiung kaum etwas ändern – ebenso wenig wie die erinnerungsallergischen Gründungsmythen des Neuen China ab Oktober 1949. Versucht hat dies die kommunistische Ideologie einer siegreichen Bürgerkriegs- und Transformationspartei, die einen Staat nach ihrem Credo schuf: die Volksrepublik China. Deren sinitisierte Fassung eines neuen Menschentypus zielte zunächst auf die klassenkämpferisch begründete permanente Revolution – noch heute definieren sich Kern und Mission der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) deshalb weiterhin über Krisen und sogenannte Bewegungen – und legte den Grundstein für ihr ideologisch höchst flexibles Herrschaftssystem.

Später hoffte man in Arbeitseinheiten von der Wiege bis zur Bahre auf egalitären Konformismus, dann, durch Deng Xiaoping, auf Reichwerden in asymmetrischen Schüben einer hybriden Übergangsgesellschaft und heute, mit Xi Jinping, auf Sinn und Sicherheit in der Erfüllung eines Traumes, der das wieder erstarkte China mit bescheidenem persönlichen Wohlstand für alle in Aussicht stellt.

Politische Überzeugungen basieren auf Sehnsüchten. Wer diese zu entzünden, zu bedienen und für eigene Zwecke zu nutzen vermag, besitzt ideelle und politische Deutungshoheit. Diese beizubehalten gelingt auch in China nur, solange die Art der Bedürfnisse und die Instrumente des Einflusses einander entsprechen. Erodieren oder ändern sich die gesellschaftlichen Grundkonstanten durch Katastrophen, technisch-mediale Errungenschaften



oder neue Ideengefüge, variieren auch die Machtverhältnisse und deren Durchsetzung. Die Antworten darauf fallen bei Regierung und Regierten unterschiedlich aus und prägen bis heute den Umgang des Parteistaates mit seinen Untertanen.

Menschen sind Beziehungswesen, die nur durch Begegnung und Auseinandersetzung mit anderen ihre eigene Identität und Gemeinschaftsverbundenheit erhalten. Dies gilt in besonderem Maße für die konfuzianisch geprägte Tradition Ostasiens mit klaren Hierarchie- und Rollenzuweisungen. Das Streben nach Aufgehobensein in Familie und Gesellschaft bleibt deshalb zeitlebens vorhanden. Werden jedoch wie im neuzeitlichen China Lebensläufe, Schicksale und Geborgenheitswünsche in kürzester Zeit gebrochen, zerrüttet und enttäuscht, dann entstehen erinnerungsbedingte Hypotheken, Nachwehen und Traumata. Fehlen weitgehend echtes, erfüllbares Heimatvertrauen und menschlich verbindlicher Zusammenhalt, kann es zum patriotischen Aderlass kommen.

## **ERSATZSYSTEME**

Man verlässt eher und leichter sein Land und sucht im Exil den Einklang mit der persönlichen Lebenserwartung – oft auch der Familie sowie den Hoffnungen für die eigenen Nachkommen. Dissoziale, seelisch unterernährte Einzelkinder werden empathielose Opfer einer gesellschaftlichen und ökonomischen Konkurrenz – und eines Verteilungskampfes, zu dessen Verschärfung ein aktuell mehr oder minder überraschender Wirtschaftsabschwung, steigende Bildungskosten und nach wie vor rigide Zugangsprüfungen an den Universitäten ihr Übriges tun.

Die chinesische Wirtschaft boomt noch immer. Doch solange eine grundlegende Reform der politischen Institutionen ausbleibt, verharrt der autoritär staatsgelenkte, ökonomische Erfolg bei rein statistischem Zuwachs, ohne jedoch Innovationsentfaltung und Kreativität zuzulassen. Diese Kompetenzen aber werden für die künftige innere Reife der Volksrepublik und deren angestrebte globale Position zunehmend unerlässlich. Hardware allein tut es nicht, und eine Überbetonung der Staats- und Sicherheitsdoktrin offenbart stets auch politisch-ideologische Unsicherheit.

Auf individuellem Gebiet stellen ökonomische Zukunftsängste und soziale Versagensfurcht auch in China Folge und Symptom der Moderne dar. Hektik und technisierte Lebenswelten neben Entfremdung und dem Verlust vertrauter, ländlich geprägter Familienstrukturen, endemische Einsamkeit, Versagen moralischer und politischer Glaubenssysteme, die dem Leben einst Sinn und Richtung gaben, bei gleichzeitiger Beschränkung öffentlicher religiöser Betätigung – all das wirkt sich langfristig sozial desorientierend aus und lässt kompensierende Ersatzsysteme und Äquivalente entstehen: Materialismus,

Nationalismus und kommerziell oder esoterisch gefärbte Ablenkung. Auch den Ruf nach starker Führung. Man will wissen, wohin.

## ERINNERUNGSARBEIT

Im Gesamtspektrum einer oberflächlich reibungslos funktionierenden Gesellschaft regieren auch nach fast vierzig Jahren Reform- und Öffnungspolitik neben all den glitzernden Fassaden unverarbeiteter Schuld- und Schamgefühle das familiäre und das gesellschaftliche Innenleben. Bedingt durch generativ vererbte Erfahrungen, die in anderen, nachfolgenden Menschenleben weiterwirken, Hungersnöte, Antikulturrevolution und immer aufs Neue verstörende Wahrheits- und Abweichlerkampagnen sowie durch die Tabuisierung des heute begrifflich beschwichtigten Tiananmen-Geschehens ist es zu verordnetem Schweigen, intellektueller Ausgrenzung und nagendem Selbstwertverlust gekommen. Das schafft einen ungeheuren psychischen Anpassungs- und Verdrängungsdruck auch dann, wenn sich mittlerweile der poröse Mantel kollektiven Vergessens über die meisten chinesischen Seelen gelegt zu haben scheint. Verarbeitungsversuche der eigenen Geschichte harren in China nach wie vor ihrer Bewältigung. Die Zeit heilt eben nicht alle Wunden.

Innere Leere und die Last übertünchter Gesellschaftsrisse sowie eine rein materiell ausgerichtete Lebensphilosophie ohne geistiges Fundament trüben latent die Freude am Dasein. Denn wieder gibt es, auch im Sinosozialismus mit seiner selten dem normalen Leben zugewandten, politisch unglaubwürdig gewordenen Kaderelite, eine wachsende Zahl Verlierer. Selbstverleugnung, Zensur und Angst verstellen zunehmend den optimistischen Blick in die Zukunft, die immer auch mithilfe erinnelter Vergangenheit geplant und imaginiert wird.

An die wahre Lehre kommunistischer Ideen zu glauben, fällt angesichts der realexistierenden Entwicklungsschere in China nicht leicht. Gilt doch das gegenwärtige Gesellschaftssystem Chinas offiziell lediglich als nötige Vorstufe zum Kommunismus – auf der es sich allerdings, paradox genug, die Arrivierten des politischen Establishments und Auftragsdenker der Partei inzwischen komfortabel eingerichtet haben.

## ANTRIEB UND ZUSAMMENHALT

Doch wie passt das alles zusammen, warum geht die Entwicklung scheinbar ungebrochen weiter? Paradoxerweise liegen im Pendelschlag zwischen Freiheit und Regulierung, Marktöffnung und einer rasant modernisierten, gleichwohl nicht verwestlichten Gesellschaft vor konfuzianisch eingefärbtem Hintergrund die Wurzeln sowohl für Antrieb als auch Motivation der

chinesischen Bevölkerung, die sich seit eh und je durch Krisen manövriert. Das gilt auch für das resiliente Überdauern ihrer hybriden Wirtschaftsordnung, die stets aufs Neue Ressourcen sucht und findet und die schon so oft totgesagt wurde, dass apokalyptische Endzeitvisionen auch in Zeiten erschlaffender Konjunktur heute keine Überzeugungskraft mehr ausstrahlen. Volkswirtschaftlich wird das Land vergleichsweise solide weiterexistieren.

Dem sozialen System aber stehen gewaltige Herausforderungen bevor, die vor der politischen Kultur Chinas nicht haltmachen. Im Gegenteil: Öffentliche Reflexion und damit der kritische Rückblick auf die jüngere Geschichte der Volksrepublik sind weder gestattet, noch scheinen sie in der Durchschnittsbevölkerung – man sollte den Begriff „Mittelklasse“ mit seiner regimekritischen Assoziation vorsichtig verwenden – erwünscht oder permanent gefordert zu sein.

Chinas neokonfuzianisch-autoritäres Entwicklungsmodell ist zum einen das einer oppositionslosen und ideologiepragmatischen Einparteieregierung, die dem Land einen drastischen Modernisierungskurs mit Anleihen bei geschichtlicher Tradition, Überlieferung und Klassik verordnete. Sie verstand, den sie mehrheitlich legitimierenden Konsens des Volkes bislang neben ausgeklügelten gesellschaftlichen Kontrollmechanismen vor allem durch die stete Mehrung dessen Wohlstands zu sichern. Zum anderen ist dieses Entwicklungsmodell aber auch ein hochempfindliches Gewebe, in dem bislang Revolution und Rotation, Innen- und Außenfaktoren einander balancierend die Waage halten.

Hätte China in Peking keine politisch-administrative und in Form der überregional aufgestellten Volksbefreiungsarmee auch nach innen wirkende Klammer, würde es in passivem Aus-der-Bahn-gezogen-Werden erstarren oder in Staatsfragmente zerfallen. Beides hat es in der chinesischen Geschichte mehrfach gegeben.

## WIDERSPRÜCHLICHER GESELLSCHAFTSMIX

Das Ausfallen oder Überwiegen einer einzigen Bewegung würde die oktroyierte Ordnung zerstören und in eine unkontrollierbare Gemengelage führen. Daher die Angst der Obrigkeit vor Separatismus, Autonomie und nicht-staatlichen, nicht-chinesischen Bewegungen. Allerdings: Die aktuell zu beobachtende dominante Akzentuierung des überbetont wirtschaftlichen Fortschritts auf Kosten eines legitimen pluralen Gesellschaftssystems, in dem Diskurskulturen mit freiem intellektuellen Austausch wenigstens geduldet werden, scheint in weite Ferne gerückt. Dies birgt die Gefahr permanenter Vereinseitigung in sich, die unter Umständen nicht mehr zurückgenommen werden kann. Solange die Ökonomie den Primat über die Politik beibehält und die Partei über das Recht gebietet und nicht umgekehrt, wird sich China, neben

der ehern aufrechterhaltenen Einheitsidee und dem unantastbaren Machtmonopol der Kommunistischen Partei, möglicherweise nicht progressiv verändern, sondern zurückentwickeln und damit auch global leistungsschwächer werden.

Aktuell herrscht eine erneut stark ideologisierte Regierung Einzelner in der Tradition des Staatsgründers Mao Zedong, die vergangen geglaubte Zeiten ins kollektive Gedächtnis zurückrufen, an die sich nicht alle in China gern erinnern. Soziale Kontrolle, autoritäre Gesinnungsüberwachung, wirtschaftlich forciertes Gewinnstreben und absolute Parteilichkeit für Recht und Gesetz sind das Ergebnis und stellen den so widersprüchlichen Gesellschaftsmix Chinas dar: Vollgas (Wirtschaft) bei angezogener Handbremse (Politik) und eingelegtem Rückwärtsgang (Ideologie) – möglicherweise auf der Überholspur zur Selbstblockade. Weder ökonomische Fünfjahrespläne noch ideologische Gleichschaltungskampagnen haben die Voraussetzungen für die atemberaubende Renaissance Chinas und seiner Menschen geschaffen, sondern deren Fähigkeit, Grundkonflikte zwischen Bedürfnissen und ihrer Befriedigung situationsabhängig zu lösen, aufzuschieben oder auszuhalten.

## **VORFREUDE ALS GESELLSCHAFTSKITT**

*Ein* entscheidender Grund für Chinas Antrieb könnte deshalb in der Chance auf persönliche materielle Besserstellung in Zukunft liegen – mit einem rehabilitierten Konfuzianismus. Für den kollektiven Zusammenhalt sorgt das drakonisch verfolgte Leitprinzip der chinesischen Gesellschaft als eine der KPCh-Herrschaft untergeordnete, gleichsam kooptierte Welt, die ihre Verfassung dem Gründungsakt der Volksrepublik vor nunmehr 66 Jahren durch ebendiese Organisation verdankt.

Rückblickend auf einzigartige Wachstumsdaten, Armutsminderung und Wohlstandsmehrung – durch adaptives Ablegen der ideologischen Zwangsjacke, jedoch unter Beibehaltung aller personellen, agitatorischen und militärischen Apparate und Kontrollinstanzen – hat die Gründungspartei der Volksrepublik eine politische Meisterleistung gezeigt und bis heute den Ehevertrag zwischen ökonomischer Zugewinngemeinschaft bei ideologischer Gütertrennung aufrechterhalten. Eine ökonomische Erwartungshaltung bleibt der gesellschaftliche Kitt Chinas und zugleich dessen Antrieb. Ob und wie lange dies allerdings noch zeitgemäß auf der Geschäftsgrundlage und unter Führung einer sich kommunistischen Idealen verpflichteten Staatspartei, unter allen Zwängen und Abhängigkeiten fortschreitender Globalisierung, geschehen kann, ist derzeit nicht zu beantworten. Vielleicht trifft die gegenwärtige Führung der Volksrepublik China ihre Wahl für die kommenden Jahre jedoch so, dass der Schaden für das Land und andere gering und der Nutzen groß ausfällt.

# Gezähmte Gesellschaft?

---

Innenpolitik zwischen rigoroser Kontrolle und verordneter Dynamik

## KRISTIN SHI-KUPFER

Geboren 1974 in Essen, leitet den Forschungsbereich „Gesellschaft und Medien“ am Mercator Institute for China Studies in Berlin.

Im Januar 2014 machte die parteinahe Zeitung *Global Times*, eine der zwei landesweiten englischsprachigen Tageszeitungen unter der Schirmherrschaft der *Renmin Ribao*, dem Organ der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), in einem

Artikel erstmals öffentlich, worum es der chinesischen Regierung mit den anhaltenden Verhaftungen und Repressionen seit der Machtübernahme von Partei- und Staatschef Xi Jinping geht: Sie dienten als Signal an alle öffentlichen Kritiker, künftig zu schweigen, damit die KPCh ihren „China-Traum“ von einem politisch durchsetzungsfähigen, wohlhabenden und sozial stabilen Land unter ihrer Herrschaft weiterverfolgen kann. Die *Global Times* bezeichnete die Verurteilung des Bürgerrechtlers Xu Zhiyong zu vier Jahren Haft damals als „Klarstellung des Rahmens“ für den weiteren Kurs der Partei. Xu war vorgeworfen worden, eine „Menschenmenge mit dem Ziel der Störung der öffentlichen Ordnung“ organisiert zu haben.

Rund zehn Monate später wird auch der prominente Menschenrechtsanwalt Pu Zhiqiang wegen „Aufwiegelung zum Umsturz der Staatsmacht“ angeklagt. Festgenommen hatten ihn die Behörden bereits acht Monate zuvor,

nachdem er mit Aktivisten und Wissenschaftlern der Niederschlagung der Tiananmen-Protestbewegung vor damals 25 Jahren gedachte. Pu Zhiqiang, die 71-jährige Journalistin Gao Yu oder der uigurische Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti gehören zu den bekanntesten Beispielen einer großen Verhaftungswelle. Die Betroffenen wurden und werden meist zu langen Haftstrafen verurteilt.

All dies zeigt: Der von Peking propagierte „Aufbau eines sozialistischen Gesetzesstaates“ zielt nicht auf einen transparenten und parteiunabhängigen Rechtsstaat. Es geht Xi Jinping vielmehr um verbindliche Vorschriften und Gesetze für eine effizientere Verwaltung – vor allem gegen die grassierende Korruption. Das aber hat er auch nie anders angekündigt. Hoffnungen in westlichen Industrieländern auf politische Reformen, die von der Kommunistischen Partei initiiert werden, müssen vorerst aufgegeben werden.

## **KONTROLLE ÜBER ALLE SOZIALEN ORGANISATIONEN**

Peking strebt nach einer starken, durchsetzungsfähigen Führung – und einer „gezähmten“, nur auf Befehl aktiven Gesellschaft. Dazu will die Administration Xi Jinping alle organisierten gesellschaftlichen Aktivitäten konsequent überwachen.

Ende September 2015 hat das Zentralkomitee der KPCh ein vorläufiges Dokument zum Aufbau von Parteigruppen in sozialen Organisationen veröffentlicht. Dazu zählen unter anderem Nichtregierungsorganisationen, gemeinnützige Unternehmen und Selbstverwaltungskomitees. Durch die Einrichtung von Parteigruppen soll der Einfluss der KPCh auf die Gesellschaft gesichert und vergrößert werden. Soziale Organisationen werden aufgefordert, gezielt Parteimitglieder anzuwerben und diese in verantwortlichen Positionen einzusetzen. Die Parteigruppen sollen laut offiziellem Beschluss dann innerhalb der sozialen Organisationen etwa Parteirichtlinien umsetzen und das politische Bewusstsein aller Mitarbeiter schulen.

Dem jüngsten zweiten Gesetzentwurf zur Regulierung von Aktivitäten ausländischer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zufolge sollen diese dem Ministerium für öffentliche Sicherheit beziehungsweise deren lokalen Büros und nicht mehr dem moderateren Ministerium für Zivile Angelegenheiten unterstellt werden. Ausländische Beobachter hatten vermehrt ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht. Auch innerhalb Chinas regte sich offensichtlich Kritik: Lokale Regierungen wie auch chinesische Partner von ausländischen NGOs warnten vor den Konsequenzen eines Generalverdachts und dem Wegbrechen wichtiger Projekte im Bereich der sozialen Sicherung und Bildung. Nach der dritten Lesung muss das Gesetz – möglicherweise in leicht abgeänderter Form – verabschiedet werden. Bislang ist unklar, wann es soweit ist.



## SOZIALE MEDIEN IM VISIER DER ZENSUR

Bereits seit 2013 hat Xi Jinping auch die Sozialen Medien ins Visier genommen. Im Zuge einer staatlichen Kampagne gegen „schädliche Inhalte“ – Pornografie, Gewalt, aber auch politisch unliebsame Meinungen – musste der Twitter-ähnliche Mikroblogdienst Sina Weibo innerhalb weniger Wochen 100.000 Blogkonten schließen. Die Verhaftung des aktiven Bloggers und Unternehmers Charles Xue Biquan im August 2013 bildete den Auftakt zu einer Reihe von Festnahmen, im Staatsfernsehen inszenierten öffentlichen „Geständnissen“ und Verurteilungen.

Kurze Zeit später erreichte die Kampagne auch WeChat, den Sofortnachrichtendienst des chinesischen IT-Unternehmens Tencent. Im Frühjahr 2014 wurden ohne Vorwarnung Konten gesperrt oder gelöscht. Darunter öffentliche Blogs von populären Journalisten und Kommentatoren wie Xu Dan, dessen Newsletter rund 200.000 Nutzer abonniert hatten. Auch kritischere Essayplattformen wie „Consensus Net“ waren von der Zensur betroffen.

Im Frühjahr 2015 drohte die chinesische Regierung prominenten IT-Portalen wie Sina oder Netease mit der Schließung. Sofern die Unternehmen staatliche Zensurvorgaben weiterhin nur ungenügend umsetzten, drohten ihnen Geldstrafen oder sogar Lizenzentzug. Bei Netease mahnte der Arbeitsstab unter anderem „gravierende Probleme“ in der Meinungsbildung bei Nachrichten an. Sina sei auf seiner Mikroblogplattform Weibo zu nachlässig mit der Zensur illegaler Inhalte wie etwa Pornografie, Glückspiel und Gewalt, aber auch mit der Zensur von „Gerüchten, die die soziale Ordnung und Stabilität gefährden“ (oft ein Synonym für unliebsame und sensible Informationen).

## „ERINNERUNGEN AN MAOISTISCHE KAMPAGNEN“

Im Juli 2015 bestrafte die chinesische Polizei 197 Blogger wegen der Verbreitung von „Gerüchten“. Laut der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua handelte es sich dabei um Informationen zum Börsencrash, zur Explosionskatastrophe in Tianjin und zur Militärparade am 3. September 2015. Die Behörden haben zudem 165 Soziale-Medien-Konten wegen der „Verursachung von Panik, Manipulation der öffentlichen Meinung und Störungen des Aktienmarktes“ geschlossen. Der Journalist Wang Xiaolu vom renommierten Wirtschaftsmagazin Caijing wurde wegen seines Berichts über die gezielte Manipulation des Aktienmarktes durch die chinesische Wertpapieraufsicht festgenommen. Am 31. August 2015 gestand er in einer über das staatliche Fernsehen verbreiteten Stellungnahme, dass seine Beiträge auf „Gerüchten“ und „rein subjektiven Aussagen“ basiert hätten. Chinas Regierung wollte offensichtlich Schuldige für die jüngsten Misereen präsentieren, um von der eigenen Verantwortung abzulenken und die öffentliche Empörung zu besänftigen. Kritiker weisen

jedoch darauf hin, dass die Maßnahmen in erster Linie dazu dienen, kritische Stimmen im Internet mundtot zu machen.

Ins Visier geraten sind seit Xis Amtsantritt im März 2012 nicht nur Bürgerrechtler und Anwälte, Journalisten und Blogger, sondern auch Hochschulprofessoren und Künstler. Xi will sie auf den Sozialismus neu einschwören. Gezielt versucht er, maoistische Ideen und Instrumente der ideologischen Mobilisierung wiederzubeleben. An Universitäten sollen in vielen Fachbereichen künftig keine westlichen Lehrbücher mehr eingesetzt werden.

„Die Kommunistische Partei Chinas weckt mit ihrer Rhetorik Erinnerungen an maoistische Kampagnen“: Für diese Einordnung der laufenden Ideologie-Kampagne der KPCh am 9. Februar 2015 erhielt Gong Ke, Präsident der Nankai-Universität, in Sozialen Medien starken Zuspruch. Gong berief sich auf Zitate aus der Parteizeitschrift. Dort heißt es unter anderem: „Die Hochschullehrer-Truppe gründlich säubern, reinigen und sanieren“. Nur wenige Stunden nach Gongs Stellungnahme hatten Nutzer von Sina Weibo die Nachricht bereits über 10.000-mal weitergeleitet.

## FREIRÄUME IN ENGEN GRENZEN

Gleichzeitig lässt Xi Jinping staatlich gelenkte soziale Teilhabe zu: Er braucht die Dynamik von privaten IT-Gründern als neuen Wachstumsmotor und karitatives Engagement, um die soziale Sicherung zu stützen. Aktiv werden soll die Bevölkerung in eng abgesteckten Räumen und zum Wohle des Staates. Soziale Dienstleistungen, wie die Betreuung von Behinderten oder die Versorgung von Waisenkindern, überlässt Peking gern engagierten Bürgern. Die chinesische Führung will NGOs auch im Kampf gegen die Verursacher von Umweltverschmutzung mit einspannen. Seit dem 1. Januar 2015 erlaubt das neue Umweltgesetz NGOs, gegen die Verursacher von Umweltverschmutzung zu klagen. Seit Inkrafttreten der Regelung haben NGOs allerdings erst ganz wenige Klagen angestrengt. Die „All-China Environmental Federation“, eine regierungseigene „NGO“ (GONGO) unter Leitung des Umweltministeriums, ist dabei am aktivsten.

Bilder von einem entspannt wirkenden Li Keqiang gingen im Mai 2015 durch die chinesische Presse. Sie zeigen den Ministerpräsidenten, wie er herzlich lachend, umringt von jungen Start-up-Unternehmern in einem Café im chinesischen Silicon Valley, dem Pekinger „Zhongguancun“, sitzt. Der Besuch war der inszenierte Höhepunkt einer politischen Woche, die im Zeichen der Förderung von Start-ups und E-Commerce stand. Die Regierung braucht die junge E-Commerce-Gründerszene, wenn es um die Zukunft der chinesischen Wirtschaft geht. Sie will diese unter anderem durch erleichterte Registrierungsbedingungen und Steuervergünstigungen unterstützen. Aber auch das Engagement chinesischer E-Commerce-Unternehmen im Ausland will

die Regierung in Zukunft erleichtern und fördern. Globale Flaggschiffe wie Alibaba oder Tencent sind ganz im Sinne der chinesischen Regierung. Peking sieht die Gründer als treibende Kräfte der Innovation und des sogenannten „Industrial Upgrading“ – Chinas Transformation von einem Low-Tech- zu einem High-Tech-Land. Diese schwierige wirtschaftliche Transformation und der Widerspruch zwischen verordneter Dynamik und rigoroser Kontrolle bergen enormen sozialen Sprengstoff.

## **PROTESTAKTIONEN**

Jedes Jahr brechen in China rund 100.000 größere Protestaktionen aus. Streitigkeiten um Landnutzungsrechte sind dabei Ursache Nummer eins. Der Verkauf von Boden ist inzwischen eine der wichtigsten Einnahmequellen für lokale Regierungen. Diese haben die Macht, Land von Bauern im Namen des „öffentlichen Interesses“ zu beschlagnahmen und die Höhe der Entschädigungszahlungen selbst festzulegen.

Doch auch Chinas Stadtbewohner haben keine Scheu mehr vor Konflikten, um ihre Interessen gegen staatliche Eingriffe zu verteidigen. Sie protestieren gegen geplante Chemiefabriken oder Müllverbrennungsanlagen, die neben ihren neu erworbenen Eigentumswohnungen entstehen sollen. Durch Soziale Medien ist Chinas neue Mittelschicht in der Lage, innerhalb kurzer Zeit Demonstrationen mit Zehntausenden Teilnehmern zu organisieren.

Eine zweite Hauptursache für Proteste sind Arbeitskonflikte. Besonders in südlichen Provinzen gelingt es der besser gebildeten zweiten Generation von Wanderarbeitern immer wieder, ihre Fabrikbosse durch Streiks unter Druck zu setzen. Selbst bestimmte Vertreter verhandeln an den staatlichen Gewerkschaften vorbei über bessere Arbeitsbedingungen. Lokale Regierungen versuchen um jeden Preis, soziale Stabilität wiederherzustellen: mal durch Schlichtung, mal durch Zahlung von Entschädigungen, mal durch den Einsatz der Polizei.

Die meisten Proteste verfolgen konkrete Interessen und keine abstrakten politischen Ziele, setzen jedoch die politische Führung unter Druck. Denn sie sind Ausdruck von Unzufriedenheit und fordern die Legitimität der KPCh heraus, die inzwischen nur noch mit Wohlstandversprechen gerechtfertigt wird. Bislang stabilisiert die Mittelschicht das Land. Sie ist mit der Regierung einen Deal eingegangen: wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten und individuelle Freiheiten (Reisefreiheit, Konsum) im Tausch gegen politisches Schweigen. Sollte Chinas Wirtschaft jedoch ernsthaft ins Wanken geraten, könnten die sozialen Proteste schon bald außer Kontrolle geraten.

# Bildung als Menschwerdung

---

Einige Facetten des geistigen Status quo in China

## WANG GE

1975 geboren, Chinese Academy of Social Sciences, Peking (VR China).

China entwickelt sich in schwindelerregendem Tempo, voller Spannung und Widersprüche. Diese Veränderungsprozesse verlangen den Menschen eine erhebliche geistige und psychische Anstrengung ab. Wer ist noch in der Lage, seine verschiedenen Lebenssituationen in den letzten Jahrzehnten zu einem kohärenten Sinn zu fügen? Dabei könnte man auch ohne Teufel, ohne Überzeugungen und Werte dahinleben –, zumal zahlreiche Tragödien in der Vergangenheit vorsichtig gemacht haben. Konformismus ist und macht komfortabel. Das eigene Fühlen und Denken bleibt – zusammen mit einem nagenden Schamgefühl – im Dunkeln einer Geheimsphäre.

Man spricht in China seit Langem über einen Werteverfall oder ein Werte-

vakuum. Mancher fragt: Was ist los mit diesem alten Land? Vergiftetes Milchpulver für die Kinder ist nur ein Beispiel. Bestechung ist in fast allen Bereichen ein virulentes Problem. Nach einer Rangliste von Transparency International gehören chinesische und russische Firmen zu den korruptesten der Welt. Diese Nachrichten haben für ein allgemeines Bauchgrimmen gesorgt, doch lässt eine durchgreifende Veränderung zur Beseitigung dieser Missstände noch auf sich warten.

China ist in der Lage, schnell materielle Werte, etwa Gebrauchsgüter, zu schaffen. Doch fehlt es diesem tagträumenden Giganten oft an Geist und Gewissen. Lösungen wie „Harmonische Gesellschaft“, „Regieren durch Tugenden“ oder – neulich – der „Chinesische Traum“ antworten darauf, dass sich in der chinesischen Gesellschaft zentrifugale Kräfte und Fragmentierungstendenzen gebildet haben. Auch offiziell bemüht man sich, das Ethos

des Volkes zu erneuern – etwa mit neuen Wandparolen auf den Straßen, die die zwölf Kernwerte des Sozialismus verbreiten. Doch werden die Menschen wirklich erreicht?

Dabei vertreten viele chinesische Gelehrte den Standpunkt, dass China über ein durchaus gutes Wertereservoir verfügt: Über Vernunft und Menschenrechte hätten schon Konfuzius und Menzius gesprochen; den Rechtsstaat und egalitäre Rechte habe es auch bei den Legalisten gegeben; die Brüderlichkeit entspreche der allumfassenden Liebe der Mohisten, und Freiheit sei auch der Kern der daoistischen Philosophie von Laotse und Zhuangzi. Bereits vor über 2.400 Jahren – Jahrtausende vor dem Westen – habe sich die chinesische Gesellschaft von der Sklavengesellschaft verabschiedet. Zwar mache sich die westliche Moderne daran, etwa die Frevel der kolonialen Ausbeutung und des Zweiten Weltkriegs aufzuarbeiten, doch Sorge sie im globalen Rahmen nach wie vor für eine systematisch ungleiche Verteilung. Aus dieser Perspektive hat das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten auf internationaler Ebene gegenüber der Geltung der Menschenrechte Vorrang. Man glaubt nicht, dass der Westen nur als barmherziger Samariter China helfen möchte. Also bitte keine erhobenen Zeigefinger! China sei zu groß, zu kompliziert und habe eine besondere Prägung.

Aber auch vor dem Horizont der eigenen Werte und moralischen Ansprüche muss man fragen, wie es beispielsweise um die Gerechtigkeit steht. Viele Chinesen sind von der Teilhabe am Wohlstand strukturell ausgeschlossen. Die soziale Mobilität stagniert im Vergleich zu den 1980er-Jahren. Der Gini-Koeffizient, der

das Maß der Gleichheit oder Ungleichheit bei der Verteilung von Vermögen oder Einkommen beschreibt, hat laut manchen Forschungsstatistiken in China längst 0,5 überschritten und könnte als ungerecht eingestuft werden. Vor allem Kinder und Alte, die auf dem Land zurückgeblieben sind, führen ein Leben, das jahrzehnteweit vom modernen China entfernt ist. Die Bildungschancen dieser Kinder sind schlecht, die Bedingungen in den Schulen schäbig und die Besoldung der Dorfschullehrerinnen und -lehrer ist bedauernswert. Städtische Schulen sind weder verpflichtet noch bereit, Kinder von außerhalb ihres Einzugsbereichs aufzunehmen, geschweige denn die Kinder der Wanderarbeiter vom Land. Als Voraussetzung wird bisweilen eine hohe Verwaltungsgebühr beziehungsweise Zwangsspende verlangt.

Die Regierung hat eine sehr starke Position und trägt viel Verantwortung. Die Befürchtungen, die die Zentralregierung mit einer Zivilgesellschaft im westlichen Sinne verbindet, lassen sich historisch und ideologisch aus dieser Sicht nachvollziehbar begründen. So steht die landesweite Mobilmachung und Pan-Politisierung der Kulturrevolution mit ihren verheerenden Folgen vielen vor Augen. Das tabuisierte Jahr 1989 hat erst recht dazu geführt, dass gesellschaftliche Organisationen schnell als Bedrohung oder zumindest Herausforderung wahrgenommen werden. „Nicht-Regierungsorganisation“ wird unmittelbar mit „Anti-Regierungsorganisation“ gleichgesetzt. Außerdem glauben manche, dass die urbane „Zivilgesellschaft“ eine effektive Waffe der westlichen Verschwörung sein könnte. In jedem Falle sieht man die Stabilität des Landes schnell in Gefahr.

Doch die Furcht vor zivilgesellschaftlichen Organisationen hat schwerwiegende

Folgen: Sie führt zu einer anorganischen Gesellschaft, der es an der Ebene zwischen der zentralistischen Regierung und den Individuen fehlt. So bleibt fast nur die Lebenshaltung des Privatmanns, der jetzt zwar wegen des steigenden Wohlstands den Konsum genießen kann, aber als Teil der Polis ausfällt. Insgesamt steigt so die Entpolitisierung und „Entgesellschaftung“ des Einzelnen.

Deng Xiaoping hat einmal festgestellt, dass die Reform Chinas an der Bildung gescheitert sei. Bildung könnte eine potenzielle Lösung vieler der prekären aktuellen Probleme sein – auch wenn sie nicht über Nacht bewältigt werden könnten. Doch ist auch im Bildungswesen ein grundlegendes Umdenken nötig. Wegen der vielen miteinander eng verwobenen Problem- und Krisenlagen ist das aber extrem schwierig.

Das Wort Bildung besteht auf Chinesisch aus zwei Schriftzeichen, *Jiao Yu*. Das eine betont die geistige oder das Normative, das andere die physische Bildung oder die Natur des Menschen. Bildungsideale haben etwas Utopisches an sich. Sie stehen im Zusammenhang mit Grundfragen: Was ist der Mensch? Was für ein Mensch soll unser Kind werden? Ohne Grundwerte ist Bildung also nicht möglich. Ein Problem ist also, dass sich die oben geschilderte Wertekrise im Bildungswesen widerspiegelt.

Von klein auf begleiten jeden Bürger der Volksrepublik die Aufrufe zu gemeinsinniger Gesinnung, doch wird bereits den Schülern die Diskrepanz von Reden und Handeln bald deutlich. Mit der Zeit verfestigt sich der Eindruck, dass die öffentliche Sphäre von Heuchelei geprägt sei, in der nur der Listige und Starke reüssieren könne.

Internationale Schulen bieten zwar attraktive Bildungsideale an und öffnen noch dazu den Blick auf das globalisierte Zeitalter. Aber sie sind teuer und somit Lichtjahre entfernt von der chinesischen Wirklichkeit. Insgesamt leben die Kinder auf einer bildungsmäßigen Insel. Man lernt zwar eine Fremdsprache, die aber keine Wurzeln schlägt. Noch dazu wurde in der letzten Zeit die Gewichtung des Englischen bei der Hochschulaufnahmeprüfung zugunsten der Hervorhebung der Muttersprache gemindert.

An der Prägnanz einer Sprache kann man das geistige Herumtasten und die kulturellen Errungenschaften einer Nation ablesen. Aber die chinesische Sprache bereitet auch Kopfschmerzen, denn sie ist gar nicht so einheitlich, wie sie scheint. Die aktuelle chinesische Sprache hat zahlreiche Entwicklungen erlebt. In der „Bewegung für eine Neue Kultur“ in den 1920er-Jahren wurde die Verschriftung gesprochener Sprache anstelle des klassischen Chinesischen (*Wenyanwen*) verbreitet. In den 1950er-Jahren, also nach der Gründung der Volksrepublik, wurden das Programm zur Fixierung der Laute (*Pinyin*) und vereinfachte Kurzzeichen offiziell eingeleitet. Die Grammatik ist romanisiert dargestellt. Der Zugang zu den klassischen Werken, das heißt zur eigenen Tradition, wird dadurch erschwert. Darüber hinaus finden viele Eltern konfuzianistische Hierarchiedanken unakzeptabel und unzeitgemäß und verweigern sie logischerweise als Kinderlektüre.

Abgesehen von der wachsenden Kommerzialisierung des Bildungswesens besteht insbesondere an den Forschungsinstitutionen das Problem der ausufernden Bürokratie. Das Ressortdenken ist tief in die akademische Gemeinschaft einge-



drungen. Entweder leiten Parteikader das Institut, oder die Wissenschaftler werden zu Kadern diszipliniert. Die Nobelpreisträgerin für Medizin 2015 Tu Youyou hat scherzhaft begründet, warum sie nicht als Akademiemitglied gewählt wurde: „Mit Leitungsfunktionen würde man mehr Chancen haben.“

In der heutigen Welt ist das Schulsystem so institutionalisiert und kommerzialisiert, dass Bildung ökonomisch und politisch auch genutzt werden kann oder sogar muss. Bildung ist teuer und wird mit öffentlichen Mitteln und teilweise privat finanziert. Die Instrumentalisierung der Bildung durch die Wirtschaft und die Politik führt zu der Modifikation ihrer Hauptfunktion, nämlich zur Berufsausbildung der Arbeitskräfte. Diesem Bildungsbegriff gemäß wird „Human Resource“ als Ware betrachtet.

Dagegen beschreibt Immanuel Kant in seiner Schrift *Über Pädagogik* (1813) die Aufgabe der Bildung folgendermaßen: „Der Mensch soll gebildet werden, damit er wie ein frei handelndes Wesen leben könne. [...] Sie ist Erziehung zur Persönlichkeit, Erziehung eines frei handelnden Wesens, das sich selbst erhalten, und in der Gesellschaft ein Glied ausmachen, für sich selbst aber einen inneren Wert haben kann.“ Durch Bildung ist Integration des Menschen in seiner Mitwelt möglich. Ich werde Welt, Welt wird ich.

Dieser Gedanke ist der Chinesischen Philosophie nicht fremd. Der Anfang von *Der großen Wissenschaft*, die von dem Gelehrten Zhu Xi in der Song-Dynastie als Grundlage des Konfuzianismus erklärt wurde, lautet: „Der Weg der großen Wissenschaft besteht darin, die klaren Geisteskräfte zu klären, die Menschen zu lieben bzw. zu erneuern und das Ziel sich zu

setzen im höchsten Guten. [...] Nur wenn sie die Wirklichkeit versteht, dann erst ist die Erkenntnis auf ihrer Höhe; wenn die Erkenntnis auf ihrer Höhe ist, dann erst werden die Gedanken wahr; wenn die Gedanken wahr sind, dann erst wird das Bewußtsein recht; wenn das Bewußtsein recht ist, dann erst wird die Persönlichkeit gebildet, dann erst wird das Haus geregelt; wenn das Haus geregelt ist, dann erst wird der Staat geordnet; wenn der Staat geordnet ist, dann erst kommt die Welt in Frieden. Vom Himmelssohn bis zum gewöhnlichen Mann gilt dasselbe: Für alle ist die Bildung der Persönlichkeit die Wurzel.“

Dieser Abschnitt wird philosophisch und politologisch oft behandelt. Weltfrieden und Selbstkultivierung werden hier stufenweise miteinander verknüpft. Die Perspektive ist nicht die des kaiserlichen Ratgebers, sondern die des Pädagogen. „Das Heilige im Innern nach außen zur Herrschaft bringen“ beschränkt sich nicht auf den Himmelssohn, sondern gilt für alle. Das konfuzianische Bildungsideal zielt auf eine Verbesserung des Menschen und schließlich darauf, aufgeklärte, friedensstiftende Weltbürger hervorzubringen.

Diese Bildung ist weder durch Disziplinierung und Sanktion zu realisieren noch durch bloße Wissensakkumulation, sondern durch freie Entwicklung des kognitiven, des ästhetischen und des praktischen Vermögens. Gehorsam und Disziplin, wie sie Lehranstalten in China in den Vordergrund stellen, machen die Erziehung homogen, aber auch steril. Die Bereitschaft, sich frei zum Menschen, zum Bürger sowie zum Weltbürger zu bilden, könnte ein erster Schritt sein auf dem Weg zu einer Veredlung des geistigen Lebens in China.

# Von Pekings Gnaden

---

Die aktuelle Situation in Hongkong aus der Perspektive  
eines neutralen Landes

## BEAT U. WIESER

Geboren 1951 in Basel (Schweiz),  
in der Auslandsredaktion der Neuen  
Zürcher Zeitung (NZZ) zuständig  
für den Fernen Osten, Südostasien  
und Kanada, redaktionell verant-  
wortlich für „Spektrum Deutschland“  
in der Internationalen Ausgabe  
der NZZ.

Hongkong ist seit 1997 ein Teil Chinas. Dennoch unterscheidet sich das Leben in der ehemaligen britischen Kronkolonie auch heute noch grundsätzlich vom Alltag in der Volksrepublik. Hongkong mit seinem Finanzplatz und seinem Hafen gehört zu den internationalsten Städten der Welt. Wer in dieser pulsierenden, von Wasser und Bergen umgebenen Metropole lebt und wirtschaftet, kann sich auf

einen funktionierenden Rechtsstaat verlassen. Hier gelten „rule of law“ sowie die Unabhängigkeit der Justiz. Ganz anders als in China, das nach dem Prinzip „rule by law“ funktioniert. Sich über alle Medienkanäle eine politische

Meinung frei zu bilden und diese auch frei zu äußern, ist immer noch eine Selbstverständlichkeit in Hongkong. In allen diesen Punkten kann kein anderer Teil der Volksrepublik dieser faszinierenden chinesischen Stadt mit britischem Erbe das Wasser reichen.

Allerdings macht sich Pekings langer Arm in der zur Sonderverwaltungszone erklärten Hafenstadt deutlich bemerkbar. Die Chinesen hatten in den 1980er-Jahren zwar mit den Briten vereinbart, nach der Übergabe 1997 fünfzig Jahre lang das demokratisch-marktwirtschaftliche System Hongkongs nicht anzutasten. Politisch wurde sogar ein Ausbau der Volksrechte bis hin zu freien und allgemeinen Wahlen in Aussicht gestellt und im *Basic Law*, dem Grundgesetz, festgehalten. Aber Peking hat inzwischen deutlich gemacht, dass es solche Versprechen nur der Form, nicht aber dem Inhalt nach zu halten bereit ist.

Das zeigte sich in jüngster Zeit beim Tauziehen um die für das Jahr 2017 versprochene freie Wahl des *Chief Executive*, des Hongkonger Regierungschefs. Die chinesische Zentralregierung bot zwar eine Wahlrechtsreform an, doch gaukelte diese ein demokratischeres Prozedere bloß vor und sah keine echte, sondern nur eine fingierte Volkswahl vor. Vorgeschlagen war die Wahl unter zwei bis drei Kandidaten, die vorher von Peking über ein von ihm kontrolliertes und die Hongkonger Bevölkerung nur sehr mangelhaft repräsentierendes Nominationskomitee bestimmt worden wären – eine Volkswahl ohne freie Auswahl sozusagen. Für die meisten Hongkonger lief es auf dasselbe hinaus, ob sie, wie bisher, den Regierungschef nicht frei wählen können oder ob sie ihn aus einer kleinen, von der Zentralregierung handverlesenen Gruppe von Kandidaten küren dürfen. Entsprechend groß war die Empörung über die vorgegaukelte Demokratisierung. Der Unmut entlud sich im Herbst 2014 in einer großen Protestbewegung, welche über Wochen ganze Bezirke der Finanzmetropole lahmlegte. Schließlich erlitt die fingierte Wahlrechtsreform im Sommer 2015 auch im *Legislative Council*, dem Hongkonger Parlament, kläglich Schiffbruch.

Damit haben die Hongkonger eindrucksvoll gezeigt, dass sie in der Lage sind, Peking die Stirn zu bieten. Andererseits hat ihnen dies letztlich nicht viel genützt. Das Thema der Volkswahl des Hongkonger Regierungschefs ist jetzt nämlich vom Tisch. Die Zentralregierung schiebt die Schuld dafür dem prodemokratischen Lager im *Legislative Council* zu, das nicht bereit gewesen sei, die Reform-Offerte aus Peking anzunehmen.

## DAS GESCHÄFT HAT VORRANG

Dieses jüngste Scharmützel ist exemplarisch für das Verhältnis zwischen China und seiner Sonderverwaltungszone. Nach wie vor weht der freie Geist einer Bürgergesellschaft in der früheren britischen Kronkolonie. Doch Peking

versucht, diesen zu lenken. Mehrmals bereits hat das chinesische Regime Hongkong wissen lassen, dass dessen Eigenständigkeit voll und ganz von Pekings Wohlwollen abhängt – eine Freiheit von Pekings Gnaden sozusagen.

Das chinesische Regime stützt sich dabei auf die Geschäftswelt und die Tycoons, die das Gesicht Hongkongs weitgehend prägen. In der Regel hat in der Finanzmetropole das Geschäft Vorrang vor der Politik, was ganz in Pekings Sinn ist. Insofern ist das Potenzial für einen politischen Aufruhr gering. Trotzdem hat der Affront der fingierten Wahlrechtsreform die politische Diskussion enorm belebt und in weitere Bevölkerungskreise hinausgetragen. Viele, vor allem jüngere Hongkonger fühlen sich heute frei genug – jenseits von Business, Pekings ökonomischen Verheißungen und chinesischer Tradition –, zu ihren eigenen, an Internationalität und Pluralismus ausgerichteten politischen Überzeugungen zu stehen.

In der politischen Diskussion, die im Vergleich zu China offen und lebendig ist, wird seitens pekingtreuer Kräfte oft darauf verwiesen, dass auch die Briten ihrer Kolonie keine Demokratie geschenkt hätten. In der Tat haben die Briten viel zu spät, eigentlich erst mit ihrem letzten Gouverneur, Chris Patten, das politische Bewusstsein in Hongkong zu fördern begonnen. Zuvor hatten sie die Bevölkerung zugunsten der kolonialen und lokalen chinesischen Elite von der Politik ferngehalten. Peking hatte wohl darauf gehofft, dass es 1997 an dieses koloniale Erbe – politische Entrechtung und Kapitalismus – anknüpfen könne. Tatsächlich regieren die chinesischen Machthaber Hongkong heute wie eine Kolonie, spannen mit der lokalen Elite der Tycoons zusammen und haben keinerlei Interesse an einer Politisierung der Bevölkerung.

## PATTENS SAAT

Doch Pattens Saat ist trotz aller chinesischen Restriktionen zumindest ein wenig aufgegangen. Der letzte britische Gouverneur gehört heute zu den populärsten politischen Persönlichkeiten in Hongkong und besucht die ehemalige Kronkolonie häufig. Bei seinem Rücktritt erfreute er sich höherer Popularitätswerte als alle seine Nachfolger am Ende ihrer Amtszeit. Der gegenwärtige *Chief Executive* Leung Chun-ying vermochte Pattens Zustimmungsraten bisher nicht zu erreichen. Pattens politisches Engagement kam nicht von ungefähr, denn er war der erste Politiker im Amt des Gouverneurs, das zuvor traditionellerweise mit Beamten besetzt worden war. Pattens Verdienst ist es, die Vorzüge einer auf Pluralismus, individueller Freiheit und Rechtsstaatlichkeit basierenden Gesellschaft zu einem Thema gemacht zu haben – sowohl in Hongkong als auch in China, das damals zur Übernahme der Kronkolonie bereitstand. Dafür hat er einige ungerechtfertigte Kritik von im Umgang mit Peking übervorsichtigen Zeitgenossen vor allem im Westen einstecken müssen.

Im Tauziehen um Hongkong verfügt China über lange Erfahrung. Peking gingen schon die außerordentlich zaghaften Demokratisierungsschritte der Briten in den 1950er-Jahren zu weit. Diese führten zum heute geltenden komplizierten Wahlsystem, das von der Zentralregierung zur Durchsetzung der eigenen Interessen so leicht missbraucht werden kann. Damals war dieses Wahlsystem als ein erster Schritt hin zu einer politischen Öffnung gedacht. Doch China trat sogleich auf die Bremse, verbot den Kolonialbehörden, weitere Schritte hin zu mehr Demokratie zu unternehmen, und drohte mit der sofortigen Rücknahme der gesamten Kronkolonie.

## „GOLDESEL“ NICHT ZUGRUNDE RICHTEN

Hongkong bedeutet für China eine permanente Gratwanderung. Die Zentralregierung versucht, sich in der Sonderverwaltungszone politisch durchzusetzen, doch den „Goldesel“ zugrunde richten möchte sie nicht. Insofern setzt Peking durchaus auf Hongkongs politische Andersartigkeit. Denn das chinesische Regime weiß, dass die von Patten geförderten Werte die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs bilden. Ideologisch versucht sich die Zentralregierung, mit dem Schlagwort „one country, two systems“ aus dem Dilemma zu retten. Allerdings wirkt dieses Prinzip zunehmend hohl, denn das Bestreben, Hongkong politisch an die Kandare zu nehmen und notfalls zu disziplinieren, wächst. Präsident Xi Jinping liegt daran, politisch die Zügel fest in der Hand zu halten. Ein Hongkong, dessen Freiheit nach China ausstrahlt und dort der Parteiherrschaft in die Quere kommt, glaubt man nicht dulden zu können.

Auch die Hongkonger wandeln auf einem schmalen Grat. Sie befinden sich auf ihre Art in derselben Zwickmühle zwischen Geschäft und Politik. Die von Peking immer deutlicher verordnete Politik unterminiert die Freiheit. Sich dagegen zur Wehr zu setzen, stört aber das Geschäft. Immerhin ist das politische Selbstbewusstsein während des jüngsten Tauziehens mit Peking und beim Aufbegehren auf der Straße und im Parlament gewachsen. Hongkong ist und bleibt der Ort in China, wo sich die Pekinger Parteidiktatur wohl oder übel mit Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus auseinandersetzen muss.



Calligraphy on the ground, likely a public art installation or a commemorative message. The characters are arranged in several parallel lines, reading from right to left. The style is highly stylized and expressive, characteristic of cursive calligraphy (caoshu). The text is partially obscured by the man and the paving stones.





Calligraphy on the sidewalk, likely a memorial or public statement. The text is written in vertical columns, reading from right to left. The characters are in a cursive style. The text is partially obscured by the manhole cover and the person's leg.



# Nach dem „schwarzen Montag“

—  
Ist das Ende des Megawachstums in Sicht?

## TIM WENNIGES

Geboren 1978 in Schwerte, Leiter  
des Auslandsbüros Shanghai  
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der 24. August bleibt in Erinnerung. Nicht wenige sprechen vom „schwarzen Montag“, und die Nachrichten reißen nicht ab: Mehrfache Abwertung des Yuan, eine Staatsver-

schuldung von 280 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP), die Exporte brechen im August um gut sechs Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein. Die Importe gehen im August um über vierzehn Prozent im Jahresvergleich zurück. Und das Wachstum ist so schwach wie seit 24 Jahren nicht mehr. Beschreiben diese Daten das Ende des Megawachstums?

In der Tat ist der wichtigste Aktienindex des chinesischen Festlands, der Shanghai Composite, unter Druck. Und die schiere Masse der hier gehandelten Werte lässt die Verluste in Dimensionen schießen, die Angst machen. Vergleiche, die die Größenordnung beschreiben, gibt es genug: So sollen Verluste entstanden sein, die der Marktkapitalisierung der indischen Volkswirtschaft entsprechen. Was war passiert? Eine nie da gewesene Hausse über die vergangenen vierzehn Monate hatte die Kurse nach oben schnellen lassen. Und die alte Börsenweisheit, dass nur derjenige, der zum richtigen Zeitpunkt kauft und wieder verkauft, Geld verdient, gilt auch hier. Wer also am Anfang

in das Börsengeschäft eingestiegen ist, kann die Verluste verkraften. Wirklich hart betroffen sind diejenigen, die weit über den heutigen Schlusskursen ihr Glück versucht haben. Sie taten dies teilweise mit geliehenem Geld und wurden von der Führung des Landes dazu motiviert. Die neue Mittelschicht erlag der Versuchung, sich über Wochen an der Rallye zu beteiligen. Die makroökonomischen Daten gaben aber auch wenig Anlass, der Entwicklung nicht zu vertrauen. In der Zwischenzeit steuerte die Regierung um: Neue Regulierungen wurden aufgelegt, um zu massive Sprünge nach oben oder unten zu verhindern. Steuervorteile wurden denjenigen gewährt, die die Aktien mindestens ein Jahr halten. Dies entspricht einer Art Spekulationssteuer, deren Ergebnis mit der Intention übereinstimmt – die Börsen haben sich beruhigt. Wie nachhaltig dies ist, muss abgewartet werden.

## **TIEF HÄNGENDE FRÜCHTE GEPFLÜCKT**

Die Berichterstattung in der westlichen Hemisphäre malt ein düsteres Bild: nur noch fünf oder sechs Prozent Wachstum! Der Schock des Westens ist nicht zu übersehen: Unser Exportmodell ist in Gefahr, und alle zeigen sich überrascht, dass die „tief hängenden Früchte“ des schnellen Wachstums „gepflückt“ seien, wie es der Präsident der Europäischen Wirtschaftskammer in China, Jörg Wuttke, ausgedrückt hat. Diese Verwunderung überrascht, und umso irritierender ist es, dass es westliche Vertreter sind, die China einen Ausbau des Dienstleistungssektors vorschlagen. Die Überbetonung dieses Sektors hat gerade in Europa viele Volkswirtschaften an den Rand des Scheiterns gebracht. Die chinesische Führung steht jeden Tag vor der Herausforderung, 1,3 Milliarden Menschen ernähren zu müssen. Der Dienstleistungssektor wird dabei wichtig sein, ohne Wertschöpfung im Inland wird dieses Projekt aber scheitern. Bösartig ausgedrückt: Wenn 1,3 Milliarden Chinesen nicht mehr fünf-, sondern zehnmal im Jahr zum Friseur gehen, wird das Bruttoinlandsprodukt steigen, die Wertschöpfung aber gleich bleiben, und niemandem wäre geholfen.

Langfristig kann das Wachstum in China aber auch nicht durch Eisenbahnprojekte und Bauboom aufrechterhalten werden. Ein stabiles (und gesundes) Wachstum kann nur durch die weitere Öffnung der Märkte generiert werden.

## **NEUER HANDELSKRIEG?**

Wer die Diskussion über die Geldpolitik Chinas der vergangenen Jahre verfolgt hat, hat es immer wieder vernommen: Die Chinesen verschaffen sich mit einem unterbewerteten Yuan einen Wettbewerbsvorteil und müssen endlich

aufwerten! Zur gleichen Zeit haben die Vereinigten Staaten von Amerika und die Eurozone mit Null-Zins-Politik versucht, die Inflation zu bekämpfen. Das alles geschieht in einem Umfeld massiver Staatsverschuldung auf beiden Seiten des Atlantiks. Länder, die – nicht nur, aber zumindest auch – durch diese Währungsvorteile massive Handelsüberschüsse erwirtschaften, werden dafür an den Pranger gestellt. Nun haben die Chinesen abgewertet und werden dafür kritisiert, weil sie die schönen Pluskurven der westlichen Aktienmärkte trüben. Einige werfen ihnen sogar gleich einen neuen „Handelskrieg“ vor. Dies ist leicht zu entkräften, da die Chinesen ihre Devisenreserven abbauen. Wer seine Währung abwerten will, verkauft keine Fremdwährung, sondern die eigene.

Die Bigotterie ist schwer zu ertragen und lässt den Verdacht aufkommen, dass hier neidvoll nach China geschaut wird: China hat weitere Instrumente, um auf bestimmte Entwicklungen zu reagieren; die US-Zentralbank FED und die Europäische Zentralbank (EZB) haben ihre Karten ausgespielt. Hilflös druckt die EZB monatlich neue Banknoten im Wert von achtzig Milliarden Euro und wundert sich, dass China auf diese Entwicklung reagiert.

## **FREIE WIRTSCHAFT ÖFFNET DIE GESELLSCHAFT**

Börse, Währung, Wachstum – diese drei beschriebenen Aspekte sind in der Tat beunruhigend, aber noch nicht bedrohlich. Schwerer wiegt der Kurswechsel hinter diesen Daten und Fakten, der die westlichen Volkswirtschaften und China selbst deutlich härter treffen dürfte. Die Führung in Peking ist verunsichert, da die wirtschaftliche Öffnung Chinas der vergangenen Dekaden die Lufthoheit über die gesellschaftlichen Entwicklungen gefährdet. Die Reaktionen sind scharf: Nationale Sicherheitsgesetze, NGO-Gesetzgebung und eine Rückkehr zu maoistischen Riten sind Ausdruck dessen. Digitalisierung und Industrie 4.0 passen aber nicht zu zensiertem und verlangsamtem Internet. Eine Öffnung der Wirtschaft öffnet zugleich Land und Gesellschaft – die Wucht dieser Erkenntnis trifft die Kommunistische Partei Chinas hart. Dabei ist die Sorge unbegründet: Wie Udo Di Fabio erst kürzlich in seinem neuesten Buch *Schwankender Westen* feststellt, hat der Westen seine Strahl- und Anziehungskraft längst verloren. Die jungen und interessierten Chinesen träumen nicht mehr nur davon, in den USA oder Europa Fuß zu fassen. Vielmehr wollen sie sich im eigenen Land eine Existenz und ein gutes Leben aufbauen. Die Vorzüge einer offenen Gesellschaft wollen sie aber nicht missen, einen übermächtigen Staat lehnen sie ab. Der erfahrene Asienkorrespondent Urs Schoettli hat diese Entwicklung im vergangenen Jahr eindrucksvoll in seinem Buch *Die neuen Asiaten* beschrieben.

Die beschriebenen Vorgänge und Entwicklungen sind besorgniserregend, aber kein Grund zur Panik. Beobachtet man die Geschichte Chinas seit dem Tode Maos, wird deutlich, dass kaum ein anderes Land der Welt derartig radikale Entwicklungen und einen so kometenhaften Aufstieg erlebt hat wie die Volksrepublik. Dass diese Entwicklung nicht linear auf alle Zeiten fortgeschrieben werden kann, musste jedem seriösen Beobachter klar sein. Es erstaunt wohl eher der Zeitpunkt: In der Weltwirtschaftskrise 2008 war China geradezu ein Garant für Stabilität und hat mit der heute so gerne kritisierten Währungspolitik einen weiteren Absturz der Weltwirtschaft verhindert. Woher kommt also gerade jetzt diese Eintrübung, und welche tieferen Gründe kann es dafür geben?

## ZWEIFEL AM ÜBERMÄCHTIGEN KÜMMERER

Ähnlich wie in Europa gibt es eine handfeste Vertrauenskrise. Die Führung hat die Bevölkerung ermutigt, in den Aktienmarkt einzusteigen, als dieser zum Höhenflug ansetzte. Die Versuchung war groß, eine neu geschaffene obere Mittelschicht abzusichern und das Kapital im Inland zu belassen. Tausende, wenn nicht sogar Millionen von Anlegern stehen nun vor den Scherben ihrer Existenz. Der Staat als „übermächtiger Kümmerer“, die paternalistische Partei – all das hat Risse bekommen, und verloren gegangenes Vertrauen muss erst wieder aufgebaut werden. Dies kann gelingen, und erste wichtige Maßnahmen wurden auf den Weg gebracht. Aber werden diese Menschen nun Autos kaufen, konsumieren oder investieren? Es wird entscheidend sein, wie schnell diese Gruppe wieder auf die Beine kommt und Mut fasst, in die eigene Zukunft und damit die Zukunft ihres Landes zu investieren.

Sollte diese Erklärung zutreffen, dann ist für Sorge um mittelfristige wirtschaftliche Auswirkungen wenig Raum. Ein Volk, das in nur einem Jahrhundert solch große Umwälzungen und schwere Schicksalsjahre erlebt hat, wird schnell wieder auf die Beine kommen.

Deutlich schwerer würden die Wirtschaft, die Region und die Weltgemeinschaft getroffen werden, sollte der Reformprozess ins Stocken geraten und sollten unklare Verhältnisse die Planungssicherheit infrage stellen. Wichtige Impulse wären etwa: die Reform der Staatsunternehmen und des Bankensektors, Konsolidierung des Immobilienmarktes sowie der Ausbau und Erhalt der Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Der Westen sollte diese Reformprozesse, wo es geht, unterstützen – freilich ohne erhobenen Zeigefinger. Diese Debatten finden statt, doch werden sie anders als in westlichen Demokratien nicht öffentlich in einem Diskurs geführt und durch ihn geprägt – auch das sollten wir mitunter bedenken.

# Vom blauen Himmel geschockt

---

Zur chinesischen Energie- und Umweltpolitik

## PETER HEFELE

Geboren 1968 in Kempten (Allgäu), seit März 2015 Leiter des Regionalprojektes „Energiesicherheit und Klimawandel in Asien-Pazifik (RECAP)“ der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Hongkong (SAR/VR China), von 2010 bis 2015 Leiter des Büros Shanghai der Konrad-Adenauer-Stiftung.

## JOHANNES VOGEL

Geboren 1987 in München, seit März 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Regionalprojekt RECAP.

„Shockingly blue sky“ – so beschrieb der Online-Nachrichtendienst *BuzzFeed* den Himmel über der chinesischen Hauptstadt Peking während der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges in Asien. Der Grund für dieses meteorologische Wunder: Schon Wochen *zuvor* waren Zehntausende Fabriken in sechs Provinzen um Peking zur Einstellung ihrer Produktion veranlasst worden. Bereits wenige Tage<sup>1</sup> nach dem Ereignis waren die Pekinger wieder in schweren, grauen Smog gehüllt, der in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr zum Bestandteil ihres täglichen Lebens geworden ist. Für die meisten Chinesen

wird blauer Himmel wohl weiterhin ein „chinesischer Traum“ (zentraler Slogan der politischen Führung)<sup>2</sup> bleiben.

Was den Pekingern das Atmen erschwert, bleibt auch für das globale Klima nicht ohne gravierende Folgen. Seit 2011 hat China den höchsten absoluten CO<sub>2</sub>-Ausstoß aller Staaten weltweit – und ist jetzt dabei, auch pro Kopf mehr klimaschädliche Gase zu produzieren als der bisherige „Spitzenreiter“ USA. Diese dramatische Entwicklung ist nicht zuletzt Folge eines bislang kaum gebremsten, weiter ansteigenden Energieverbrauches. Falls es nicht zu einem radikalen Wandel des Entwicklungsmodells kommt, wird das Land 2040 die Hälfte der weltweiten Energie verbrauchen. Beim jetzigen Energiemix würde das alle Anstrengungen, das Zwei-Grad-Ziel einer Erderwärmung doch noch zu erreichen, illusorisch machen.

Vor dem UN-Klimagipfel COP21 in Paris im Dezember 2015 richteten sich deshalb große Erwartungen auf die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Wie wird das Land seiner gewachsenen klimapolitischen Rolle auch international gerecht? Gelingt eine massive Umsteuerung des bisherigen Wachstumsmodells, das der Volksrepublik zwar einen beispiellosen Wohlstandszuwachs bescherte, dessen Umweltbilanz aber genauso beispiellos besorgniserregend ist? Gelingt China eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Integration von Klima- und Energiepolitik – national und international?

## **GEFANGEN IM DILEMMA DES „ENERGIEPOLITISCHEN DREIECKS“?**

Die Frage, wie das „energiepolitische Zieldreieck“<sup>3</sup> aus „Wirtschaftlichkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit“ erreicht werden kann, stellt sich gegenwärtig in der Volksrepublik China somit deutlich schärfer als etwa in der Europäischen Union. Es gibt eine Reihe von Faktoren, die im Reich der Mitte auch in den nächsten Jahrzehnten in Richtung eines weiter steigenden Energieverbrauches wirken werden. Sie erklären auch, wieso eine wirkliche Umkehr des Energieverbrauches und seiner klimaschädlichen Emissionen bislang nicht erreicht werden konnte.

Chinas Tendenz zur Urbanisierung wird sich fortsetzen, der Anteil des Konsums am Volkseinkommen soll ausgeweitet werden, um auch in Zukunft einen steigenden Wohlstand für immer mehr Menschen zu garantieren. Neue Verbrauchsgewohnheiten, wie etwa die individuelle Motorisierung, werden den (fossilen) Energieverbrauch ankurbeln. Zugleich steht die energieintensive Erschließung und Entwicklung der zentralen und westlichen Gebiete des Landes durch gigantische staatliche Infrastrukturprojekte etwa im Verkehrssektor und in der Energieversorgung an – nachdem drei Jahrzehnte die Investitionen vor allem in die Ostküstenregionen geflossen sind.

Schon heute stehen chinesische Unternehmen im wachsenden Wettbewerb auf den globalen Märkten. Neben steigenden Löhnen werden schärfere Umweltauflagen und steigende Energiepreise den Kostendruck erhöhen. Deshalb ist seitens der Unternehmen mit erheblichem Widerstand gegen allzu drastische Energiesparmaßnahmen zu rechnen. Betrachtet man die Angebotsseite der im Land selbst verfügbaren Energieträger, so verfügt China über die weltweit größten Kohlevorkommen. Dies erklärt, wieso gegenwärtig immer noch zwei Drittel der Primärenergie des Landes aus Kohle (meist Braunkohle) stammen, selbst wenn dieser Anteil in den letzten Jahren langsam zurückgegangen ist. Hinzu kommt, dass sich die von quantitativen Kriterien und materiellen Zuwächsen geprägte Bewusstseinslage bei politischen Entscheidungsträgern und der Gesellschaft Chinas nur sehr langsam wandelt.

Selbst wenn optimistische Annahmen einträfen, würde China bis 2030 noch einen deutlichen Zuwachs beim Verbrauch und bei den Emissionen fossiler Energieträger verzeichnen.<sup>4</sup> Wie stark dieser Zuwachs ausfallen wird und ob zumindest die Grundlagen für eine energie- und klimapolitische Trendwende gelegt werden, hängt von mehreren Faktoren ab.

Bürgerinnen und Bürger des Landes wehren sich inzwischen gegen weitere Umweltbelastungen – nicht zuletzt auch deswegen, weil sich Menschen über das Internet immer besser informieren und vernetzen können. Angst und Unsicherheit unter den Menschen über die gesundheitlichen Auswirkungen des Wachstumsmodells sind weit verbreitet: Schon jetzt lassen sich Hunderttausende von Todesfällen auf die hohen Schadstoffbelastungen gerade in den nordchinesischen Kohle- und Industriegebieten zurückführen, ganz zu schweigen von großflächigen Verwüstungen und Extremwetterlagen, die Folge globaler Klimaveränderungen sind.

Auch vonseiten ausländischer Investoren entsteht Veränderungsdruck hin zu einer nachhaltigeren Energie- und Klimapolitik. Hierzu tragen verminderte Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie Unsicherheiten über die Stabilität der Energieversorgung ebenso bei wie der Druck ausländischer Konsumenten, eine nachhaltigere Produktion anzustreben. Aber auch die immer strikteren umweltpolitischen Vorgaben der chinesischen Regierung lassen China als Standort rein emissionsintensiver Produktionen weniger attraktiv erscheinen.

## NEUE ENERGIEAUSSENPOLITIK

Seit 1999 kann die Volksrepublik ihren Energiebedarf nicht mehr durch inländische Ressourcen decken, obwohl die Förderung fossiler und nuklearer Energieträger und auch der Kraftwerkskapazitäten massiv ausgebaut wurde. Schon früh hat das Land die Sicherstellung der eigenen (fossilen) Energieversorgung als strategische Aufgabe seiner auswärtigen Beziehungen erkannt. Konsequentermaßen arbeiten Diplomatie, Militär und private wie staatliche



Außenwirtschaftsakteure eng zusammen. Eine Diversifizierung der Bezugsquellen und die Sicherstellung von (maritimer) Transportsicherheit sind dabei entscheidende Kriterien. Die USA konnten durch ihre schon als „Schiefergas-Revolution“ bezeichnete „Energiewende“ ihre jahrzehntelange Abhängigkeit von den Öl- und Gasvorkommen des Nahen Ostens weitgehend lösen. An ihre Stelle ist nun die Volksrepublik China getreten, die mittlerweile zum größten Abnehmer etwa iranischen oder saudi-arabischen Öls geworden ist und damit für erhebliche geopolitische Verschiebungen sorgen wird.<sup>5</sup> Doch China versucht, keine einseitigen Abhängigkeiten entstehen zu lassen, und treibt die Erschließung alternativer Bezugsquellen und Transportkapazitäten auch in Asien und Lateinamerika voran. Dabei kommt dem Land seine geografische Lage zugute, denn es grenzt im Norden und Westen direkt an wichtige Exporteure von Erdöl und Gas.

In den letzten Jahren ist Russland zu einem der wichtigsten Lieferanten Chinas von Erdgas geworden. Im „big game“ um Zentralasiens Energiereserven hat die Volksrepublik die Nase vorn. Es initiierte in den ehemaligen Sowjetrepubliken nicht nur den Bau eines umfangreichen Pipeline-Netztes mit Anschluss an das heimische Netz. Die Infrastrukturinvestitionen erstrecken sich auch auf andere Felder wie Bildung und Gesundheit und sind Teil von Chinas Strategie, seinen Einfluss auf die Nachbarn und ihre Entwicklung auszubauen. Als Teil des sogenannten Seidenstraßen-Projektes („One Belt, One Road“) werden aber auch die Zugänge nach Südostasien und in den Indischen Ozean ausgebaut, um die eigene strategische Verwundbarkeit maritimer Seewege zu reduzieren.

## GRÜNE TRÄUME?

Von innen wie außen sieht sich die chinesische Regierung also einem verstärkten Handlungsdruck in Richtung einer nachhaltigeren Energie- und Klimapolitik ausgesetzt. Selbst wenn der Druck auf zivilgesellschaftliche Organisationen in den letzten Monaten<sup>6</sup> deutlich gewachsen ist, wird die chinesische Gesellschaft auch in Zukunft steigende Ansprüche an eine verbesserte Lebensqualität doch geltend machen.

Auch die internationale Staatengemeinschaft erwartet ein deutlich höheres Engagement Chinas in Umwelt- und Energiefragen. Neben den USA wird China sicherlich im Rampenlicht der im November und Dezember 2015 in Paris stattfindenden Klimawandel-Konferenz der Vereinten Nationen (COP21) stehen. Wie immer eine Nachfolgelösung für das auslaufende Kyoto-Protokoll aus dem Jahr 1992 aussehen wird: Auch China steht vor einem dramatischen Umbau seiner energetischen Grundlagen – und könnte hiermit zum Vorbild für andere Entwicklungs- und Schwellenländer werden. Die chinesische Führung ist sich dessen bewusst. Ausgeschlossen ist es nicht, dass sie

den aus vielen Gründen notwendigen wirtschaftspolitischen Strukturwandel zu einer „Energiewende à la chinoise“ nutzt.

Bereits in den letzten beiden Fünfjahresplänen haben die Ziele „Energieeffizienz“ und „Emissionsreduzierung“ eine wichtige Rolle bei der gesamtwirtschaftlichen Steuerung gespielt. Im kommenden Frühjahr steht die Verabschiedung des nächsten Fünfjahresplanes für die Jahre 2016 bis 2020 an. Dieser fällt in eine Zeit großer wirtschaftlicher Herausforderungen. Dennoch darf davon ausgegangen werden, dass die bisherigen Reduktionsziele eher noch früher erreicht werden sollen als bislang angestrebt.

Angesichts steigender geopolitischer Instabilitäten muss China im eigenen Interesse auf langfristige Strategien zu einem nachhaltigen Umgang mit Ressourcen setzen, um die innere Stabilität zu gewährleisten und als verlässlicher Partner für weitere internationale Kooperationen auf den Feldern Energie und Klima zu gelten.

Politik und Unternehmen Chinas sind zu diesem Kraftakt durchaus in der Lage. Wichtige umwelt- und energiepolitische Rahmengesetze und administrative Steuerungsinstrumente sind, nicht zuletzt mit Unterstützung Deutschlands, in den letzten Jahren geschaffen worden. Diese gilt es jetzt effektiver einzusetzen und auch international zu vernetzen, etwa bei der energetischen Sanierung von Gebäuden oder beim Emissionshandel.

Dabei erscheint es vorteilhaft, wenn die chinesische Führung nicht nur auf das bisherige, zentralistisch strukturierte Entscheidungssystem setzen würde. Die vielschichtigen dynamischen Entwicklungen des chinesischen (Energie-)Marktes und lokale Bedürfnisse lassen sich kaum zentral steuern. Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, welche hohe Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit chinesische Unternehmer, aber auch Lokalregierungen besitzen, wenn es um die Lösung konkreter Herausforderungen geht. Schon heute zeichnet sich ab, dass China auch bei grünen Technologien ein ernst zu nehmender Konkurrent auf dem Weltmarkt werden wird. Im Bereich der Wind- und Solartechnik sind chinesische Unternehmen jetzt schon führend, auch wenn falsche Anreize und fehlende Regulierungen, zum Beispiel bei der Einspeisung dezentral erzeugter Energie in überregionale Netze, einen weiteren Durchbruch dieser Technik noch häufig hemmen.

<sup>1</sup> <http://www.buzzfeed.com/beimengfu/blue-skies-for-beijing#.ueKAgvkyJ> [letzter Zugriff: 14.09.2015].

<sup>2</sup> 中国梦 (*Zhong guo meng*): der „Chinesische Traum“.

<sup>3</sup> Vgl. Karin Pittel, „Das energiepolitische Zieldreieck und die Energiewende“, in: ifo Schnelldienst 12/2012, S. 22–26.

<sup>4</sup> Am 24. November 2014 hatten die USA und die Volksrepublik China neue Klimaschutzprogramme verkündet.

<sup>5</sup> <http://time.com/3853451/china-crude-oil-top-importer/> [letzter Zugriff: 14.09.2015].

<sup>6</sup> Hierzu hat wesentlich das neue NGO-Gesetz beigetragen, das gerade auch die internationale Zusammenarbeit zwischen chinesischen und ausländischen Organisationen deutlich erschwert.

# Transeurasier gesucht

---

Europa und China sehen einem pazifischen Jahrhundert entgegen

## MARK HAUPTMANN

Geboren 1984 in Weimar,  
Mitglied der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag.

Die internationalen Dynamiken haben sich in den vergangenen Jahren von Europa in Richtung Asien verschoben. Die Europäer müssen deshalb das Verhältnis zu ihren internationalen

Partnern neu ordnen. Durch den Abschluss der Verhandlungen zur *Trans-Pacific Partnership* (TPP) im September 2015 fand eine Entwicklung ihren Höhepunkt, die durch Barack Obama und Hillary Clinton beschleunigt wurde – der „Pivot to the Asia-Pacific“, ein verstärkter Fokus der USA auf die Pazifik-Region und damit eine Abkehr von den klassischen transatlantischen Bindungen des 20. Jahrhunderts. Die Gründe für diese Neuausrichtung der US-amerikanischen Außenpolitik können auf vielfältige Weise mit dem Aufstieg Chinas zur regionalen Großmacht in den vergangenen zwanzig Jahren in Verbindung gebracht werden. Das „Reich der Mitte“ tritt zunehmend selbstbewusst auf und weiß seine Interessen deutlich zu artikulieren. Die territorialen Konfliktlinien im Südchinesischen Meer sind hierbei nur ein Beispiel. Durch Landaufschüttungen und große Baumaßnahmen schafft China Fakten. Andere Anrainerstaaten wie Japan, die Philippinen und Vietnam richten deshalb

ihre Aufmerksamkeit verstärkt auf eine enge Bindung an die USA, die dies nutzen, um ihre Truppenpräsenz in der Region auszubauen. De facto ist bereits die Hälfte der US-Marine im Pazifik stationiert. Doch nicht nur militärisch und territorial erhebt Peking Ansprüche, auch wirtschaftlich und technologisch ist die Volksrepublik inzwischen sehr gut aufgestellt. 2014 löste China erstmals die USA als weltweit größte Volkswirtschaft ab. Fest steht, dass China ein Motor der Entwicklung Asiens ist und die Dynamiken des Kontinents entscheidend mitbestimmt. Europa kann sich dem nicht verschließen. Zudem können ohne China maßgebliche Entscheidungen der Weltpolitik nicht mehr gefällt werden. Es braucht deshalb eine vertiefte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Partnerschaft, um gemeinsam Zukunft zu gestalten. Dabei dürfen jedoch auch die asiatischen Nachbarstaaten Chinas und die Länder des südlichen Pazifiks nicht aus dem Fokus geraten.

## **DIE NEUE „SEIDENSTRASSE“**

Seit geraumer Zeit versucht die chinesische Regierung, ihre Vormachtstellung in der Region auszubauen. Territoriale Expansionspolitik wie im Südchinesischen Meer, eine engere Bindung an die BRICS-Staaten, eine Führungsrolle in der Shanghai-Gruppe, ein wirtschaftliches Gegenmodell zum westlich dominierten transatlantischen Globalisierungsgedanken sowie die Reaktivierung und der Ausbau der sogenannten Seidenstraße auf dem Land- und Seeweg sind hierfür einige Beispiele. Mit Milliardeninvestitionen soll in naher Zukunft der eurasische Raum vollkommen neu vernetzt werden. Die „Seidenstraße“ soll, wie ihr historisches Vorbild, ein Flechtwerk vielseitiger Infrastrukturprojekte über den zentralasiatischen Raum bis nach Europa werden. Peking erhofft sich davon den uneingeschränkten Zugang zu einem Markt mit vier Milliarden Menschen, der fast ein Drittel der globalen Wirtschaftsleistung umfasst. Insgesamt soll das Handelsvolumen Chinas von derzeit etwa einer Billion Dollar in den kommenden zehn Jahren verdoppelt werden. Nach dem Willen der chinesischen Regierung sollen durch das Megaprojekt vor allem die Provinzen im Landesinneren profitieren, wo derzeit noch bittere Armut herrscht.

Für das gigantische Investitionsvolumen wurde mit der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) ein Kreditinstitut mit 100 Milliarden US-Dollar Kapital gegründet, das in Fachkreisen auch als Konkurrenz zur Weltbank angesehen wird. Hinzu kommt ein Investitionsfonds mit einem Kapital von vierzig Milliarden Dollar. Auch Deutschland hat ein Interesse, in diesen Prozess eingebunden zu werden, und ist Mitgründer und viertgrößter Anteilseigner der AIIB. China macht Nägel mit Köpfen. Bereits 2016 wird der Ausbau des Karakorum-Highways durch das Himalaya-Gebirge fertiggestellt. Durch die Umwandlung der bisherigen, schwer passierbaren Schotterpiste in

eine breit ausgebaute, asphaltierte Straße soll die Fahrzeit von der Provinz Xinjiang im Westen Chinas bis zu den großen Seehäfen Pakistans am Indischen Ozean von dreißig auf zwanzig Stunden verringert werden. Das Projekt ist Teil des geplanten chinesisch-pakistanischen Wirtschaftskorridors, der ebenfalls neue Bahntrassen und Pipelines umfasst. Mit einem Investitionsvolumen von knapp fünfzig Milliarden US-Dollar in Pakistan, das allein von China getragen wird, erhebt Peking Anspruch auf Gegenleistung. So erklärte die pakistanische Regierung, China bei territorialen Streitigkeiten und bei der Terrorbekämpfung zu unterstützen. Dass dies von China als Unterstützung für die Konflikte im Südchinesischen Meer angesehen wird, ist kein Geheimnis.

## **SCHLÜSSELMACHT CHINA**

Wie soll Europa auf den neuen Riesen in Fernost reagieren? China ist inzwischen so mächtig, dass es in internationale Partnerschaften mit eingebunden werden muss, wie etwa der UN-Klimagipfel im Dezember zeigt. Um ein unbefriedigendes Ergebnis wie beim Gipfel in Kopenhagen 2009 zu verhindern, muss mit starken Partnern eine Allianz geschmiedet werden, die ein sinnvolles Abschlussdokument mitträgt. Gerade China, das bereits heute die Auswirkungen der enormen Umweltverschmutzung der vergangenen Jahrzehnte spürt, kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Auch in anderen internationalen Angelegenheiten ist eine vertiefte Kooperation mit Peking im deutschen und europäischen Interesse. Die Frage einer stärkeren Einbindung Chinas in die internationale Sicherheitsarchitektur ist aktueller denn je. Einerseits erlebt Europa durch die Flüchtlingskrise momentan unmittelbar die Folgen des Zusammenbruchs der staatlichen Strukturen und des Terrors im Nahen Osten, andererseits signalisiert die chinesische Regierung, entgegen einer jahrzehntelang zurückhaltenden Außenpolitik, mehr und mehr ein Interesse an der Übernahme internationaler Verantwortung. So besteht die Chance, im Rahmen von G20 wichtige Abkommen zur Sicherung von Seewegen und zur internationalen Terrorbekämpfung zu schließen. Auch bei den deutschen Bestrebungen, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu erhalten, kann die Volksrepublik als Vetomacht nicht übergangen werden.

Doch nicht nur sicherheitspolitisch muss die europäisch-asiatische Kooperation vertieft werden. Auch wirtschaftlich hat die Europäische Union ein großes Interesse, ihre Präsenz auf den Absatzmärkten in Asien zu steigern. Hierbei darf der Fokus aber nicht auf den chinesischen Drachen beschränkt bleiben. Die gesamte Region entwickelt sich dynamisch. Der Aufstieg Indiens, die zunehmende Integration der südostasiatischen Länder im Rahmen der ASEAN (*Association of Southeast Asian Nations*), die Technologiestaaten Japan, Südkorea und Taiwan, aber auch die uns kulturell verbundene Südpazifikregion um Australien und Neuseeland sind bereits heute wichtige

internationale Handelspartner für Europa. Es ist keine Frage: Die Zukunft der Weltwirtschaft liegt in dieser Region. Die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens TTP zwischen den USA, Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam am 5. Oktober 2015 ist deshalb geopolitisch von höchster Bedeutung. Viele der Länder in der unmittelbaren Einflussosphäre Chinas sehen den Aufstieg der Regionalmacht zur Großmacht mit Skepsis. TPP ist der Versuch, den Bestrebungen Pekings bereits regionale Grenzen zu setzen.

Europa muss sich eingestehen, dieser Entwicklung nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Seit dem Abschluss der Freihandelsabkommen mit Südkorea im Jahr 2011 und mit Vietnam 2015 hat die EU keine weiteren Erfolge bei den Verhandlungen über weitere Abkommen dieser Art im Pazifikraum vorzuweisen. Die Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten über ein multilaterales Freihandelsabkommen wurden 2010 ausgesetzt, die Verhandlungen mit Japan und Indien stocken. Dabei ist das politische Zeitfenster für Europa nicht mehr lange geöffnet. Blicke die EU weiterhin tatenloser Beobachter, setzen bald andere Länder die Standards für den künftigen Handel im Pazifik – und auf lange Sicht auch weltweit. Umso wichtiger werden ein möglichst schneller Abschluss der transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA sowie eine Verstärkung der Bemühungen um weitere Handelsabkommen der EU in Asien. Auch eine institutionelle Belebung des ASEM-Prozesses, des größten asiatisch-europäischen Treffens der Staats- und Regierungschefs, ist erforderlich.

Für Europa ist der Aufstieg Chinas Chance und Herausforderung zugleich. Um einem Großmachtstreben Pekings entgegenzutreten, ist es notwendig, das Land in eine wertegebundene Sicherheits- und Handelspartnerschaft einzubinden. Das sollte nicht nur auf rein bilaterale Verträge beschränkt sein, sondern durch ein Netzwerk weiterer multilateraler Abkommen mit den asiatischen Partnern erweitert werden. Hier rücken vor allem langjährige, verlässliche Partner wie Taiwan, Australien oder Neuseeland in den Fokus, mit denen ein Ausbau der Handelsbeziehungen dringend geboten ist. Neben den geopolitischen Vorteilen bietet eine tief greifende Verflechtung vor allem enorme wirtschaftliche Vorteile. In Asien leben schon heute mehr als 4,4 Milliarden Menschen. Mit China und Japan befinden sich zwei der drei größten Volkswirtschaften am Pazifik. Für die EU, die nur noch acht Prozent der Weltbevölkerung stellt, bedeutet dies, dass sie sich in Zukunft mehr als außenpolitische Einheit präsentieren muss. Hierzu bedarf es einer verbesserten Koordination der 28 Mitgliedstaaten und eines neuen Politikertypus, der die transeurasischen Beziehungen in ihrer Bedeutung umfassend begreift und vorantreibt. Leider findet man diese Transeurasier derzeit noch selten in den Europäischen Institutionen. Ein Umdenken und eine Neufokussierung wären jedoch nötig, um Europa gestärkt und krisenfest durch das 21. Jahrhundert – das Pazifische Jahrhundert – zu führen.

# Goethe ja, Konfuzius nein?

---

Bemerkungen zu den Konfuzius Instituten in Deutschland

## ERICH THIES

Geboren 1943 in Rotenburg (Wümme),  
Staatssekretär a. D., von 1998  
bis 2011 Generalsekretär der Kultus-  
ministerkonferenz.

Die ersten beiden Konfuzius Institute wurden 2006 in Berlin und Nürnberg eingerichtet. Inzwischen sind es in Deutschland fünfzehn Institute und drei „Klassenzimmer“ an Gymnasien, mit denen die Volksrepublik

China über Sprachkurse, Vorträge und Veranstaltungen von Kalligrafie- bis zu Kochkursen versucht, Einblicke in die Kultur Chinas zu vermitteln. Insgesamt handelt es sich um etwa einhundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus China und Deutschland, die in Sprachunterricht und Verwaltung für die Institute tätig sind.

Fraglos sind die Konfuzius Institute Ausdruck eines gewandelten Selbstverständnisses. China tritt zunehmend mit dem Gewicht einer Großmacht auf, die sich als bedeutender Faktor in der internationalen Politik versteht und die man nicht mehr ohne Weiteres ignorieren kann. So muss der chinesische Staat ein Interesse daran haben, neben politischer, wirtschaftlicher und auch militärischer Stärke seine jahrtausendealte Kultur und deren Bedeutung international sichtbar zu machen. Dem dienen die Konfuzius Institute in gleicher Weise wie die analogen Einrichtungen des British Council, die



Goethe Institute oder die Amerika-Häuser, getragen von der jetzt in das State Department integrierten United States Information Agency.

„Soft power“ wird in China als eine Bezeichnung auch für die Arbeit der Konfuzius Institute gewählt, was politisch sicher nicht sehr geschickt ist. Aber auch die hiesige Reaktion darauf zeichnet sich nicht gerade durch überwältigende Überzeugungskraft aus: China sei ja nur darauf aus, „unsere Herzen und Köpfe zu gewinnen“, um die eigenen politischen Ziele zu verstecken und so besser verfolgen zu können. In Deutschland ist vor allem Kritik an der Zusammenarbeit von Konfuzius Instituten und universitären Instituten für Sinologie laut geworden. Vorgetragen wird sie immer wieder durch die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), die sich für die Rechte der Tibeter und der muslimischen Uiguren einsetzt. Der schwerwiegende Vorwurf lautet, dass die Unabhängigkeit der Wissenschaft bedroht sei und heikle politische Themen ausgeklammert würden.

Lassen sich deutsche Universitäten wirklich derart vor den Karren spannen? Sind die Institute wirklich nur eine „Plattform für die Kommunistische Partei Chinas“, wie es in einer kritischen Kommentierung hieß? So einfach sollte man es sich nicht machen und genauer hinschauen, womit wir es hier zu tun haben.

## ORDNUNG UND HARMONIE?

In China prägen Konfuzius' Schriften nach wie vor zwar schwindende, aber grundlegende Einstellungen breiter Schichten zu Staat, Familie und Bildung (während in Deutschland wohl vor allem „Goethe“ als Dichtername präsent ist). Familiensinn, Respekt vor Älteren, verbunden mit der Akzeptanz hierarchischer Strukturen in ihrem reziproken Verpflichtungsverhältnis, große Wertschätzung von Lernen und Bildung – auch als Mittel, um höhere gesellschaftliche Positionen in Staat und Wirtschaft zu erlangen – stehen in einem extremen Spannungsfeld mit der unpersönlichen Dynamik von Wirtschaftsprozessen in China, von Ellenbogen-Konkurrenz und erwachten Konsumbedürfnissen des Einzelnen. Letzteres klingt sehr vertraut. Die Gespräche und Spruchweisheiten von Konfuzius dagegen – in ihrer sprachlichen Form allenfalls Friedrich Nietzsches anekdotischen Sätzen und Aphorismen vergleichbar – werden ihre Fremdheit nicht verlieren. Der Zusammenhang von Ordnung und Harmonie, die Idee einer bleibend gewonnenen, friedvollen Mitte treibt durch unsere Auffassung von Lebendigkeit bereits in sich über sich hinaus.

Die Zerrissenheit zwischen konfuzianischer Tradition und modernen, von international geltenden Regeln und Maßstäben bestimmten Wirtschaftsprozessen spiegelt sich auch in der Arbeit der Konfuzius Institute wider: Grundlegende Sprachkurse mit in China gültigen Abschlussprüfungen, Vermittlung interkultureller Kompetenzen in Verbindung mit Firmen, mit

SinoJobs Career Days, ein besonderer Schwerpunkt Lehrerbildung in Göttingen, Ausstellungen in Berlin, Kurse in Kalligrafie und Kochen, Tai Chi-Kurse, Green Economy in China und Einführungen in das chinesische Rechtssystem.

Im Unterschied zu den Kulturinstituten anderer Staaten hat sich Hanban, die staatliche Trägereinrichtung der Konfuzius Institute in China, entschieden, die Institute jeweils den Instituten für Sinologie an Universitäten zuzuordnen. Sie haben die Rechtsform von eingetragenen, gemeinnützigen Vereinen, die über Kooperationsvereinbarungen mit Universitäten verbunden sind. Die Vereine werden von Hanban mit rund 200.000 bis 350.000 Euro jährlich unterstützt.

Das forschungsorientierte Konfuzius Institut in Göttingen stellt einen Sonderfall dar. Hier finanziert Hanban zwei Professuren, die über die Didaktik des Unterrichts von Chinesisch als Fremdsprache arbeiten sollen. Die Auswahl folgt den üblichen Regeln bei der Besetzung von Stiftungsprofessuren. Der Geldgeber entscheidet also nicht mit. Hintergrund ist die Tatsache, dass an der Universität Göttingen das Fach Chinesisch im Rahmen der Lehramtsprüfung für das Höhere Lehramt gewählt werden kann, bis hin zum Zweiten Staatsexamen; eine wünschenswerte Professionalisierung des Chinesischunterrichts, wenn man bedenkt, dass zahlreiche Schulen in Deutschland Chinesisch als Fremdsprache bis zum Abitur anbieten. Immerhin gehört Chinesisch neben Englisch zu den am meisten gesprochenen Weltsprachen.

Die Zuordnung der zwei von Hanban finanzierten Lehrstühle zur entsprechenden Fakultät der Universität Göttingen hat allerdings auch zur Folge, dass sie unmittelbar in inneruniversitäre Verteilungs- und Machtkämpfe einbezogen werden. Dies ist der Preis dafür, dass die Konfuzius Institute keine eigenständigen Einrichtungen sind, sondern über Vereinbarungen mit den Universitäten verbunden. Auch Universitäten bieten leider keine Garantie für rationale Auseinandersetzungen.

Die Vermutung, dass die Konfuzius Institute beziehungsweise die Vereine entsprechend der staatlichen und politischen Verfassung Chinas zentral gelenkt würden, täuscht. Die Vereinssatzungen unterscheiden sich erheblich voneinander. Gleiches gilt für die Kooperationspartner der Institute. Sie spiegeln, neben der Hauptaufgabe, die chinesische Sprache zu vermitteln, verschiedene Schwerpunkte wider. So sitzen in den Vereinsvorständen je nach Schwerpunkt zum Beispiel Vertreter der Stadt und Universität und Vertreter von Wirtschaftsunternehmen.

## ZUSAMMENARBEIT NUR IN DER WIRTSCHAFT?

Auch daran zeigt sich, dass sich die Bedeutung der Volksrepublik China für die Politik und Wirtschaft Deutschlands – auch in den Augen weiter Teile der

deutschen Bevölkerung – in den letzten Jahren entscheidend gewandelt hat: von der „gelben Gefahr“ und Kiesingers (mit schwäbischem „K“ gesprochenem) „Ich sage nur China, China, China“ hin zu einem gefragten Partner der Wirtschaft – einem Partner mit einem riesigen Absatzmarkt und rasant steigender Wirtschaftskraft, einem Staat, der eine erhebliche Bedeutung für die Stabilisierung von internationalen, auch deutschen Wirtschafts- und Finanzkrisen (mit allen damit verbundenen Risiken) gewonnen hat. Und das geht weit über Mercedes, BMW und Volkswagen, über deutsche Marken und das Interesse an „Made in Germany“ hinaus. Im Übrigen muss man davon ausgehen, dass sich in einer weltweit verflochtenen Wirtschaft das staatenübergreifende Interesse an beruflicher Karriere und maximalem Gewinn wenig um ideologische Konzepte schert. Demgegenüber verliert die Kritik an den Konfuzius Instituten, sie dienen einer weltweiten kommunistischen Unterwanderung, ziemlich an Gewicht.

Deutschland genießt hohes Ansehen in China und dadurch eine einzigartige Stellung gegenüber anderen Staaten. Das gilt nicht nur für sprichwörtliche Zuverlässigkeit und für technologische Produkte. Geht man dem nach, stößt man auf Äußerungen wie: Es gebe keinen anderen Staat, der in Philosophie, in Musik und Kunst ähnliche Leistungen von Weltgeltung hervorgebracht habe wie Deutschland. Das gebe es in der angelsächsisch bestimmten Welt nicht. Bach und Beethoven, Kant, Hegel und Marx – wobei das Karl-Marx-Haus in Trier chinesischen Touristen wohl vor allem als Kulisse für Selfies dient. Aber ästhetisches und denkerisches Vermögen in einem Zusammenhang zu sehen, das begegnet einem eben in China. In Deutschland ist dieser Gedanke eher ungewöhnlich, wie auch zum Beispiel der Zusammenhang von Kalligrafie und Gesundheit. Chinesen, die in Deutschland studiert haben, Familien, die über Generationen hinweg mit Deutschland verbunden sind, sind häufig durch ein hochemotionales, emphatisches Verhältnis zu Deutschland geprägt. Emotionen, die anrühren und von einem Deutschland-Bild getragen werden, dem zu entsprechen für einen Deutschen nicht ganz einfach ist.

## DEUTSCH-CHINESISCHER AUSTAUSCH

Deutsche Schulen genießen in China hohes Ansehen, trotz der PISA-Ergebnisse, die von Schülern in Shanghai und Hongkong inzwischen weit übertroffen werden. Und die Universitäten in Deutschland sind für Chinesen nicht nur interessant aufgrund fehlender Studiengebühren. Humboldts Universitätsidee und die exzellenten Forschungsuniversitäten üben eine große Anziehungskraft aus.

China hat erhebliche Anstrengungen unternommen, den Austausch von Schülern und Lehrern zu fördern. Mit Erfolg! Das Interesse deutscher Familien

an der chinesischen Sprache und am Schüleraustausch ist in den letzten Jahren enorm gewachsen, entsprechend wuchs die Zahl der Schulpartnerschaften. Das Bild Chinas hat sich gewandelt. Die abstrakte und irrationale Furcht vor einer „gelben Gefahr“ mit einer völlig fremden Kultur ist einer Mischung von fasziniertem Interesse an Chinas Kultur und einer sehr konkreten und rationalen Sorge um die eigene wissenschaftlich-technologische Stärke und um die Konsequenzen unserer wirtschaftlichen Sättigung gewichen. Letzteres zu Recht, denn chinesische Entwicklungen auch im wissenschaftlich-technologischen Bereich sind durch viele hochintelligente Menschen und deren Hunger nach Weiterkommen, durch eine kluge Forschungspolitik und den Einsatz von viel Geld zu einer zunehmend wachsenden Konkurrenz im internationalen Wettbewerb geworden.

Gut 25.000 Chinesen studieren in Deutschland. Das entspricht einer mittelgroßen Universität. Die Kooperation in Wissenschaft und Forschung hat zwischen beiden Staaten ständig auch in qualitativer Hinsicht an Bedeutung gewonnen und wird nicht zuletzt durch regelmäßige Regierungskonsultationen beider Staaten noch weiter verstärkt.

Zu Recht wehren sich Professoren der Sinologie aber gegen die Unterstellung, sie seien durch die Konfuzius Institute in der Wahrnehmung ihrer Freiheit in Lehre und Forschung beeinträchtigt oder gar korrumpiert. Es gibt keinen einzigen Hinweis darauf, dass Hanban, die chinesische Zentrale, den Versuch unternommen hätte, inhaltlichen Einfluss auszuüben. Selbst die Materialien für den Sprachunterricht kommen nicht obligatorisch von der Zentrale, sondern werden von den Instituten ausgewählt. Dass die Institute kein politisches Forum für Diskussionen über die Rechte der Tibeter und Uiguren darstellen wollen und können, ist nachvollziehbar. Der Vorwurf einer kommunistischen Unterwanderung ist dagegen einigermaßen absurd und unterstellt, Professoren und Studierende der Sinologie in Deutschland seien durch Marx und Engels und eine Staatsidee zu gewinnen, die auf die Verschmelzung von Staat und kommunistischer Partei hinausläuft. Und unter „KBW“ findet man heute das Katholische Bibelwerk und nicht den Kommunistischen Bund Westdeutschland samt Mao-Euphorie.

Das Interesse Chinas an Deutschland ist weit stärker und vielfältiger als das an vielen anderen Staaten. Neben Sprache, Schüleraustausch, Studium und Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung stellen die Konfuzius Institute eine Chance dar, ein differenzierteres Bild des alten und des jungen China zu gewinnen, als das zuvor möglich war. Die vorhandenen Probleme von Korruption und Rechtsunsicherheit, von Umweltbelastungen und Einschränkungen der Meinungsfreiheit werden nicht aus dem Blick geraten. Dafür sorgen schon die Presseberichte und das Internet. Das enthebt aber nicht der Notwendigkeit, einen klaren Blick auf die Geschichte und Gegenwart Chinas zu gewinnen. In ihrem Rahmen müssen die Konfuzius Institute hierzu einen Beitrag leisten.



Debatte

# Hurra, sie leben noch!



Sieben Aufgaben für einen anhaltenden Erfolg der Volksparteien

## NICO LANGE

Geboren 1975 in Berlin, Stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Leiter der AG „Zukunft der Volksparteien“.

Hurra, wir leben noch! Schon vor einem Jahrzehnt wurden die Volksparteien von prominenter Seite abgeschrieben. Anders als von vielen erwartet, sind sie aber bisher nicht einer politischen Fragmentierung in pluralistischen, hoch differenzierten Gesellschaften zum Opfer gefallen.

Die Volksparteien haben sich immer wieder erfolgreich wandeln können. Sie müssen weiter in Bewegung bleiben. Die Konturen einiger zentraler Zukunftsaufgaben, deren Bewältigung für den künftigen Erfolg von Volksparteien entscheidend sein wird, lassen sich jetzt immer klarer erkennen.

## VOLKSPARTEI

Eine erfolgreiche Volkspartei lebt von der Fähigkeit, diverse Problemlagen unterschiedlicher Menschen aufzunehmen, gangbare politische Lösungen zu erarbeiten und diese umzusetzen. Die Interessen, Sehnsüchte und Nöte der Bürger in immer pluralistischer werdenden Gesellschaften mit sehr individueller Lebensgestaltung aufnehmen zu können, wird zu einer fast unbezwingbaren Herausforderung, wenn Mitglieder und Funktionäre politischer Parteien altern. Der Wandel von Mitgliedern und Funktionärschaft der Parteien bildet den beschleunigten gesellschaftlichen Wandel dadurch nur sehr unzureichend ab. Die Volksparteien laufen Gefahr, den Kontakt zu den heterogenen Lebenswelten großer Teile der Bevölkerung zu verlieren. Es bildet sich innerhalb der Parteien eine gewisse Neigung zu Homogenität und Abschottung, wo eigentlich Offenheit und Hinwendung zur Lebenswirklichkeit der Bürger dringend nötig wären. Besonders die Wünsche und Problemlagen von Frauen, jungen Menschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte müssen künftig einen stärkeren Einfluss auf Interessenformulierung und



Politikentwicklung moderner Volksparteien haben, wenn diese ihre dominierende Stellung im Parteiensystem behaupten wollen.

### **LÖSUNGSPARTEI**

Nichts ist bekanntlich erfolgreicher als Erfolg. Gute Wahlergebnisse und die allgemeine Akzeptanz politischer Parteien hängen in modernen Gesellschaften immer stärker von der Output-Legitimation durch konkrete politische Ergebnisse ab. Kompetenz, Verantwortung und Problemlösungsfähigkeit sind in den Augen der Bürger in modernen Gesellschaften für Parteipolitiker und Parteien wichtiger als geschlossene Weltbilder und verhärtete Ideologien. Die Orientierung der Wähler an der Leistungsbilanz politischer Parteien bedeutet aber nicht, dass Wertorientierungen für die Entwicklung politischer Problemlösungen in den Parteien keine Rolle spielten. Der Erfolg in der Breite, der Volksparteien ausmacht, stellt sich allerdings künftig nur noch ein, wenn Volksparteien Grundwerte und prägende Haltungen an konkreten und relevanten Problemstellungen lösungsorientiert neu ausbuchstabieren. Für die Umsetzung der Lösungskonzepte braucht es politische Führung, die die Ergebnisse sichert und gleichzeitig mögliche Fern- und Nebenwirkungen inner- und außerhalb der Partei im Blick behält.

### **MITMACHPARTEI**

Zwischen großen Teilen moderner Gesellschaften und den politischen Parteien klafft ein tiefer Spalt. Dafür gibt es diverse und komplexe Ursachen. Volksparteien tragen eine große Verantwortung dafür, diese Lücke zu schließen. Es ist vor diesem Hintergrund fahrlässig und paradox, dass die Volksparteien bisher noch immer weitgehend die gleichen Mitwirkungsangebote für Mitglieder und Nichtmitglieder machen wie in den Zeiten der größten Mitgliederzuwächse und Wahlbeteiligungen vor mittlerweile vierzig Jahren. Seitdem haben sich Politikverständnis und Beteiligungswünsche der Bürger im Verlauf der Differenzierung und Individualisierung demokratischer Gesellschaften signifikant verändert. Projektorientierte Arbeit, unmittelbare Mitgliederbeteiligung, Netzwerkstrukturen in Ergänzung zu bestehenden Organisationsformen, temporäre Mitwirkung und ein ausgeprägtes Bedürfnis nach direkter Wirksamkeit individuellen Engagements werden Parteien immer stärker prägen. Volksparteien müssen dringend zu breiterer Beteiligung von Mitgliedern und Nichtmitgliedern einladen. Tun sie dies nicht umfassend und rechtzeitig, werden sie schnell an Relevanz zugunsten neuer Parteien und Bewegungen verlieren.

### **WIRTSCHAFTSPARTEI**

Die inhaltliche Grundlage für den dauerhaften Erfolg einer Volkspartei mit breitem Vertretungsanspruch bleibt die Wirtschaftskompetenz. Auch unabhängig von der tagespolitischen Agenda müssen eine wirtschafts- und zugleich

arbeitnehmerfreundliche Kultur und der fortwährende Diskurs um die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zum beständigen Grundton der Arbeit einer Volkspartei gehören. Das beschriebene, nötige Zugehen auf Lebenswirklichkeiten und neue Beteiligungsangebote sollte dabei für die Volksparteien auch stärkere Chancen eröffnen, durch Quereinsteiger und Drehtüreffekte den personellen Austausch zwischen Politik und Wirtschaft deutlich zu erhöhen. Nur so kann Wirtschaftskompetenz glaubwürdig sein. Außerdem muss deutlich werden, dass das Aufstiegsversprechen und das Motto „Wohlstand für alle“ auch in Zukunft gelten werden. Die Chancen der digitalen Wirtschaft erfolgreich über ihre vermeintlichen Bedrohungen herauszuarbeiten, ist somit auch für die Zukunftsfähigkeit der Volksparteien von entscheidender Bedeutung.

### **DIGITALISIERUNGSPARTEI**

Nur langsam beginnt derzeit der tief greifende Wandel von Wirtschaft, Arbeitswelt und Gesellschaft durch die Informationsrevolution der Digitalisierung. Für den Erfolg von Volksparteien wird es nötig sein, diesen Wandel in seinen Dimensionen maßgeblich mitzugestalten. Hier findet sich ein Zusatzargument, warum digital vernetzt sozialisierte junge Menschen und ihre Interessen dringend in den Volksparteien Kanäle zur Mitwirkung und Interessenformulierung finden müssen. Die „digitale“ Volkspartei antwortet auf die im Wandel entstehenden gesellschaftlichen und ethischen Fragen ebenso wie auf die Transformation von Geschäftsmodellen und die Entdeckung künftiger Wohlstandsquellen. Mit dem digitalen Wandel wird es für die Volksparteien von existenzieller Bedeutung sein, den Einstieg in digitale Binnenstrukturen und Beteiligungsformen zu finden, die im Zeitverlauf innerhalb der Partei an Bedeutung gewinnen werden.

### **IDENTITÄTSPARTEI**

Moderne, differenzierte Gesellschaft bedeutet Individualisierung und Vielfalt, aber auch Unübersichtlichkeit. Gleichzeitig gibt es bei den Menschen ein Bedürfnis nach Klarheit, Orientierung und Halt. Was macht uns aus? Wer sind wir? Wie gehört man zu uns? Volksparteien können sich den aufkommenden politischen Diskussionen um sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt, der über Fragen rein materieller Wohlstandsverteilung hinausgeht, nicht entziehen, wenn sie ihre Relevanz beibehalten wollen. Diskurse zur Formulierung allgemein verbindlicher Haltungen, Wertorientierungen und Leitbilder werden nötig sein. Volksparteien mit ihrer Tradition der Vielfalt und großen Bandbreite haben die Fähigkeiten und die Verantwortung, die identitätspolitischen Debatten der Zeit aufzunehmen und politisch verantwortlich zu gestalten. Hohe Zahlen von Neuankömmlingen in unseren Gesellschaften weisen uns gerade ganz massiv auf die Leerstellen

identitätspolitischer Verbindlichkeiten hin, die auch durch die Volksparteien künftig gefüllt werden müssen.

## **EUROPAPARTEI**

Bei politisch Handelnden, Beobachtern und Kommentatoren besteht seit Langem Konsens darüber, dass die Mehrzahl der jetzt und künftig zu bearbeitenden politischen Problemlagen nur im europäischen Rahmen erfolgreich bearbeitet werden kann. Nimmt man die Transformation von Volksparteien zu politischen Problemlösungsagenturen ernst, erscheint es geradezu fahrlässig, wie anfällig sich ihre Politik für populistische Bemühungen um Renationalisierung innerhalb der einzelnen europäischen Staaten zeigt. Im eigenen Interesse sollten die Volksparteien nicht vor den schwierigen Diskussionen über den konkreten Fortgang der europäischen Einigung zurückschrecken. Eine neue Etappe des Einigungsprozesses, die strukturell für gute politische Problemlösungen nötig sein wird, kann nur erfolgreich beginnen, wenn die Volksparteien Horizont und Finalität der europäischen Integration proaktiv politisch diskutieren und sich nicht nur reaktiv dem Strom der Entwicklungen aussetzen.

Die düsteren Vorhersagen über das bevorstehende Ende der Volksparteien in differenzierten Gesellschaften sollten von diesen zuallererst als Hinweis auf dringende Notwendigkeiten zur Veränderung verstanden werden. Untergangsfantasien, Verlustängste und Fatalismus sind für die Gestaltung der Zukunft der Volksparteien allerdings ebenso wenig hilfreich wie die Versuche des Kulturpessimismus. Die Zukunft ist offen. Die Haltung der Volksparteien zu dem, was auf uns zukommt, sollte nicht in einem Verständnis von Politik als reiner Gefahrenabwehr, Risikominimierung und Verhinderung des Schlechten münden. Volksparteien haben allen Grund zum Optimismus, dass sie besser als alle anderen gemeinwohlorientierte politische Antworten in ihrer jeweiligen Zeit geben können. Die Volksparteien werden auch weiter sehr erfolgreich sein können, wenn sie Lust auf die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft haben.

### **Ausgewählte Publikationen der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema Parteireformen**

Karsten Grabow (Hrsg.): *Volks- und Großparteien in Deutschland und Europa. Stand und Perspektiven*, Konrad-Adenauer-Stiftung 2012, <http://www.kas.de/wf/de/33.31234/>

Karsten Grabow / Theresa Saetzler: *Parteireformen im Ausland*, Konrad-Adenauer-Stiftung 2015, <http://www.kas.de/wf/de/33.39867/>

Nico Lange: „Stabil, weil beweglich“, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 529, November/Dezember 2014, <http://www.kas.de/wf/de/33.39897/>

Nico Lange (Hrsg.): *Mehr Experimente! 12 Thesen zur Reform der Volksparteien*, Konrad-Adenauer-Stiftung 2015, <http://www.kas.de/wf/de/33.41398/>

„Agil, vielfältig, innovativ. Was Parteiorganisationen im 21. Jahrhundert können müssen“, Konrad-Adenauer-Stiftung / Heinrich-Böll-Stiftung / Progressives Zentrum 2015, <http://www.kas.de/wf/de/33.42540/>

# Antworten auf das Großstadttrauma

---

Der neu gewählte Oberbürgermeister von Oberhausen über Wahlerfolge in Großstädten und die Perspektiven der CDU an Rhein und Ruhr

## DANIEL SCHRANZ

Geboren 1974 in Oberhausen, ehemaliger Leiter des Landes- und Regionalbüros Rheinland der Konrad-Adenauer-Stiftung in Düsseldorf, seit Oktober 2015 Oberbürgermeister von Oberhausen.

**Herr Oberbürgermeister Schranz, sind Sie und Ihre neuen Kollegen in Bonn und Essen die Antwort auf das „Großstadttrauma“ der CDU?**

**Daniel Schranz:** Man muss aufpassen, dass man es nicht überhört. Aber nach einer Serie von Wahlniederlagen, die wir

zuletzt zu verkraften hatten, zeigen diese drei Beispiele, dass es kein „Gesetz der Serie“ gibt und die CDU „Großstadt kann“.

**Aber welche Konsequenz ziehen Sie daraus? Geht es eher um programmatische oder mehr um strategische Fragen?**

**Daniel Schranz:** Ein Wahlerfolg kann dann gelingen, wenn verschiedene Einflussfaktoren zusammenkommen: eine entsprechende Programmatik, ein entsprechendes personelles Angebot und die Stimmungslage in einer Stadt. Wenn etwas nicht passt, erlebt man unerfreuliche



Daniel Schranz am 2. November 2015  
bei seiner Amtseinführung.  
Quelle: Stadt Oberhausen

Wahlergebnisse. Umgekehrt lässt sich nun sagen, dass es in den drei genannten Kommunen gepasst hat.

### **Was konkret musste passen, um in Oberhausen eine fast sechzigjährige SPD-Herrschaft abzulösen?**

**Daniel Schranz:** Auch das ist nicht monokausal erklärbar, sondern hat verschiedene Begründungsebenen. Die erste ist eine ausgeprägte Wechselstimmung. Die Bürgerinnen und Bürger haben gesagt: Wir sind mit der Entwicklung unserer Stadt – vor allem mit dem Wegzug von Unternehmen

und Arbeitskräften – unzufrieden. Hinzu kamen – freundlich formuliert – eine Menge von „Ungereimtheiten“ oder Skandale, etwa bei einer kommunalen Beteiligungsgesellschaft. So hatte sich der Eindruck verfestigt, dass in der Oberhausener Kommunalpolitik eine Art Eigenleben entstanden ist, das beendet werden müsse.

Die zweite Ebene ist die, dass die CDU mit ihren Themen die Wahrnehmung in der Stadt sehr genau getroffen hat. So hat sich unser Wahlkampf stark mit der Frage auseinandergesetzt: Läuft die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt in die richtige Richtung? Ober brauchen wir nicht mehr

Anstrengungen, um die Wirtschaftsstruktur zu verbessern? Wir haben uns auch mit der Frage von Beteiligung befasst. Also: Werden Bürgerinnen und Bürger genug mitgenommen? Oder agiert die Verwaltung der Stadt über die Bürgerinteressen hinweg? Dazu gehörte auch die Forderung nach mehr Transparenz – also der Versuch, die angesprochenen „Ungereimtheiten“ aufzuarbeiten.

Drittens: ein sehr engagierter, vor allem strategisch geführter Wahlkampf. Neben den klassischen Formen wie Info-Ständen haben wir einen „Von-Tür-zu-Tür-Wahlkampf“ gemacht, der „hausnummernscharf“ vorbereitet war. Das heißt, viel Grips und Anstrengung sind in die Vorbereitung investiert worden, um dann in einen möglichst direkten Dialog und Kontakt mit den Wählern zu kommen.

**Welche Perspektiven ergeben sich aus den zurückliegenden Kommunalwahlen für das Ruhrgebiet und das Land Nordrhein-Westfalen?**

**Daniel Schranz:** Jetzt gibt es zum Glück wieder eine deutlich buntere politische Landschaft im Ruhrgebiet. Was positiv ist – zumal hinzukommt, dass eine „Garde“ von jüngeren Leuten, etwa mit Thomas Kufen, aber auch mit hiesigen SPD-Kollegen, sagt: Wir versuchen einen neuen Anlauf, um die Ruhrgebietsidee und das Bekenntnis zu mehr Gemeinsamkeit in die Tat umzusetzen. Für die CDU NRW zeigt sich, dass die Strategie, Stadt und Land nicht gegeneinander auszuspielen, richtig ist. Das hat Armin Laschet in den letzten Jahren immer wieder betont. Man kann in Großstädten gewinnen, ohne den ländlichen Raum zu vernachlässigen.

**Bei aller Freude über Ihr Ergebnis: Insgesamt betrug die Wahlbeteiligung gerade einmal etwas mehr als dreißig Prozent. Welchen Reim machen Sie sich auf die schwierige Mobilisierung der Wähler?**

**Daniel Schranz:** Wir haben in Oberhausen einen relativ klaren Wahlkampf erlebt, in dem sich die Alternativen deutlich gegenüberstanden. Das führte zu einer Wahlbeteiligung von rund 37 Prozent, die zwar deutlich über den Werten des Schlusslichts Herne lag, wo unter dreißig Prozent zur Wahl gegangen sind. Aber auch in Oberhausen haben wir keine vierzig oder fünfzig Prozent erreicht. An der Tonalität, der Strategie, erst recht am Engagement des Wahlkampfes kann es nicht gelegen haben, sondern es stellt sich das grundsätzliche Problem, dass sich die Menschen immer mehr von den politischen Einflussmöglichkeiten abkoppeln und gleichzeitig unzufrieden mit der Entwicklung von Politik sind.

Gerade auf kommunaler Ebene liegt darin eine Herausforderung. Dabei reicht es nicht, Politik besser zu vermitteln und zu erklären. Es geht vor allem um die Frage, wie die Bürgerinnen und Bürger, die hier „um die Ecke wohnen“, stärker in politische Prozesse einbezogen werden können. Das ist nicht zuletzt, wie ich es eben angedeutet habe, ein großes Thema meiner Amtszeit.

**War es ein Fehler, die Wahl der Bürgermeister und Landräte von den Stadtrats- und Kreistagswahlen zu entkoppeln?**

**Daniel Schranz:** Unsere damalige Landesregierung unter Jürgen Rüttgers hatte die Kopplung von Kommunalwahlen und Europawahlen vorgesehen, um den Bedeutungsgehalt dieser Wahlen zu erhöhen. Unterlässt man diese Kopplung, ist aber damit zu rechnen, dass die Wahlbeteiligung niedrig ausfällt.

Grundsätzlich ist es eine Frage der Strategie: Eine möglichst große Wahlbeteiligung kann man über eine weitgehende Bündelung verschiedener Wahlen erreichen. Das Problem besteht dann in der Überlagerung von Wahlentscheidungen – wenn etwa die Stimme bei der Bundestagswahl das Wahlverhalten der Bürger bei den Kommunalwahlen vorprägt. Würde man Rats-, Bürgermeister- und Europawahlen zusammenfassen, würde sich dieser Effekt wohl kaum auswirken. In dieser Konstellation wäre eine Bündelung aus meiner Sicht auch keine so schlechte Idee.

Dagegen verfolgte die Entkopplung der Bürgermeister- von den Ratswahlen eine andere Strategie. Dem Amt des Bürgermeisters sollte dadurch zusätzliches Gewicht verliehen werden – zumal das ursprünglich mit der Absicht verbunden war, die Amtszeit entsprechend der der Beigeordneten auf acht Jahre zu verlängern, sodass der Bürgermeister über einen längeren Zeitraum hinweg die Möglichkeit gehabt hätte, seine Ziele umzusetzen, ohne sofort wieder an den nächsten Wahlkampf zu denken.

Allerdings hakte es damals in der Schwarz-Gelben Koalition, sodass sich am Ende der Vorschlag einer sechsjährigen Amtszeit durchsetzte – hier in Oberhausen mit der Folge, dass vor einem Jahr der Rat und in diesem Jahr der Oberbürgermeister gewählt wurde.

Bei der sechsjährigen Legislatur würde ich eher für eine Zusammenlegung plädieren. Wenn die Trennung Sinn ergeben soll, dann müssten Oberbürgermeister und Landräte für acht Jahre gewählt werden.

**Kein Interview kommt in diesen Tagen ohne das Flüchtlingsthema aus. Wie stellt sich – kurz zusammengefasst – die Stimmungslage im Verhältnis zu den Flüchtlingen dar?**

**Daniel Schranz:** Zum Glück hat Oberhausen eine große Tradition in der Willkommenskultur. Aber dass die Fragen aus der Bevölkerung zunehmen, merken wir natürlich auch: Wie geht es weiter? Was ist, wenn der Zustrom ungebremst weitergeht?

Bisher sind mir kaum fremdenfeindliche Äußerungen begegnet, wohl aber wird häufig nach den sozialen Auswirkungen gefragt. Diese Menschen haben die Sorge, dass die große Zahl von Flüchtlingen dazu führen könnte, dass sich ihre eigene Situation verschlechtert – also, dass staatliche Leistungen wie Hartz IV verringert werden oder dass Ausbildungs- und Arbeitsplätze vermehrt an Flüchtlinge gehen. Da gibt es Unsicherheiten, auf die die Politik reagieren muss. Wenn sie das nicht tut, wird sie das Konfliktpotenzial deutlich steigern.

*Das Gespräch führte Bernd Löhmann am 5. November 2015.*



# Zwischen Bierzelt und Parlament

---

Zu Horst Möllers aktueller Biografie über Franz Josef Strauß

## HANS-JOCHEN VOGEL

Geboren 1926 in Göttingen, von 1960 bis 1972 Oberbürgermeister von München, von 1972 bis 1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, bis 1981 Bundesminister der Justiz und schließlich im Jahr 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin. Bei der Bundestagswahl 1983 SPD-Kanzlerkandidat, von 1987 bis 1991 Bundesvorsitzender der SPD und von 1983 bis 1991 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, lebt in München.

Horst Möller: Franz Josef Strauß. Herrscher und Rebell, Piper Verlag, München 2015, 832 Seiten, 39,99 Euro.

Es sind schon viele Bücher erschienen, die sich mit Franz Josef Strauß beschäftigen. Das vorliegende Werk von Horst Möller ist mit über 800 Seiten das umfassendste, das mir bisher begegnet ist. Sein Umfang erklärt sich auch dadurch, dass Möller wichtige Teile des Strauß'schen Nachlasses erstmals zugänglich waren und er diese intensiv auswertete. Sein Ziel war es, eine wissenschaftlich fundierte Biografie über Strauß zu schreiben, „die auf der Basis zentraler Quellenbestände sein politisches Handeln und Denken ins Zentrum rückt, um seine Leistung in der Geschichte der Bundesrepublik und Nachkriegseuropas ermessen zu können“. Dieser Versuch ist Möller insgesamt gelungen.

So schildert er anschaulich die Einstellung Strauß' und seines Elternhauses gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen raschen Aufstieg innerhalb der CSU, die sich – nicht zuletzt dank seiner Bemühungen gegen den Widerstand von Alois Hundhammer und anderen – zu einer überkonfessionellen Volkspartei entwickelt und in der Folge ihren exzeptionellen Einfluss auf der Bundesebene bis heute behauptet hat. Möller beschäftigt sich ebenso intensiv mit seinem Wirken als Atomminister, als Bundesminister der Verteidigung und Bundesminister der Finanzen sowie mit seiner Tätigkeit als treibende Kraft in der Union während der Oppositionszeit in den Jahren 1969 bis 1978 und sein Wirken als bayerischer Ministerpräsident bis zu seinem Tod im Jahre 1988.

Als wichtigste Leistungen stellt Horst Möller zu Recht Strauß' Mitwirkung an der von Konrad Adenauer erfolgreich betriebenen Westintegration der Bundesrepublik, seinen Anteil an der Entwicklung der rechtlichen Grundlagen für eine friedliche Nutzung der Kernenergie und den zügigen Aufbau der Bundeswehr als einer Parlamentsarmee von Bürgern in Uniform heraus. Des Weiteren nennt er Strauß „Vater der Finanzreform“ und Miturheber der Maßnahmen zur Konjunkturbelebung während der ersten Großen Koalition. Deshalb charakterisiert er ihn auch als die treibende Kraft hinter der wirtschaftlichen Modernisierung Bayerns und der Bundesrepublik.

Zu einzelnen dieser Leistungen sind allerdings ergänzende Anmerkungen am Platze. Das gilt etwa für die Tatsache, dass die SPD mit der berühmten Rede Herbert Wehners vom 30. Juni 1960 alsbald nach der Verabschiedung ihres Godesberger Programms ihren Widerstand gegen die

Westintegration aufgab und sie von da an auf ihre Weise unterstützte – eine vergleichbare öffentliche Positionskorrektur in einer zentralen Frage sucht man bei Strauß vergeblich.

## „PLISCH UND PLUM“

Hinsichtlich der friedlichen Nutzung der Kernenergie gab es seinerzeit die von Möller geschilderte breite Übereinstimmung. Das erleichterte Strauß' Aufgabe. Der Aufbau der Bundeswehr auf 500.000 Mann während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister binnen sechs Jahren war in der Tat eine besondere Leistung. An der Ausgestaltung des Charakters der Bundeswehr als Parlamentsarmee und des Prinzips der Inneren Führung haben allerdings Sozialdemokraten – zu nennen ist etwa Fritz Erler – wesentlich mitgewirkt. An Strauß' Erfolgen in der Großen Koalition war von Anfang an Karl Schiller – damals noch Sozialdemokrat – als Wirtschaftsminister beteiligt. Nicht ohne Grund nannte man die beiden wegen ihrer gut abgestimmten Kooperation „Plisch und Plum“.

Die Modernisierung Bayerns förderte Strauß vor allem durch eine wirtschaftsfreundliche Politik. Er nutzte dabei günstige Voraussetzungen, wie die Tatsache, dass Ernst (nicht Hermann) von Siemens unmittelbar nach dem Kriege den Hauptsitz seines Unternehmens von Berlin nach München verlegt hatte. Oder dass Bayern – zuerst noch ein Agrarland – für neue Strukturen offener war als beispielsweise das Ruhrgebiet. Auch sollte nicht verschwiegen werden, dass Bayern bis 1986, also noch in der Amtszeit von Strauß als

Ministerpräsident, im Länderfinanzausgleich ein Nehmerland war. Ein spezieller Erfolg von besonderer Bedeutung war jedenfalls Strauß' Einsatz für Airbus verschieden. Davon profitieren Bayern und die Bundesrepublik noch heute.

Ich kann einen weiteren Beitrag von Strauß zur Entwicklung Münchens und Bayerns anführen, der weithin unbekannt ist und auch bei Möller unerwähnt bleibt. Das ist Strauß' Wirken als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Olympia-Baugesellschaft von 1967 bis 1969. Für dieses Amt hatte ich ihn in einem persönlichen Gespräch gewonnen, weil es mir sehr nützlich erschien, den Bundesfinanzminister bei kostenträchtigen Entscheidungen mit am Tisch zu haben. Er hat dann auch die Entstehung des Olympiaparks und des Olympiastadions durch seine positive Haltung zu den Kostenfragen sehr erleichtert. Auch hat er in einer kritischen Situation eine Personalentscheidung herbeigeführt, die sich als sehr segensreich erwies.

## **SOZIALDEMOKRATISCHE POSITIONEN**

Es gibt noch andere Leistungen von Strauß, deren spezifischen Charakter Möller nicht genügend betont. Ich meine damit solche, bei denen er sozialdemokratische Positionen übernahm, sie aber in der Öffentlichkeit als seine Ideen erscheinen ließ. Das tat er bei der Vermittlung des Milliardenkredits für die DDR im Jahr 1983. Denn damit geschah etwas, was den Prinzipien der von ihm geradezu erbittert bekämpften, von Kohl aber auf seine Weise fortgeführten Deutschlandpolitik entsprach. Bei über zwanzig privaten

Treffen zwischen Strauß und dem DDR-Unterhändler Alexander Schalck-Golodkowski, die in diesem Zusammenhang stattfanden, könnte man sogar leicht ironisch von einem „Wandel durch Annäherung“ sprechen. Und das gilt verstärkt für die Tatsache, dass Strauß zwischen 1983 und 1987 fünfmal Gespräche mit Erich Honecker führte.

Zwei weitere Beispiele lieferte er in Bayern. Die SPD kämpfte dort in den 1960er-Jahren auch mit der Ankündigung von Volksbegehren für den Übergang von den getrennten Bekenntnisschulen zu christlichen Gemeinschaftsschulen und unter dem Stichwort „Rundfunkfreiheit“ für die Verminderung des staatlichen Einflusses auf den Bayerischen Rundfunk. In beiden Fällen widersetzte sich die CSU unter dem Vorsitz von Strauß längere Zeit den Vorschlägen und Forderungen der SPD. Erst als er befürchten musste, dass sich das Volk für die Position der SPD entscheiden würde, lenkte Strauß ein und unterstützte die jeweils ausgehandelten Ergebnisse, die in ihrer Substanz völlig den SPD-Anliegen entsprachen – bei der „Rundfunkfreiheit“ übrigens mit dem originellen Argument, dass sonst die „Neue Heimat“ für ihre Siedlungen einen eigenen, „linksorientierten“ Sender errichten würde.

## **SOGENANNTTE SKANDALE**

Bemerkenswert ist die Auseinandersetzung Möllers mit den Vorwürfen gegen Strauß und seinen sogenannten Skandalen. Da stärken seine Recherchen die Auffassung, dass weder Gerichtsverfahren noch Untersuchungsausschüsse zu

Ergebnissen gelangt sind, die Strauß zweifelsfrei rechtswidriges oder gar strafbares Verhalten zur Last legen. Selbst in der sogenannten Spiegel-Affäre sei ihm nur die Verletzung von Zuständigkeitsregeln vorzuwerfen, weil er als Bundesverteidigungsminister Oberst Oster, den deutschen Militärattaché in Madrid, dazu veranlasst habe, sich für den Vollzug des vom Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof erlassenen Haftbefehls gegen Conrad Ahlers einzusetzen. Nur habe er diesen Sachverhalt bei seiner Befragung in der Bundestagssitzung vom November 1962 so unklar und zögerlich dargestellt, dass gegen ihn dann der breit akzeptierte Vorwurf der Lüge erhoben werden konnte.

Ich kann mir dazu selber kein abschließendes Urteil bilden. Aber wer sich künftig mit diesen Themen beschäftigt, wird sich jedenfalls mit den Möller'schen Argumenten auseinanderzusetzen haben. Das gilt auch für seine Einschätzung der jahrelang ausgetragenen Feindschaft zwischen Strauß und dem *Spiegel*. Meines Erachtens hat sie Strauß bei aller nervlichen Belastung zumindest in Bayern auch geholfen, da sie ihm immer wieder eine breite Öffentlichkeit verschaffte und ihm die Möglichkeit gab, sich als vom Norden her verfolgter Bayer darzustellen. Auch muss insgesamt berücksichtigt werden, dass Strauß harsche Pressereaktionen durchaus auch durch eigene scharfe Attacken auslöste und sich – ich komme noch darauf zurück – sowohl Gegnern als auch Freunden gegenüber immer wieder einer sehr pointierten, ja beleidigenden Sprache bediente.

Eine Biografie, die das politische Handeln und Denken eines Mannes ins Zentrum rücken will, um seine Leistungen ermessen zu können, muss sich aber auch

seinen Irrtümern, seinen Fehlentscheidungen und seinen Entgleisungen widmen. Denn auch sie sind Teil seines politischen Handelns und seinem Denken entsprungen. Möller weicht dem nicht aus. Jedoch behandelt er sie nicht mit der gleichen Intensität wie die Leistungen. Oft erklärt er sie aus den jeweiligen aktuellen Gegebenheiten. Und auch mit Strauß' Niederlagen geht er eher mitfühlend um.

## IRRTÜMER UND NIEDERLAGEN

Ein schwerwiegender Irrtum war das NEIN von Strauß zum Atomwaffensperrvertrag; der stelle „ein Versailles in kosmischen Ausmaßen“ dar. Möller erwähnt das zwar, räumt aber nicht ein, dass sich ohne diesen Vertrag die Zahl der Staaten, die über Atombomben verfügen würden, wesentlich erhöht hätte. Auch lässt er offen, ob Strauß nicht doch noch in seinem Denken an der früher öffentlich vertretenen Meinung festhielt, auch die Bundesrepublik müsse mit Atomwaffen ausgerüstet sein und sie produzieren können.

Nicht minder gravierend ist das Strauß'sche NEIN zur Brandt'schen Ost- und Deutschlandpolitik und zur Ratifizierung der Schlussakte von Helsinki. Möller widmet diesem Thema viele Seiten. Aber dabei wird nicht deutlich, dass dieser Irrtum in seiner Bedeutung den Irrtum der Sozialdemokratie über die Notwendigkeit und den Nutzen der Westintegration zumindest erreicht. Und er teilt auch nicht mit, dass die Union mit dem von ihm entschieden vertretenen NEIN zu Helsinki an der Seite Albaniens und der italienischen Kommunisten stand. Ganz zu schweigen davon, dass Strauß – anders als Wehner in

der Frage der Westintegration – nicht zu einer öffentlichen Korrektur bereit war.

Die von ihm veranlasste Klage gegen den Grundlagenvertrag hat daran nichts geändert. Zwar widersprach das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 in seiner Begründung schon seit geraumer Zeit auftretenden Tendenzen zur Relativierung des Wiedervereinigungsgebots. Aber die Fortsetzung der Ost- und Deutschlandpolitik hat es nicht verhindert. Und das war damals ja das eigentliche Ziel von Strauß. Daher kann ich mich der Möller'schen Bewertung, Strauß habe mit der Klage eine fundamentale deutschlandpolitische Weichenstellung erreicht, nicht anschließen. Übrigens gehörte Strauß selbst lange Zeit zu den Relativierern. Noch 1966 schrieb er beispielsweise in einer Publikation *Entwurf für Europa*: „Ich glaube nicht an die Wiederherstellung eines deutschen nationalen Staats, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen. Ich kann mir unter den gegebenen und vorausschaubaren Umständen und den möglichen Entwicklungen und Entwicklungslinien nicht vorstellen, daß ein gesamtdeutscher Nationalstaat wieder entsteht, sei er auch neutralisiert, aber ungebunden.“

## **KANZLERAMT BLIEB EIN TRAUM**

Die gravierendsten Niederlagen von Strauß waren nach dem Ausscheiden aus dem Verteidigungsministerium die Rückgängigmachung des Kreuther Trennungsbeschlusses im Jahre 1976 und die Niederlage als Kanzlerkandidat im Jahre 1980. Möller bewertet sie zutreffend. Und er

macht deutlich, dass Strauß letztere besonders schwer getroffen hat, weil er das Kanzleramt seit Langem als sein Lebensziel angestrebt hatte und weil Helmut Kohl ihn damit in der Union endgültig auf den zweiten Platz verweisen konnte.

Von seinen Entgleisungen waren in meinen Augen die Sonthofen-Rede vom November 1974 und die Wienerwald-Rede vom November 1976 die schlimmsten. In der ersten Rede sagte er sinngemäß, dass alles noch schlimmer werden müsse, damit die Chancen der Union steigen und dass die Union nicht genug an allgemeiner Konfrontation schaffen könne. Die Union dürfe deshalb gegen die Verschlimmerung nichts tun. In der zweiten warf er unter anderem Kohl vor, dass ihm alle Voraussetzungen für das Kanzleramt fehlen würden. Sogar Möller spricht in diesem Zusammenhang von „üblen Ausfällen“, und Kohl meinte sogar, dass Strauß ein „Machtmensch“ mit „zuweilen brutalen Zügen“ gewesen sei. Aber wiederum versucht Möller zugleich, Strauß zu entlasten, indem er unterstellt, unter den weit über tausend Reden, die Strauß gehalten habe, sei kaum eine von der Art der Wienerwald-Rede. Und selbst die Sonthofen-Rede sei mit ihr nur begrenzt vergleichbar. Man dürfe deshalb nicht verallgemeinern. Aber das ist für einen Mann seines Ranges und seiner Verantwortung keine ausreichende Entschuldigung.

## **STRAUSS UND SCHMIDT**

Bleibt die Würdigung seiner Persönlichkeit. Für mich ist und war er eine außergewöhnliche Persönlichkeit. Was seine öffentliche Präsenz, sein politisches

Engagement und seine Durchsetzungsfähigkeit angeht, kann er durchaus zu Recht in einem Atemzug mit Helmut Schmidt genannt werden. Es ist ja auch kein Zufall, dass beide bei aller Meinungsverschiedenheit einen durchaus verträglichen Umgang miteinander pflegten. Beide strebten nach der Macht. Aber auch für Strauß gilt, dass er die Macht nicht um seiner Selbstbestätigung willen, sondern als Mittel zum Zweck, nämlich als Mittel zur Durchsetzung seiner politischen Ziele, innehaben wollte. Und die leitete er, wie Helmut Schmidt, nicht zuletzt aus der Katastrophe des NS-Gewaltregimes und des Zweiten Weltkriegs ab, die er ja selbst miterlebt hatte.

Strauß verfügte über ein umfassendes Wissen, eine nicht alltägliche Intelligenz und eine nahezu unerschöpfliche Lebens- und Arbeitskraft. Zugute kam ihm auch seine bayerische Herkunft, der er nicht wenige spezielle Eigenschaften – etwa seinen Pragmatismus oder seine Trinkfreudigkeit – verdankte. Außerdem war er ein begnadeter Redner, der seine Zuhörer im Parlament ebenso erreichte wie im Bierzelt. Dabei halfen ihm seine Schlagfertigkeit, seine Fähigkeit, Dinge zuzuspitzen und auf den Punkt zu bringen, und vor allem sein Temperament.

Das war aber auch sein Problem. Denn es war so stark, dass er immer wieder die Selbstbeherrschung verlor. Mir gab das Anlass, ihn des Öfteren mit einem Kraftwerk zu vergleichen, dessen Turbinen hundert Megawatt erzeugen können, das aber nur mit Sicherungen für drei Stalllaternen ausgestattet war.

Möller verzichtet auf eine solche Gesamtwürdigung. Aber über sein Buch verstreut erkennt er Strauß dieselben Attribute zu. Bei allen unterschiedlichen

Beurteilungen in vielen Einzelfragen stimmen wir darin also wieder überein: Ja – Franz Josef Strauß war einer der Männer, die die politische Nachkriegsgeschichte unseres Landes geprägt haben. Aber er war eben auch nur ein Mensch – „nehmt alles nur in allem“.

P.S.: Um meinen Ruf als Pedant zu bewahren, mache ich noch auf zwei kleine Unrichtigkeiten aufmerksam. Keitel und Jodel sind nicht erst im „Wehrmachtprozess“ (Seite 42), sondern schon im vorausgegangenen Hauptkriegsverbrecherprozess zum Tode verurteilt worden.

Auf Seite 34 sind im zweiten Absatz die Münchner Wahlergebnisse in Prozenten der Wahlberechtigten, die Reichsergebnisse hingegen in Prozenten der abgegebenen Stimmen angegeben. Das führt zu einer niedrigeren Einschätzung der in München für die NSDAP abgegebenen Stimmen. Werden sie als Prozente der abgegebenen Stimmen wiedergegeben, so lauten die Münchner Zahlen für 1928 10,7 Prozent, für 1930 21,7 Prozent, für Juli 1932 28,9 Prozent, für November 1932 24,8 Prozent und für den 5. März 1933 37,8 Prozent.

# Schade um beide

---

Gregor Schöllgens Biografie über Gerhard Schröder

## ALEXANDER BRAKEL

Geboren 1976 in Bonn, stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gregor Schöllgen: Gerhard Schröder. Die Biographie, DVA Sachbuch Verlag, München 2015, 1.040 Seiten, 34,99 Euro.

Als Hans-Peter Schwarz 1986 die bis heute einschlägige Adenauer-Biografie vorlegte, war der erste Bundeskanzler seit 23 Jahren

nicht mehr im Amt. Immerhin vierzehn Jahre ließ derselbe Biograf vergehen, bevor sein Buch über Helmut Kohl erschien. Zwischen dem Ende der Kanzlerschaft Willy Brandts und seiner biografischen Würdigung durch Peter Merseburger lagen gar drei volle Jahrzehnte. Schon deshalb ist man von vornherein skeptisch, wenn man das dicke Werk des Erlanger Historikers Gregor Schöllgen über Gerhard Schröder zur Hand nimmt, zumal das Buch durch die Verwendung des bestimmten Artikels im Untertitel den



Anspruch erhebt, nicht irgendeine, sondern die maßgebliche Biografie zu sein. Kann ein Historiker nach so kurzer Zeit – nur zehn Jahre sind seit dem Ende der Kanzlerschaft vergangen – wirklich wichtige Erkenntnisse zutage fördern, die dem zeitunglesenden Beobachter der Schröder-Jahre bis dato verborgen geblieben sind? Gegenüber zeitgenössischer Publizistik und Sozialwissenschaft sind es vor allem drei Instrumente, die dem Historiker zusätzlich zu Gebote stehen: der Zugang zu erst im Nachhinein zugänglichen Dokumenten, die Beurteilung der damaligen Ereignisse mit dem zusätzlichen Wissen der Retrospektive sowie die Einordnung in längere historische Zusammenhänge. Aber amtliche Dokumente unterliegen einer dreißigjährigen Sperrfrist, und ein Jahrzehnt ist vielfach eine zu kurze Zeit, um die Auswirkungen politischer Entscheidungen beurteilen zu können. Wiederholt sind zuletzt historische Darstellungen der jüngsten Vergangenheit an diesen Schwierigkeiten gescheitert, unter anderem die erste Monografie über die rot-grüne Bundesregierung (Edgar Wolfrum: *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, München 2013), die an kaum einer Stelle über den Horizont des Zeitzeugen hinausging und weitgehend belanglos blieb.

Schöllgen möchte derartige Befürchtungen zerstreuen, indem er auf den vollen Zugang verweist, den er zu Schröders Aufzeichnungen und Unterlagen hatte. Zudem hat er Gespräche mit zahlreichen Wegbegleitern des Altkanzlers geführt, mit politischen Partnern und Gegnern, mit Künstlern und Journalisten, von Wolfgang Thierse über Franz Müntefering bis zu Angela Merkel. Selbst Schröders Intimfeind Oskar Lafontaine fehlt nicht. Ohne

Zweifel, Schöllgen hat einigen Fleiß in das Buch gesteckt, umso enttäuschender fällt das Gesamtergebnis aus.

## UNBÄNDIGER AUFSTIEGSWILLE

Das Buch beginnt mit Herkunft und Jugend Schröders, schildert die zerrütteten Verhältnisse in dessen Familie und die entbehrungsreichen ersten Jahre, als der spätere SPD-Chef und seine Geschwister bei der alleinerziehenden Mutter aufwuchsen, die den Lebensunterhalt durch Putzarbeiten verdiente. In dieser Zeit sieht sein Biograf den Schlüssel zu Schröders grenzenlosem Aufstiegswillen, aber auch zu seinem tiefen Bewusstsein für Ungerechtigkeiten. Der steinige Weg, der ihn über Lehre und Abendgymnasium zum juristischen Studienabschluss führte, ließ ihn die Notwendigkeit erkennen, gleiche Bildungschancen für alle unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu schaffen.

Überzeugend kann Schöllgen zeigen, dass sich dieses Motiv durch Schröders politische Karriere zog. Und diese Karriere begann ebenfalls schon in frühen Jahren mit Schröders Engagement in der SPD und bei den Jungsozialisten, deren Bundesvorsitzender er 1978 wurde. Gezielt nutzte er dieses Amt als Sprungbrett in den Bundestag, in den er 1980 erstmals einzog. Von dort ging es rasch weiter, er stieg in der niedersächsischen SPD auf und war nur sechs Jahre später deren Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten. Damals musste er sich noch dem Amtsinhaber Ernst Albrecht geschlagen geben, aber vier Jahre später drehte er den Spieß um und eroberte für die Sozialdemokraten die Macht an der Leine zurück.

## ENFANT TERRIBLE DER SPD

Schöllgen schildert den Erfolgsweg seines Protagonisten mit unverhohlener Sympathie für dessen Willensstärke und Geschicklichkeit, verschließt aber auch nicht die Augen vor seinem mitunter grenzenlosen Opportunismus, der sich auf allen Stationen seines langen Wegs ins Kanzleramt zeigt. Früh schon hatte Schröder verstanden, dass öffentliche Aufmerksamkeit eine unverzichtbare Währung auf dem Weg zur politischen Macht ist und dass er sich diese Aufmerksamkeit nicht zuletzt durch abweichendes Verhalten und starke Sprüche sichern konnte. So dosierte er geschickt seine Zustimmung zur Partei-(oder Juso-)Linie, wenn er auf Mehrheiten angewiesen war, und vertrat abweichende Haltungen, wo er dies für seine eigene Karriere als sinnvoll erachtete. Schnell wechselnde Standpunkte waren dabei nicht ausgeschlossen.

Die Lust zur Provokation verlor Schröder auch als niedersächsischer Ministerpräsident nicht. Insbesondere nach der verlorenen Mitgliederbefragung über den SPD-Parteivorsitz gegen Rudolf Scharping entwickelte er sich mehr und mehr zum Enfant terrible seiner Partei, kritisierte deren Kurs und Führungspersonal scharf. Dem damaligen SPD-Geschäftsführer Peter Struck warf er gar vor, „ein Kartell der Mittelmäßigkeit“ zu organisieren. Laut seinem Biografen folgte er dabei jedoch bereits seiner tiefen Überzeugung von einer unternehmensfreundlichen Wirtschaftspolitik. Seinen Posten als wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Partei verlor der ständige Querulant dennoch. Ob ihm ohne den „Putsch“ Oskar Lafontaines auf dem Mannheimer Partei-

tag 1995 der Wiederaufstieg geglückt wäre, ist zweifelhaft. So aber schlossen sich die beiden in Charakter und Überzeugungen grundverschiedenen Politiker zusammen, um 1998 die Macht für die Sozialdemokraten im Bund zurückzuerobern – mit bekanntermaßen erfolgreichem Ausgang.

Damit begann der interessanteste Teil der politischen Vita Schröders und zugleich der langweiligste des Buchs. Denn während Schöllgen bis dahin zumindest ansatzweise versucht hat, das Wirken seines Protagonisten interpretierend einzuordnen und größere Bögen zu spannen, zerfasert ihm dessen Kanzlerschaft zur bloßen Chronik: Ereignis um Ereignis, Gesetzesentwurf um Gesetzesentwurf werden aufgezählt, Einzelmaßnahmen aneinandergereiht, eine Analyse unterbleibt. Wenn überhaupt ein Grundtenor erkennbar ist, besteht er darin, dass Schröder zwischen der Einsicht in die unvermeidliche Richtigkeit seiner Politik, schlechten Umfragewerten und seiner uneinsichtigen Partei aufgerieben wird. Ob diese Politik tatsächlich so uneingeschränkt richtig war, stellt der Historiker ebenso wenig infrage, wie er sich um die Gründe für die Ablehnung innerhalb und außerhalb der SPD kümmert. Wiederholt spricht er von der feindlichen Presse, so als ob sich die übrigen Bundeskanzler einer breiten Unterstützung der Hauptstadtjournalisten sicher gewesen wären. Woran lag es, dass etwa *Der Spiegel*, der Schröders Aufstieg sehr positiv begleitet hatte, sich vom Bundeskanzler abwandte? Und wieso stürzte die SPD trotz der hohen Beliebtheitswerte des Regierungschefs sowohl 1998 als auch 2002 schon kurze Zeit nach der Bundestagswahl in den Umfragen dramatisch ab – lange vor Riester-Rente oder Agenda 2010? Für Schöllgen ist dies offensichtlich

nicht so wichtig. Zwar erwähnt er die chaotische Vorgehensweise der Regierung und ihre häufigen handwerklichen Fehler mehrmals, geht ihnen jedoch nicht auf den Grund. Schröder ist immer das Opfer seiner realitätsvergessenen Partei. Ähnlich klingt seit Jahrzehnten die Märtyrergeschichte Helmut Schmidts. Aber gehört es nicht zu den wesentlichen Qualitäten eines Regierungschefs, seine Mannschaft auf Kurs zu halten? Lässt sich wirklich von einem Bundeskanzler behaupten, er habe seinen Job gut gemacht, lediglich die Partei sei ihm nicht gefolgt?

## ÜBERHOLTER KENNTNISSTAND

Dabei enthält sich Schöllgen nicht jeglicher Kritik an Schröder, beschränkt sich aber auf Einzelaspekte. Häufig zitiert er dabei lediglich aus den Kommentarspalten der Presse, mitunter stellt er lediglich zwei alternative Perspektiven vor. Häufig drückt er sich mit der Floskel „Man kann das so sehen“ davor, selbst Position zu beziehen. Und wenn er es doch tut, dann mit wohlklingenden, apodiktischen Formeln ohne Erläuterung seines Urteils. So erklärt er mehrfach, Deutschland sei außenpolitisch unter Schröder „erwachsen“ geworden. Hier genau hätte der Historiker die Stärke seiner Disziplin entfalten und die Entwicklung der deutschen Außenpolitik seit 1990 skizzieren können, um seiner Behauptung Gewicht zu verleihen. Aber dieser Mühe unterzieht sich Schöllgen nicht, und so bleibt es dem Leser überlassen, sich selbst entsprechende Gedanken zu machen (und dann eventuell, wie der Rezensent, zu einem abweichenden Urteil zu gelangen).

Gleichfalls ungenutzt bleibt die Möglichkeit, vergangene Ereignisse aus dem Abstand eines Jahrzehnts zu würdigen. Damit liefert Schöllgen nicht nur keine neuen Erkenntnisse, sondern fällt sogar hinter den Kenntnisstand der Leserschaft zurück. So lässt sich beispielsweise heute sagen, dass die Einführung der Riester-Rente zu einer Entlastung der Rentenkassen geführt hat. Ein weiterer intendierter Effekt, die Absicherung der Geringverdiener im Alter, ist jedoch nicht eingetreten, weil ausgerechnet diese Gruppe wesentlich seltener zu einer freiwilligen Zusatzversorgung greift als Angehörige der ohnehin relativ gut abgesicherten Mittelschicht. Ähnlich bei den Hartz-Reformen: Ob und in welchem Ausmaß sie für den deutlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit verantwortlich waren, ist bis heute umstritten, wirtschaftswissenschaftliche Untersuchungen kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Sie hätten zur Würdigung der Reform herangezogen werden können, Schöllgen aber unterzieht sich dieser Mühe wiederum nicht und behauptet einfach die Richtigkeit der sozialpolitischen Neuerungen.

Vergeblich sucht man auch eine Auseinandersetzung über das Für und Wider des Kosovokriegs – immerhin des ersten größeren Kampfeinsatzes in der Geschichte der Bundeswehr. Das Vorgehen der NATO war durch kein UN-Mandat gedeckt, die Vertreibung der albanischen Bevölkerung wurde nach Beginn der Bombenangriffe nicht gestoppt, sondern verstärkt. Nach dem Ende des Krieges verließ ein Großteil der dort ansässigen Serben ihre Heimat. Inzwischen ist das Kosovo ein unabhängiger Staat, aber beileibe kein Erfolgsmodell. Die Folgen des militärischen Eingreifens sind zumindest zwiespältig. Dennoch gibt es weiterhin gültige

Gründe für das damalige westliche Handeln. Ihrer Erörterung hätte es aber bedurft. Sie unterbleibt, wie so vieles in diesem voluminösen und dennoch kurzatmigen Buch.

## SCHRÖDER UND PUTIN

Der wahrscheinlich kontroverseste Aspekt an Schröders Kanzlerschaft und darüber hinaus ist sicherlich das Verhältnis zum russischen Präsidenten Wladimir Putin. Was Schöllgen hierzu bietet, ist reine Apologie, die auch durch gelegentliche Teildistanzierungen nichts von ihrer Anstößigkeit verliert. So leugnete Schröder den offensichtlichen politischen Charakters des Verfahrens gegen den Unternehmer Michail Chodorkowski. Sein Biograf schließt sich dieser Einschätzung an, obwohl spätestens die zweite Verurteilung Jahre später die Absurdität der offiziellen Anklage deutlich werden ließ. Brav schließt sich Schöllgen auch Schröders Ruf nach Verständnis für einen langsamen Weg Russlands zu der für das Land ungewohnten Demokratie an, ganz so, als habe nicht Putin in den letzten Jahren endgültig die Maske des „lupenreinen Demokraten“ fallen gelassen. Wahlfälschungen, Einschüchterungen der Opposition und Instrumentalisierung des Strafrechts im Kampf gegen die Zivilgesellschaft sind Bestandteile Putin'scher Innenpolitik. Und alle von Schröder propagierte Politik der Zusammenarbeit und wirtschaftlichen Verflechtung bei gleichzeitiger Leisetreterei

in puncto Menschenrechte haben die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und damit die erste gewaltsame Veränderung der europäischen Nachkriegsordnung nicht verhindert. Spätestens hier hätte der Historiker eine tief greifende Fehleinschätzung des Kanzlers konstatieren müssen, aber dazu kann er sich offensichtlich nicht überwinden.

Erkenntnislos bleibt auch der dritte Vorteil des Historikers gegenüber dem Zeitgenossen: die Nutzung neu zugänglicher Akten. Zwar zitiert Schöllgen häufig aus den Privatbeständen des Altkanzlers, fördert dabei aber überwiegend Belangloses zutage. Der Leser erfährt, wer wann welche Glückwunschkarte erhalten hat, dass sich Jacques Chirac über ein von Schröders Tochter selbstgemaltes Bild freuen durfte oder dass in der Kanzlermaschine geraucht wurde. Für die Beurteilung des Menschen und Politikers Schröder bleiben all diese Informationen wenig hilfreich.

Wie um seine Ambitionslosigkeit zu unterstreichen, liefert Schöllgen nicht einmal ein Abschlusskapitel, zieht kein Fazit und verliert kein Wort zur Gesamtwürdigung seines Protagonisten. Eine bezeichnende Leerstelle für eine Biografie, die weder die Psyche des Kanzlers ausleuchtet noch eine tief gehende Analyse seines politischen Handelns bietet. Gregor Schöllgen, der mit einigen seiner früheren Bücher gezeigt hat, dass er zu den talentiertesten deutschen Historikern gehört, hat eine langweilige Biografie über einen der zweifellos interessantesten Charaktere der deutschen Nachkriegsgeschichte vorgelegt. Schade um beide!

# Kurdischer Frühling, türkischer Herbst?

---

Ein Frieden zwischen Türken und Kurden hängt  
von der Rückkehr zum Demokratisierungsprozess ab

## OLIVER ERNST

Geboren 1967 in Duisburg, Politikwissenschaftler und Publizist, Länderreferent für Türkei, Iran, Israel und die Palästinensischen Gebiete im Team Naher Osten und Nordafrika, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Im zweiten Halbjahr 2015 erlebt die Türkei ein politisches *Déjà-vu*. Wie zwanzig

Jahre zuvor verschärft sich der Konflikt mit der Arbeiterpartei Kurdistans (*Partîya Karkerên Kurdistan*, PKK) und droht weite Teile Südostanatoliens in einen Strudel der Gewalt zu ziehen. Die Tragweite der militärischen Auseinandersetzungen wird deutlich, wenn man die vom Generalstab der türkischen Armee veröffentlichten Opferzahlen ansieht: Über 100 getötete Sicherheitskräfte aus Armee und Polizei sind danach allein in den drei Monaten

zwischen Mitte Juli und Mitte Oktober zu beklagen. Als Erfolgsmeldung wird dagegen die Tötung von über 2.000 Kämpfern der PKK verkündet. Angriffe der türkischen Armee auf Stellungen der PKK sind nicht nur in der Türkei erfolgt, sondern insbesondere auch in den nordirakischen Kandil-Bergen, seit Langem ein wichtiger Rückzugsort und Hauptquartier der PKK. In der Türkei sorgt vor allem die Nachricht für Unruhe, dass die Armee überwiegend kurdisch bewohnte Städte, wie die Großstadt Cizre, nicht nur tagelang komplett abgeriegelt hat, sondern dass bei der Bekämpfung der PKK in diesen südostanatolischen Gebieten auch viele zivile Opfer zu beklagen sind. Die schlimmen Erinnerungen an die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, die seit 1984 fast 50.000 Menschenleben gekostet haben, werden durch diese jüngsten Ereignisse geweckt.

Für Beobachter in der Türkei und im Ausland kommt die erneute Gewalteskalation überraschend. Vieles hat in den vergangenen Jahren darauf hingedeutet, dass ein politischer Prozess in Gang gekommen war, der scheinbar unumkehrbar war. Fünfzehn Jahre nach der Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan, der seit seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftiert ist, schien die Zeit reif dafür, dass der türkische Staat und die PKK in gegenseitigen Gesprächen über ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen verhandelten. Der noch unter Ministerpräsident Erdoğan 2013 gestartete Lösungsprozess entwickelte sich dementsprechend dynamisch. Im Februar 2015 schien mit der sogenannten Dolmabahçe-Erklärung der Durchbruch erreicht: Die Niederlegung der Waffen und der Abzug vom türkischen Territorium durch die PKK

war nicht nur von Öcalan, sondern offenbar auch von der aktiven PKK-Führung in den Kandil-Bergen befürwortet worden. Der Dialog wurde sowohl von der politischen Führung des Landes als auch von der oppositionellen prokurdischen *Halkların Demokratik Partisi* („Demokratische Partei der Völker“, HDP) unter ihrem Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş unterstützt. Die mit dem Dialog zwischen Regierung und PKK einhergehende politische Entspannung wurde auch dadurch deutlich, dass im Sommer 2014 erstmals in der türkischen Geschichte mit Selahattin Demirtaş ein Repräsentant der kurdischen Nationalbewegung für das höchste Staatsamt kandidierte und mit rund zehn Prozent der Stimmen ein beachtliches Ergebnis erzielte. Auch dass die HDP bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 über dreizehn Prozent der Wählerstimmen erreichte und achtzig Abgeordnete in die Türkische Nationalversammlung entsandte, war vermeintlich Ausdruck einer neuen Normalität. Demirtaş beschrieb dies nach den Wahlen euphorisch mit dem Ausspruch: „Wir sind jetzt Teil der Türkei!“ Dass die HDP bei den Neuwahlen am 1. November 2015 erneut die Zehn-Prozent-Hürde übersprang, bestätigt diese Einschätzung erneut.

## **HDP – BITTERE PILLE FÜR ERDOĞAN**

Für die *Adalet ve Kalkınma Partisi* („Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“, AKP) unter Parteichef und Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu war dieses Ergebnis der Juni-Wahl allerdings schwer zu verdauen, da sich die Kurden in ihren Gebieten

überwiegend zur kurdischen Linkspartei HDP bekannt hatten, obwohl das dortige Wählermilieu überwiegend traditionell, religiös und konservativ eingestellt ist und daher von der islamistischen AKP zur Stammwählerschaft gerechnet wurde. Eine besonders bittere Pille war das Ergebnis auch für Präsident Erdoğan, der im Jahr zuvor die ersten Präsidentschaftswahlen, bei denen das Volk in der Türkei seinen Präsidenten direkt wählen durfte, mit 53 Prozent gewonnen hatte. Einen vergleichbaren Wahlausgang hatte sich Erdoğan auch bei den Parlamentswahlen erhofft, da er umfassende Verfassungsänderungen und die Einführung eines Präsidentsystems propagiert hatte, für die er und die AKP dieses Mehrheitsvotum benötigten. Das deutliche Überspringen der Zehn-Prozent-Hürde durch die HDP, die sich schon im Wahlkampf klar gegen das Präsidentsystem ausgesprochen hatte und daher auch von vielen Anhängern der links-kemalistischen *Cumhuriyet Halk Partisi* („Republikanische Volkspartei“, CHP) gewählt worden war, vereitelte die ambitionierten politischen Pläne der AKP-Regierung und des Staatspräsidenten. Die nach den Wahlen gescheiterte Bildung einer Regierungskoalition und die Ausrufung von Neuwahlen am 1. November 2015 machten offenkundig: Die seit 2002 regierende AKP hat sich bereits an den nahezu uneingeschränkten politischen Spielraum gewöhnt und bringt eine für die Koalitionsbildung notwendige Bereitschaft zu Kompromissen kaum auf.

Der politische Erfolg der HDP stellt einen tiefen Einschnitt in der politischen Kultur der Türkei dar. Erstmals wurde bei den Wahlen am 7. Juni politisch manifestiert, dass die kurdische Bewegung im politischen System der Türkei einen Platz

gefunden hat. Wenngleich die nach den Wahlen wieder eskalierende PKK-Gewalt sogleich Befürchtungen weckte, dass die HDP – wie zahlreiche pro-kurdische Vorgängerparteien – verboten werden könnte, so war der Wahlerfolg doch ein klares Statement für die demokratische Beteiligung der kurdischen Bevölkerungsteile, die ihre kulturellen Rechte und teilweise auch in den kurdisch besiedelten Gebieten Formen autonomer politischer Selbstverwaltung durchsetzen wollen.

## **ANSCHLAG TORPEDIERT POLITISCHEN DISKURS**

Wie fest die kurdische Bewegung in der zivilen politischen Kultur der Türkei inzwischen verankert ist, zeigte sich nach dem schwersten Anschlag in der türkischen Geschichte, bei dem auf einer Kundgebung der HDP und ihr nahestehender Gruppen am 10. Oktober 2015 über 100 Menschen – vermutlich durch eine Zelle des IS – getötet worden waren: Aus der Partei heraus waren fast ausschließlich Stimmen zu hören, die eine rechtsstaatliche Auseinandersetzung mit dem gegen die Kurden gerichteten Terror forderten. Dass die HDP, die nach Aussagen der Co-Vorsitzenden Figen Yüksekdağ „etwa 500 Verhaftungen von Mitgliedern und Funktionären und Angriffe auf 190 HDP-Büros“ hinnehmen musste, in dieser äußerst angespannten Situation die bewaffnete PKK nicht als ihren mutmaßlichen militärischen Arm instrumentalisierte, sondern dass im Gegenteil die PKK sogar trotz des Anschlags an der Ausrufung des angekündigten einseitigen Waffenstillstandes festhielt, um der HDP bei den Neuwahlen am



1. November 2015 nicht durch ein Hochschrauben der Gewaltspirale zu schaden, ist ein wichtiges Signal für die Fortsetzung des politischen Friedensprozesses zwischen türkischem Staat und PKK nach den Wahlen. Nur wenn die HDP als zivile politische Kraft die Oberhand über die militante PKK erhielte, würde sie wiederum eine moderierende Funktion im Friedensprozess einnehmen können. Bei einer anhaltenden Gewalteskalation dagegen würde die HDP auch selbst in Mitleidenschaft gezogen, auch dann, wenn sie sich von der PKK distanzierte. Die Gewalteskalation der vergangenen Monate dürfte der HDP politisch geschadet haben: Von 13,1 Prozent der Stimmen am 7. Juni rutschte sie auf 10,7 Prozent bei den Neuwahlen am 1. November ab. Sie verlor rund eine Million Wählerstimmen. Statt achtzig hat sie nur noch 59 Abgeordnete in der neugewählten Großen Türkischen Nationalversammlung.

## **NIMBUS DER UNBESIEGBAREN PKK**

Durch die Ereignisse der letzten Monate, seit dem Abbruch der Gespräche und dem Wiederaufflammen der bewaffneten Auseinandersetzungen, sind die Rahmenbedingungen für erfolgreiche Verhandlungen sicher nicht besser geworden. Allerdings hat die große Erschütterung in der Bevölkerung über die zahlreichen Toten ebenfalls deutlich gemacht, dass dieser politische Prozess im Grunde für beide Seiten der einzige Weg ist. Wenngleich die Rhetorik der Regierung von der PKK ein „Einzementieren ihrer Waffen“ verlangte, bevor der Friedensprozess mit ihr wieder

aufgenommen werden könnte, so ist doch klar, dass die PKK trotz der schweren Verluste durch die Angriffe der letzten Monate keinesfalls als besiegt oder auch nur als erheblich geschwächter Gegner an den Verhandlungstisch zurückkehren würde. Im Gegenteil – propagandistisch hat die PKK aus der Gewalteskalation sogar Vorteile ziehen können: Leichenschändungen getöteter PKK-Kämpfer durch türkische Sicherheitskräfte, zivile kurdische Opfer im Anti-Terror-Kampf und eine dramatische Zuspitzung der Polarisierung im kurdisch-türkischen Verhältnis haben insbesondere in der jungen kurdischen Bevölkerung zu einer erneuten Steigerung des Ansehens der PKK beigetragen. Das Wahlergebnis vom 1. November zeigte dann aber, dass sehr viel Kurden diesen Gewaltkurs der PKK nicht wollten und die HDP dafür mit verantwortlich machten. Sie bescherten der AKP daher im kurdischen Südosten der Türkei beachtliche Stimmenzuwächse, während die HDP über fünfzehn Prozent ihres Wähleranteils verlor.

Wie in den 1990er-Jahren trägt die PKK den Nimbus, militärisch nicht besiegt zu sein. Sie bewegt sich in den Kurdengebieten – unter den geschätzten zwölf bis fünfzehn Millionen Kurden – wie ein Fisch im Wasser. Den Widerstand, den man ihr auch von kurdischer Seite immer wieder entgegensetzt, weiß sie durch Gewaltmaßnahmen zu brechen. Anders als in den 1990er-Jahren hat sie aber nicht nur den Ruf einer revolutionären „Befreiungsbewegung“. Nach den gewaltsamen Ereignissen und Kämpfen im Irak und in Syrien, bei denen sich die PKK als wirkungsvolle militärische Unterstützung gegen den IS etablieren konnte – insbesondere bei der Befreiung der Stadt

Kobani –, hat die PKK ihr Ansehen auch über die türkischen Grenzen hinaus in der Kurdenregion gefestigt. Die Lage in den syrischen Kurdengebieten (Rojava), die sich immer mehr als eigenes politisches Gebilde herausformen, ist für die PKK günstig, da ihr Einfluss auf die dortige dominante politische Kraft *Partiya Yekîtiya Demokrat* („Partei der Demokratischen Union“, PYD) und deren im Oktober 2011 gegründeten militärischen Arm *Yekîneyên Parastina Gel* („Volksverteidigungseinheiten“, YPG) groß ist. Diese Entwicklung stört Ankara gerade in den syrischen Kurdengebieten; eine kurdische Autonomie in dieser Region, deren Entwicklung nun nicht mehr ausgeschlossen zu sein scheint, könnte unerwünschte Wirkungen entfalten. Die Einrichtung einer „Schutzzone“ – so Ankaras Kalkül – würde die Etablierung einer syrisch-kurdischen Autonomie in Rojava erheblich erschweren, wenn nicht gar auf absehbare Zeit unmöglich machen.

Der Friedensprozess mit der PKK ist unter diesen geopolitischen Koordinaten für Ankara daher mit einem erheblichen Makel behaftet. Selbst für den Fall, dass die PKK tatsächlich den bewaffneten Kampf in der Türkei einstellen sollte und PKK-Verbände türkisches Territorium verließen, wäre die PKK mit fortbestehenden Stützpunkten im Irak und in Syrien weiterhin ein als gefährlich einzustufender Akteur. Ankara will und wird es nicht zulassen, dass die PKK ihre Strukturen im Grenzgebiet zur Türkei festigen könnte. Für den türkisch-kurdischen Friedensprozess heißt dies, dass er im Grunde auch die Entwicklungen im Irak und in Syrien in viel größerem Ausmaße mit berücksichtigen müsste, als dies bislang not-

wendig schien. Schon in den 1990er-Jahren hatte die türkische Regierung den Fehler begangen, den international schon damals nachdrücklich geforderten politischen Prozess um mehrere Jahrzehnte aufzuschieben, in der Erwartung, die PKK werde durch die immense militärische Überlegenheit der türkischen Armee zerrieben. Diese Fehleinschätzung hat ursächlich dazu beigetragen, dass sich die PKK heute auf mehrere Generationen von Kämpfern stützen kann. Eine ausschließliche Konzentration des türkischen Staates auf militärische Optionen würde der PKK nur noch mehr Kämpfer in die Arme treiben, denn es ist gerade die Perspektivlosigkeit der vergangenen Jahrzehnte gewesen, die dazu beigetragen hat, dass Zehntausende von kurdischen Jugendlichen „in die Berge gezogen sind“, wie in der Türkei die Teilnahme am Guerillakampf bezeichnet wird.

Doch selbst wenn die Instabilität in Syrien und im Irak und vor allem die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Kurdenmilizen und Dschihadisten noch Jahre andauern könnten, so ist doch absehbar, dass politischer Stillstand in der Kurdenfrage für die Türkei keine gute Option ist. Auch wenn die Dolmabahçe-Erklärung möglicherweise als Grundlage für neue Verhandlungen zwischen türkischer Regierung und PKK nicht mehr taugt, da sich beide Seiten aktuell gestärkt fühlen und nicht zu Kompromissen bereit sind, so ist sie doch relevant bei der Festlegung der grundsätzlichen Zielrichtung neuer Gespräche und Verhandlungen. Eine Zivilisierung der Entwicklung ist im ureigenen Interesse der türkischen Kurden, die nicht mehr auf gewaltsame Separation setzen.

## DER KULT UM „APO“

Gerade hinsichtlich der innertürkischen Dynamik der Kurdenfrage dürften bei einer Fortsetzung des politischen Prozesses derzeit noch bestehende Tabus infrage gestellt werden. Dazu gehört vor allem die Rolle des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan. Dass der Ruf seiner Anhängerschaft nach Öcalans Freilassung immer lauter wird, kann auch von der auf Gewaltfreiheit und Entwaffnung der PKK setzenden Führung der HDP nicht ignoriert werden. Die HDP hat – schon bevor sie ins Parlament gewählt worden war – ihre Rolle als Vermittlerin zwischen Öcalan und der PKK in den Friedensgesprächen selbstbewusst zu spielen gewusst und damit erheblich an Einfluss gewonnen. Dieses Rad ist kaum noch zurückzudrehen. Im Gegenteil: Wenngleich es kurzfristig kaum wahrscheinlich ist, dass die Forderung nach Freilassung Öcalans von der türkischen Regierung erfüllt werden wird, so wird die nunmehr zum zweiten Mal ins türkische Parlament gewählte HDP im Kontext von wieder zunehmenden Verhandlungen diese Öcalan-Karte spielen. Öcalans seit vielen Jahren vertretener Verzicht auf den bewaffneten Kampf und auf kurdische Unabhängigkeit macht ihn in den Augen seiner Anhänger zu einer politischen und nicht mehr militärischen Führerfigur. Der Kult um „Apo“, wie er von seinen Anhängern, den „Apocular“, genannt wird, dürfte weiter zunehmen. Für die türkische Regierung ist diese Entwicklung einerseits nützlich, da Öcalan auch in der Wahrnehmung der türkischen Sicherheitskräfte heute glaubwürdig für eine Abwendung vom bewaffneten Kampf eintritt und somit in der offiziellen Propa-

ganda gegen die Einheiten der PKK positioniert werden kann, die den Kampf weiterführen wollen. Andererseits ist die Entwicklung politisch problematisch, da Öcalan in weiten Teilen der türkischen Öffentlichkeit noch immer als brutaler Terrorist gebrandmarkt ist. Insbesondere im von der MHP dominierten nationalistischen Milieu, das schon die Aufhebung seiner Todesstrafe kaum erträglich fand, wäre eine wie auch immer geartete Aufhebung der Haft auf der Gefängnisinsel Imrali – beispielsweise durch die diskutierte Umwandlung in einen Hausarrest – eine Steilvorlage für gewaltsame Aktionen, die den gesellschaftlichen Frieden in der Türkei nachhaltig beeinträchtigen könnten. Dasselbe träfe auf die von kurdischen Kräften auch innerhalb der HDP geforderte Aufhebung des PKK-Verbots zu. Diese Forderung ist besonders heikel, da sie nicht nur den innertürkischen Diskurs tangiert, sondern auch die NATO-Verbündeten USA und Deutschland, wo die PKK ebenfalls als terroristische Organisation verboten ist. Schon im Kontext des Kampfes der PKK gegen den IS waren Stimmen laut geworden, die forderten, die PKK von der Terrorliste zu nehmen, da sie sich schützend vor die Jesiden im Irak gestellt habe. Sowohl im politischen Raum als auch von Minderheiten- und Menschenrechtsorganisationen in Deutschland wurde die Aufhebung des PKK-Verbots daher 2015 mehrfach gefordert, ohne dass dies bislang ein breiteres positives Echo gefunden hätte.

Die kurdische Bewegung wird dieses Momentum im eigenen Interesse nutzen und die türkische Regierung in der Frage der Aufhebung des PKK-Verbots vor sich hertreiben. Dennoch erscheint eine Aufhebung des Verbotes – genauso wie die

Aufhebung der Haft von Öcalan – nur als mögliches Ergebnis eines sehr langen Verhandlungsprozesses und als Konsequenz eines tatsächlichen Endes der politischen Gewalt durch PKK-Kämpfer. Diese Entwicklung ist derzeit selbst bei einer positiven Entwicklung der Lage in der Türkei, in Syrien und im Irak zumindest kurz- und mittelfristig nicht wahrscheinlich.

Für die Verbündeten der Türkei, die ein erhebliches Interesse an einer Wiederaufnahme des Friedensprozesses haben, bedeutet dies, dass einseitige Schritte, wie die Entlistung der PKK in Europa oder in den USA, keinen erwünschten positiven Effekt auf den Verhandlungserfolg haben würden. „Freiheit für Öcalan“ und „Aufhebung des Verbotes der PKK“ bleiben wichtige Forderungen auf der Agenda der kurdischen Nationalbewegung. Eine realistische Perspektive für die Umsetzung dieser Forderungen – vor dem erfolgreichen Abschluss der Friedensgespräche zwischen türkischer Regierung und PKK – gibt es aber nicht.

## **BEREITSCHAFT ZUR ABWENDUNG VON GEWALT**

Sowohl die EU als auch die USA können dennoch auf verschiedenen Ebenen dazu beitragen, den Konflikt zwischen beiden Seiten zu entschärfen, Vertrauen zu bilden und somit eine politische Lösung zu ermöglichen. Inwieweit die Türkei bereit sein wird, EU und USA auch als Beobachter oder gar Vermittler in einen neuen Friedensprozess einzubinden, bleibt abzuwarten. Eine gezielte europäisch-amerikanische Anreizpolitik könnte die Entwaffnung der PKK und ihren Rückzug aus der

Türkei möglicherweise erleichtern. Dass sich die PKK-Führung unter Cemil Bayık im April 2015 für die in den 1990er-Jahren in Deutschland verübte Terrorwelle entschuldigt hat, macht deutlich, dass es auf dieser Seite eine erstaunliche Wandlungsbereitschaft gibt. Im Interesse der Sicherheit der Türkei, aber auch Deutschlands und der anderen vom Konflikt mit der PKK betroffenen Staaten, sollte die Abwendung von der Gewalt mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – und in enger Abstimmung mit Ankara – unterstützt werden.

Im Mittelpunkt wird dabei stehen müssen, einerseits die demokratische Entwicklung – hier vor allem die massiv gefährdete Rechtsstaatlichkeit, die Presse- und Meinungsfreiheit und den Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten – in der Türkei zu fördern und das Land andererseits bei der Bekämpfung der terroristischen Bedrohung zu unterstützen. Nur eine stabile, durch Terrorismus nicht gefährdete Türkei wird ihrer – aus über vierzig verschiedenen ethnischen Gruppen zusammengesetzten – Bevölkerung, gleich ob arabischer, armenischer, lasischer, tscherkessischer, kurdischer oder türkischer Herkunft, eine sichere Heimat bieten können.

# Entwicklungs- politisches Schlüsseljahr

---

Globale Weichenstellungen – globale Werteordnung

## CHRISTIAN E. RIECK

Geboren 1978 in Santiago del Estero (Argentinien), Referent für Entwicklungspolitik und Menschenrechte, Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Das „Klimajahr 2015“ strebt seinem Höhepunkt entgegen. Anfang Dezember soll auf der Weltklimakonferenz in Paris<sup>1</sup> – anknüpfend an das Kyoto-Protokoll von 2005 – eine neue internationale Übereinkunft zur Bekämpfung des Klimawandels unterzeichnet werden. Das allein ist schon ein Wert an sich; schließlich ist abzusehen,

dass man sich auf verbindliche Emissionsziele einigen wird. Doch ist dieses Abkommen zweifellos auch ein Meilenstein für eine nachhaltige globale Entwicklung, die ohne einen verbesserten Klimaschutz nicht funktionieren kann. Immerhin besteht nunmehr weltweit ein Konsens darüber, dass Entwicklung Wachstum benötigt, dies aber klimafreundlich gestaltet werden muss.

2015 ist jedoch nicht allein deshalb ein Schlüsseljahr. Tragende Säulen der globalen Entwicklungspolitik werden erneuert und für die kommenden fünfzehn Jahre neu ausgerichtet: Im März verabschiedete die internationale Gemeinschaft

im japanischen Sendai ein Rahmenabkommen zur Verbesserung der Resilienz gegenüber den Auswirkungen von Naturkatastrophen<sup>2</sup>, das die Entwicklung in den vom Klimawandel besonders gefährdeten Staaten absichern soll. Das betrifft vor allem Länder im Sahel, am pazifischen Feuergürtel oder auch kleine Inselstaaten. Im Juli kam es in Addis Abeba zu einem wichtigen Übereinkommen zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern über die Entwicklungsfinanzierung. Auf dieser Grundlage sollen die ambitionierten Entwicklungsziele bezahlt werden.<sup>3</sup> Schließlich wurde auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen in New York Ende September mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung, den *Sustainable Development Goals* (SDGs), das Herzstück der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet.<sup>4</sup>

Diese siebzehn „Global Goals“ beinhalten eine umfassende Entwicklungsagenda: die Bekämpfung von Armut und Hunger (Ziele 1–2); Verbesserung von Bildung und Gesundheit (Ziele 3–4); eine saubere Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung (Ziele 6–7); nachhaltiges Siedeln, Wirtschaften und Konsumieren (Ziele 8–9, 11–12); Bekämpfung des Klimawandels und Biosphärenschutz (Ziele 13–15); Bekämpfung sozialer Ungleichheit (Ziele 5, 10, 16).<sup>5</sup> Dazu kommt – als letzter Punkt im Zielekatalog – die Vereinbarung einer Partnerschaft zur Umsetzung, Begleitung und Überprüfung der SDGs. Erstmals verpflichten sich die Staaten damit zu einer kontinuierlichen gegenseitigen Kontrolle, Bewertung und Unterstützung. Die Entwicklungsziele sind inhaltlich detailliert ausgefüllt: 169 „targets“ – gemeint sind Indikatoren – machen die Zielsetzungen konkret. Man könnte

sagen, dass diese Indikatoren den derzeitigen globalen Entwicklungskonsens in Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft abbilden – das heißt, das Abschlussdokument von New York geht weit über frühere Vereinbarungen hinaus, die eher einen technokratischen und weniger einen politischen Charakter hatten.

## LEITSTERN UND TAKTGEBER FÜR DIE GLOBALE ENTWICKLUNG

Die relativ erfolgreiche Umsetzung der vorausgegangenen *Millennium Development Goals* aus dem Jahr 2000 scheint die Weltgemeinschaft ermutigt zu haben, mit noch ambitionierteren Entwicklungszielen in eine neue Runde zu gehen. Man kommt nicht umhin, den Umfang und die Konkretion der „Global Goals“ als einen der wichtigsten Leitsterne und Taktgeber der internationalen Entwicklungspolitik zu würdigen. Sie sind mit höchster politischer Legitimation ausgestattet und werden in den kommenden fünfzehn Jahren weltweit sowohl das staatliche als auch das nicht-staatliche Handeln entscheidend bestimmen.<sup>6</sup> Andererseits trägt dieser umfassende Anspruch auch utopische Züge: In Gänze lässt sich dieser Katalog in den nächsten anderthalb Dekaden gewiss nicht umsetzen.<sup>7</sup>

Mit der „Agenda 2030“ wird schon im Ansatz der Entwicklungspolitik ein Paradigmenwechsel vollzogen. So soll die heute anachronistisch erscheinende Unterscheidung der Welt in „Entwicklungsländer“ und „entwickelte Länder“ überwunden werden. Der Idee nach geht es um eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“,

die die Logik von Produzenten und Empfängern von Entwicklungslösungen, von „Gebern“ und von „Nehmern“ aufbrechen soll. Eine wachsende Anzahl von Staaten ist nämlich inzwischen beides: Geber *und* Nehmer von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit. Das gilt zum einen für ambitionierte Schwellenländer mit eigenem außen- und entwicklungspolitischen Profil, die aber intern in vielen Bereichen Entwicklungsdefizite aufweisen. Zum anderen lassen sich auch Partner der Entwicklungszusammenarbeit, die beispielsweise über Dreieckskooperationen intensiv mit den Industrieländern in Drittstaaten zusammenarbeiten, immer schwerer mit diesen Kategorien fassen. Man könnte allerdings fragen, ob diese „Partnerschaft auf Augenhöhe“ zwischen dem globalen Norden und Süden tatsächlich möglich ist. Zu eindeutig sind die Rollen und Machtverhältnisse noch verteilt.

## WESTLICHE WERTE – GLOBALE WERTE?

Eine Quintessenz des Schlüsseljahres 2015 besteht jedenfalls darin, dass eine nachhaltige Entwicklung nun in ihren ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimensionen wahrgenommen und zunehmend als Querschnittsthema der Innen- wie der Außenpolitik verstanden wird. Das gesamte staatliche Handeln muss nunmehr auf die Vereinbarkeit mit den nachhaltigen Entwicklungszielen überprüft werden. Das wird die bisherigen Grenzen zwischen den traditionellen Politikfeldern weiter auflösen und Staatshandeln vor neue Koordinierungsaufgaben stellen. Dies gilt für alle Staaten – nicht zuletzt im Westen.

Sie werden, selbst wenn sie nicht mit allen Entwicklungszielen gleichermaßen einverstanden waren, in eine globale Verantwortungsgemeinschaft genommen.

Zu wenig medial wahrgenommen wird bislang, dass mit der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ die Wertegemeinschaft der Vereinten Nationen eine neue Qualität erreicht. Das mag an der Komplexität der Zielsystematik liegen. Wer aber genauer hinsieht, wird feststellen, dass mit der Agenda fast alle großen Themen unserer Zeit berührt sind. Aus der Perspektive des Westens ist dabei von Interesse, dass nachhaltige Entwicklung ohne Bürgerbeteiligung und soziale Gerechtigkeit, ohne rechtsstaatliches, transparentes, inklusives und responsives Staatsverhalten nicht mehr denkbar erscheint. In vielen Elementen nähert sich die UN-Entwicklungsagenda damit dem westlichen Leitbild von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft an. Inwiefern diese Prinzipien tatsächlich durchsetzbar sind, bleibt weitgehend offen. Doch immerhin: Sie gehören über Ziel 16 („Frieden und Gerechtigkeit“) nun zum Quellcode des Programms der nachhaltigen Entwicklung. Das heißt, dass globale Entwicklungszusammenarbeit stärker als bisher auf diesen Prinzipien aufbauen wird und muss.

Aus der Sicht des Westens bleibt die Frage nach den Prioritäten: Angesichts der Flüchtlingskrise, der drängenden Krisen in der Ukraine, in Syrien und im Irak oder in Libyen wäre es verständlich, wenn die „Global Goals“ weniger politische Aufmerksamkeit erhielten. Doch sollten die westlichen Demokratien jenseits der kurzfristigen Krisenreaktion auch ihre langfristigen Strategien im Auge behalten. Schließlich wirbt der Westen mit der „Agenda 2030“ in der Welt um seine Werteordnung.



Mit seinem demokratischen Entwicklungsversprechen lädt er die Entwicklungsebenso wie die Schwellenländer zur konstruktiven Mitarbeit in den internationalen Foren ein. Diese Entwicklungsvision ist dabei jedoch kein Instrument zur Durchsetzung westlicher Ordnungsvorstellungen allein, sondern ein Gesprächsangebot an die Welt.

Rückblickend wird immer deutlicher, wie sehr auch der G7-Gipfel in Elmau eine Vorleistung des Westens im Bereich der nachhaltigen Entwicklung beinhaltet hat. Schon das Aktionsprogramm der G7 war ambitioniert: Der Anhang zum Abschlussdokument von Elmau beinhaltet Selbstverpflichtungen in den Themenfeldern Gleichstellung, Gesundheit, Klimaschutz, Ressourceneffizienz, Meeresumweltschutz und Ernährungssicherheit. Entwicklungspolitik tritt damit verstärkt neben die Außen- und Sicherheitspolitik. Die G7 reklamierten 2015 auch in diesem Politikfeld eine globale Führungsrolle für sich. Damit ist Elmau tatsächlich ein Markstein im entwicklungspolitischen Schlüsseljahr 2015 – eine bemerkenswerte Entwicklung für ein Gremium, das noch vor wenigen Jahren als neoliberale Kabale verunglimpft und bekämpft wurde.

## IN DIE PFLICHT GENOMMEN

Die besondere Verantwortung der Industrieländer für die Zukunft unseres Planeten ist 2015 erneut bekräftigt worden. Sie sollen stärker belastet werden als andere Staatengruppen. Von den großen Schwellenländern, von denen sich einige immer stärker als Konkurrenten in der Weltordnungspolitik positionieren, wird erwartet,

dass sie sich dieser Verantwortung durch eigene Selbstverpflichtungen anschließen – etwa beim Klimaschutz durch ebenso konkrete Reduktionsziele oder in der Entwicklungsfinanzierung durch deutlich höhere bilaterale und multilaterale Beiträge. Wenn die großen Schwellenländer als „Gestaltungsmächte“ ernst genommen werden wollen, müssen sie tatsächlich auch gestalten. Der Westen ist 2015 vorangegangen, die anderen müssen nun nachziehen.

<sup>1</sup> Genauer: die 21. Konferenz der Vertragsparteien der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (COP21), der United Nations Framework Convention on Climate Change, <http://www.cop21.gouv.fr/en>.

<sup>2</sup> Third United Nations World Conference on Disaster Risk Reduction, <http://www.wcdr.org/>.

<sup>3</sup> Third International Conference on Financing for Development, <http://www.un.org/esa/ffd/overview/third-conference-ffd.html>.

<sup>4</sup> United Nations Sustainable Development Summit, <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/summit>.

<sup>5</sup> The Global Goals for Sustainable Development, <http://www.globalgoals.org/>.

<sup>6</sup> Die Staats- und Regierungschefs aller 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben den Text gemeinsam verabschiedet. Volltext der Deklaration: <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld>.

<sup>7</sup> Der „Economist“ nahm beispielsweise die fundamentale Kritik des Copenhagen Consensus Center auf, das sich für eine stärkere Fokussierung der Entwicklungsagenda ausspricht, <http://www.economist.com/news/21631961-world-comes-together-set-itself-some-more-development-targets-goals-goals-goals?zid=304&ah=e5690753dc78ce91909083042ad12e30>.

# Schöner Traum

---

Vor 25 Jahren wurde die Charta von Paris unterzeichnet

## THOMAS SPECKMANN

Geboren 1974 in Münster, Historiker und Politikwissenschaftler, Ministerialrat, Leiter des Referates Reden und Texte, Stab Strategie und Kommunikation, Bundesministerium der Finanzen, Berlin. Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.

Rückblickend wirkt es wie ein schöner Traum: Vor 25 Jahren sollte die Charta von Paris als Schlussdokument der KSZE-Sondergipfelkonferenz vom 19. bis 21. November 1990 eine neue friedliche Ordnung schaffen. Die Staats- und Regierungschefs

von 32 europäischen Ländern, der Vereinigten Staaten und Kanadas erklärten die Spaltung Europas in Ost und West für beendet, verpflichteten sich zur Demokratie als einziger Regierungsform und sicherten ihren Völkern die Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu. Der Kalte Krieg galt als beendet. In der Folge wurden die militärischen Strukturen des Warschauer Pakts am 31. März 1991 aufgelöst, das Bündnis selbst offiziell am 1. Juli 1991.

Zweifellos waren dies elementare Zäsuren. Aber das Ende des Kalten Krieges in seiner alten Form hat bislang nicht das

Ende der Ost-West-Konfrontation nach sich gezogen. Scharfsinnige Beobachter wie der Historiker Heinrich August Winkler, der in seiner vierbändigen Geschichte des Westens so manche historische Zäsur beschrieben hat – von den Anfängen in der Antike bis zu den Herausforderungen der Gegenwart –, weisen immer auch auf Kontinuitäten hin. Diese erweisen sich vor allem mit Blick auf die Beziehungen zwischen West und Ost als äußerst erhellend. Betrachtet man die längeren Entwicklungslinien, so erscheinen die neuen Konfrontationen seit 2014 weniger überraschend, die sich zwischen Moskau und den westlichen Hauptstädten abspielen – ausgelöst durch die völkerrechtswidrige Einverleibung der Krim, einer Autonomen Republik im Staatsverband der Ukraine, in die Russische Föderation.

## **KEIN VÖLLIGER BRUCH DER KONTINUITÄT**

Einstweilen scheint sicher, dass man einer Täuschung erlag, wenn man nach 1989/90 seine Hoffnung auf eine fortschreitende „Verwestlichung“ Russlands im Zeichen gemeinsamer Wertvorstellungen gesetzt hat. Zwar ist der Untergang des Sowjetimperiums in den Jahren 1989 bis 1991 fraglos ein tiefer weltgeschichtlicher Einschnitt gewesen. Aber die historische Zäsur bedeutete auch in diesem Fall keinen völligen Kontinuitätsbruch. Vielmehr zeigte sich nach der Epochenwende der Jahre 1989 bis 1991 rasch die Beharrungskraft älterer, lange Zeit eher latent nachwirkender Traditionen: in Russland etwa in Gestalt der antiwestlichen Ausrichtung von Vertretern der orthodoxen Kirche und eines

Großmachtdenkens, das aus der Zeit des Zarenreiches stammt, und auf dem Balkan in einer zerstörerischen Renaissance von Nationalismen, die der jugoslawische Vielvölkerstaat unter Tito nur autoritär und oberflächlich überwunden hatte.

Die Zäsur der Jahre 1989 bis 1991 wird auch dadurch relativiert, dass vieles von dem, was in den 1990er-Jahren als umstürzend neu empfunden wurde, in Wirklichkeit schon sehr viel früher begonnen hatte: Dass das Ende des Kalten Krieges einen gewaltigen Globalisierungsschub zur Folge hatte, steht zwar außer Frage. Aber dieser Schub setzte lediglich fort, was mit der Internationalisierung der Produktion und der Arbeitsteilung, ausgelöst durch die forcierte Industrialisierung von Ländern der Dritten Welt, der asiatischen „Tigerstaaten“ wie Singapur, Südkorea, Taiwan und Malaysia, ohnehin schon begonnen hatte. Dasselbe galt bei der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte, die bereits in den frühen 1980er-Jahren eingesetzt hatte. Damit gab der Zusammenbruch des europäischen Kommunismus einem Prozess Auftrieb, der schon im Gange war, als die friedlichen Revolutionen von 1989 das definitive Ende der Nachkriegszeit einleiteten.

Auch die heutige Überschuldung des Westens und seine fortlaufende Selbstschwächung sind historisch einzuordnen. So reicht die wachsende Staatsverschuldung in den westlichen Industrieländern weit vor 1989 zurück – an ihrer Spitze die Vereinigten Staaten: Unter Ronald Reagan waren dafür vor allem die gigantischen Rüstungsausgaben verantwortlich. Unter Bush junior war es der „Krieg gegen den Terror“, ebenso auf Kredit finanziert wie unter Lyndon B. Johnson der Vietnamkrieg. Zu dieser staatlichen Verschuldung kam

die private hinzu – hervorgerufen durch die unter Bill Clinton begonnene großzügige Förderung von Wohneigentum einkommensschwacher Familien über nur scheinbar günstige „subprime loans“. Die dadurch in bislang ungekannte Höhen gestiegene Verschuldung der privaten Haushalte hat dann entscheidend zum Ausbruch der Weltfinanzkrise im Herbst 2008 beigetragen.

## **NEUE RUNDEN IM „GREAT GAME“**

Zu diesem Zeitpunkt befand sich der Westen bereits in einer internationalen Gemengelage, die vielen Analysten erst heute richtig bewusst wird: Die unipolare Konstellation, die sich nach der Auflösung des Ostblocks herausgebildet hatte, gehörte schon wieder der Vergangenheit an. Inzwischen waren China, Indien und Brasilien zu „Global Players“ aufgestiegen. Peking wurde zum größten Käufer amerikanischer Staatsanleihen und damit zum Hauptgläubiger der USA. Hinzu kam die amerikanische Selbstschwächung durch die Kriege in Afghanistan und im Irak. Russland hingegen konnte unter Putins autoritärer Herrschaft seinen Großmachtstatus wieder festigen und tritt seitdem neoimperial auf – ob in der Ukraine oder in Syrien. Die Welt ist somit wieder multipolar geworden – auch dies eine historische Kontinuität.

Diese Multipolarität nimmt sich heute allerdings antagonistischer und apolarer aus als noch vor einigen Jahren. Dies gilt vor allem für das Verhältnis zwischen Washington und Moskau, aber auch zwischen Washington und Peking – nicht

zuletzt mit Blick auf das expansive Ausgreifen Chinas im pazifischen Raum.

Ein „neues Zeitalter“ hat somit 1989 in der Tat begonnen, aber anders, als sich dies vor allem viele Europäer vorgestellt hatten. Bereits vor zehn Jahren gab es hier eine erste Ernüchterung: Sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kündigte sich eine Entwicklung an, die an den Beginn des Kalten Krieges erinnerte. Vor dem Hintergrund des dritten Golfkrieges, der Yukos-Affäre, der Machtwechsel in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan sowie der NATO-Osterweiterung kühlten sich die Beziehungen zwischen Moskau und Washington merklich ab.

Trotz des offiziellen Endes des Kalten Krieges stieg die Zahl der Konflikte zwischen Moskau und Washington stetig. Im Kaukasus und in Zentralasien ringen Russland und die USA bis heute um geopolitische Einflusszonen. Das „Great Game“ um die globalen Rohstoffe geht in immer neue Runden. Auch in der Nonproliferationspolitik bildeten sich über viele Jahre klare Fronten: Während das Weiße Haus versuchte, Teheran von seinen nuklearen Plänen abzubringen, lieferte der Kreml die Technologie und das Know-how für das iranische Atomprogramm sowie die Raketentechnik, um weitreichende ABC-Waffen vom Iran aus einsetzen zu können.

Im Pazifik scheint Moskau die Etablierung Chinas als Gegenmacht zu den Vereinigten Staaten und als Kontinentalvormacht in Ostasien nicht nur zu akzeptieren, sondern auch willens zu sein, Pekings Aufstieg zur Supermacht zu unterstützen. Der Kreml hat sich zum stärksten Förderer der chinesischen Militärmodernisierung entwickelt, indem er der Volksbefreiungsarmee hochmoderne Waffensysteme zur

Verfügung stellt. Ein neues Wettrüsten hat begonnen.

Doch auch diese Entwicklung ist letztlich nichts vollkommen Neues. In ihr spiegelt sich eine Kontinuität der Politik großer Mächte: Wie im Zweiten Weltkrieg Churchill, Roosevelt und Stalin gegen Hitler, Mussolini und den Tenno hatte der „Krieg gegen den Terror“ nach dem 11. September 2001 eine beeindruckende Allianz geformt. Neben Amerika und Europa standen erneut Russland und China in einer Reihe, so als habe es den Kalten Krieg nie gegeben. Als „Heilige Allianz“ gegen das „Böse“ gefeiert, schien Washington eine neue Ära von Bündnispolitik einzuleiten. Euphorisch wurde die Weltgemeinschaft immer wieder auf die außergewöhnliche Zusammensetzung der Anti-Terror-Koalition hingewiesen – ein Eindruck, der sich als Illusion erwiesen hat.

## NEUE ÄRA DER BÜNDNISPOLITIK?

„Die Aufgabe definiert die Koalition, nicht umgekehrt.“ Immer wieder sorgte diese Botschaft des damaligen amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld für Aufregung unter den alten und neuen Verbündeten Washingtons. Dabei mussten gerade sie aus ihrer eigenen Geschichte wissen, wie sehr das Weiße Haus diesen Leitsatz seit 1945 verinnerlicht hat: Ob vertraglich gesicherte Koalition oder Stellvertreterkrieg, Amerika führte die meisten seiner Feldzüge gegen den Kommunismus mit der Hilfe von Bundesgenossen. Auch das Beispiel Afghanistan zeigt, dass die Vereinigten Staaten bei der Wahl ihrer Mitstreiter nicht immer wählerisch waren.

Dieses Verhalten ist jedoch keinesfalls ein Alleinstellungsmerkmal der Amerikaner: Sahen sich im 20. Jahrhundert die großen Mächte einer Bedrohung gegenüber, die sie nicht allein bannen zu können glaubten, verbündeten sie sich mit in ihren Augen geeigneten Partnern. Ob Spanischer Bürgerkrieg, Erster und Zweiter Weltkrieg oder der Kalte Krieg mit seinen unzähligen Koalitionen in Asien, im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und Lateinamerika – nie wichen die Kombattanten von diesem Muster ab. Selbst die globale Ausdehnung des „War on Terror“ übertrifft keinesfalls die räumliche Weite der Kampfhandlungen im letzten Jahrhundert.

Die Gründe, aus denen die internationale Koalition gegen den Terrorismus bereits nach den ersten Erfolgen in Afghanistan deutliche Risse bekam, sind wiederum die schon bekannten nationalen Egoismen. Wie nach dem Sieg über die Achsenmächte von 1945 brachen abermals unterschiedliche nationale Interessen durch die dünne Decke der Allianz. Die Einstellung zur Politik der amerikanischen Entente reicht in den Bevölkerungen der arabisch-islamischen Staaten von skeptisch bis feindselig. Dies gilt auch für Russland und China, wo immer lauter nach der Anti-Terror-Dividende gefragt wird. Gegensätzliche politische Systeme und Gesellschaftsentwürfe spalten bis heute die ungleichen Partner – eine weitere Kontinuität in Zeiten nicht wirklich nachhaltiger Zäsuren wie der Charta von Paris.

# Geöffnete Fenster

---

Vor fünfzig Jahren ging das Zweite Vatikanische Konzil zu Ende

## CHRISTIAN FELDMANN

Geboren 1950 in Regensburg, Journalist, Rundfunk- und Buchautor, mehr als fünfzig Buchveröffentlichungen, in siebzehn Sprachen übersetzt.

Als sich im Herbst 1962 rund 2.540 Bischöfe, Äbte, Theologen zum Zweiten Vatikanischen Konzil versammelten, da war zum ersten Mal in der Geschichte tatsächlich die Weltkirche in Rom zugegen: Afrikaner, Asiaten, Lateinamerikaner aus den

jungen Kirchen der Dritten Welt, nicht bloß die importierten Missionsbischöfe aus dem alten Europa. Mit ihnen zogen die Probleme der gegenwärtigen Welt in die Konzilsaula ein, die Ängste und Sehnsüchte moderner Menschen, die Schwierigkeiten, die sie mit der alten Dame „Kirche“ haben, und die leise Hoffnung auf ein Wort, das die Welt verändern könnte.

Als das Konzil nach vier Sitzungsperioden am 8. Dezember 1965, vor genau einem halben Jahrhundert, zu Ende ging, da

hatte die uralte Mutter Kirche tatsächlich Mauern eingerissen, Türen und Fenster geöffnet. Die Anerkennung anderer christlicher Gemeinschaften als Kirchen, das Bekenntnis zur Religionsfreiheit, die neue Hochachtung anderen Religionen gegenüber, die Betonung der Mitverantwortung der Bischöfe in der Kirchenleitung, die Hochschätzung eigenständiger Laienaktivitäten, die Solidarität mit Sehnsüchten und Leiden der Zeit – das ist heute selbstverständlich, musste damals in Rom jedoch erst unter harten Kämpfen durchgesetzt werden.

„Es ist damals in Rom die Mär gegangen“, erzählt einer der ältesten noch lebenden Konzilsbeobachter – der 84-jährige emeritierte Wiener Weihbischof Helmut Krätzl gehörte als Student zu den Konzilsstenografen –, „das Konzil werde sehr kurz dauern. Die Vorbereitungsarbeiten haben die Kurialtheologen gemacht, die zum Teil sehr konservativ waren. Man hat gedacht, die Bischöfe werden in Ehrfurcht diese Dokumente lesen, abstimmen, und in vierzehn Tagen ist alles vorbei.“

Doch schon am dritten Tag kommt es zum Aufstand: Statt die von der Kurie vorgelegten Kandidatenlisten für die einzelnen Kommissionen einfach abzunicken, melden sich selbstbewusste Kardinäle wie Liénart aus Lyon oder der greise, fast blinde Frings aus Köln zu Wort – obwohl sie eigentlich gar nicht hätten reden dürfen – und erklären, man kenne diese Personen doch gar nicht, und fordern mehr Zeit und die Aufstellung weiterer Kandidaten. Es gibt donnernden Applaus in der Konzilsaula – was auch untersagt war –, und in der Folgezeit werden sämtliche Vorlagen der Kurie gründlich diskutiert und umgearbeitet. Die „Rheinische Allianz“, wie man die fortschrittlichen Kräfte aus

Frankreich, Belgien, den Niederlanden und dem deutschen Sprachraum nennt (unter ihnen die Kardinäle León-Joseph Suenens, Bernard Jan Alfrink, Franz König, Julius Döpfner und die „Startheologen“ Karl Rahner, Hans Küng und Joseph Ratzinger), leistet ganze Arbeit.

## **BETAGTER PAPST MIT LÖWENMUT**

„Die Bischöfe hatten diesen Mut“, ist Krätzl überzeugt, „weil sie den Papst hinter sich wussten.“ Johannes XXIII. (1958 bis 1963), der geistige Vater der Konzilsidee, sprach gern von einer plötzlichen Inspiration, von einer Eingebung des Heiligen Geistes. Aber der Konzilsplan war kein spontaner Einfall, er erörterte ihn bereits kurz nach seiner Wahl zum Papst – da war er 78 Jahre alt – mit den Wortführern der verschiedenen Fraktionen unter den Kardinälen. Wenn einer den Plan zu verwirklichen vermochte, von dem seine Vorgänger immer nur vage geträumt hatten, dann war es Papst Johannes XXIII.

Denn die uralte, im Westen im Lauf der Geschichte verschüttete, im Osten aber kraftvoll lebendig gebliebene Tradition der kollegialen Kirchenleitung konnte wohl kein Papst des 20. Jahrhunderts, kein Kardinal jener Jahre besser als der einstige Balkan-Diplomat Angelo Roncalli. Aus der Kirchengeschichte hatte er – ein leidenschaftliche Historiker – gelernt, dass eine Christenversammlung eher etwas mit Erneuerung, Selbstreinigung, Rückkehr zu den Wurzeln zu tun hatte als mit der gebündelten Verdammung zeitgenössischer Ideen. „Wir sind nicht auf der Erde, um ein Museum zu hüten“, pflegte er über die



Kirche zu sagen, „sondern um einen blühenden Garten voller Leben zu pflegen.“

Genau dieses Programm gab er seinen Bischofskollegen mit, als er das Konzil eröffnete: Aufgabe der Kirche sei es nicht, den kostbaren Schatz der überlieferten Lehre nur zu hüten und Aussagen der Kirchenväter und Theologen zu wiederholen, „sondern wir wollen uns mit Eifer, furchtlos, den Forderungen unseres Zeitalters stellen“.

Als Johannes XXIII. am 3. Juni 1963 starb, war erst eine Sitzungsperiode des Konzils vorüber. Aber die Bischofsversammlung hatte exakt den Weg eingeschlagen, auf den sie „Johannes der Gute“ geführt hatte – und der auch dem Denken und der religiösen Sehnsucht seines Nachfolgers Paul VI. entsprach. Der hatte als Giovanni Battista Kardinal Montini bei den Konzilsvorbereitungen eine wichtige Rolle gespielt. Experten wie Peter Hebblethwaite sehen in ihm den eigentlichen Kopf der Bischofsversammlung.

Als sich die Debatten festgefahren hatten und die Fülle der vorgeschlagenen Themen in ein Chaos zu münden drohte, legte er ein ebenso nüchternes wie weitblickendes Straffungsprogramm vor: Konzentration auf ein Hauptthema, das Wesen der Kirche, aber nicht in stolzer Selbstspiegelung, sondern unter dem Gesichtspunkt des Dienstes an den Menschen: „In dieser Welt ist die Kirche nicht Selbstzweck, sie dient allen Menschen“ (Papst Paul VI.). Die Geschichtsforscher sollten einmal über die Kirche der modernen Epoche sagen können: „Sie hat geliebt.“

Es ist tatsächlich eine erneuerte, verjüngte Kirche, die aus dem Zweiten Vatikanum hervorgegangen ist und neuen Schwung gefunden hat, indem sie zu ihren Ursprüngen zurückgekehrt ist. Diese

Kirche will nicht mehr im Getto leben, sondern sich mitten in der Welt engagieren. Sie will keine Insel der Seligen mehr sein, sondern Sauerteig der Erde, Ferment der menschlichen Entwicklung. Gemeinschaft des Gottesvolkes statt Machtpyramide. Pilgerndes Gottesvolk, in der Geschichte unterwegs, lernend und sich entwickelnd, heilig und sündig, statt einer perfekt durchorganisierten Truppe, die sich gern mit dem Reich Gottes verwechselte. Verpflichtung zum Zeugnis statt des Rechts, zu herrschen. Begegnung statt Polemik, Gespräch statt Kampf, Zusammenarbeit statt Abschottung.

Von einer „fundamentalen Zäsur in der Geschichte des Christentums“ sprach der deutsche Theologe Karl Rahner, von einer innerlich angenommenen neuen Haltung gegenüber anderen Christen und gegenüber den nicht-christlichen Weltreligionen. Es sei „etwas Neues geschehen, das irreversibel ist, das bleibt. Ob wir in der dumpfen Bürgerlichkeit unseres kirchlichen Betriebs hier und jetzt dieses Neue ergreifen und leben, das ist eine andere Frage.“

## DEMUT UND VERDRÄNGUNG

Rahner, der Prophet, hatte recht: Die Begeisterung des neuen Anfangs ist im Lauf der Jahre, im mühsamen kirchlichen Alltagsgeschäft verfliegen. Die moderne Gesellschaft hat der Kirche ihre Dialogfähigkeit nicht immer geglaubt, die offenen Arme wurden nicht erwidert. Vielleicht hat die Konzilskirche bei ihrem begeisterten Ja zur Welt und zum Fortschritt damals auch zu wenig bedacht, dass das Selbstgefühl der Moderne bereits zu

kriseln und zu bröckeln begann. Als die Kirche dann vom weltweiten Missbrauchsskandal erschüttert wurde, der in einem kaum vorstellbaren Ausmaß Vertrauen kostete, brachte er aber auch bei vielen kirchlichen Repräsentanten eine Demut und kritische Reflexion hervor, die man ihnen nicht zugetraut hatte.

Andere flüchteten sich in die alte Wagenburg-Mentalität. Die kürzlich zu Ende gegangene Familiensynode im Vatikan scheint dafür ein Beispiel zu sein. Statt sich ernsthaft auf die gesellschaftliche Realität mit ihren verschiedenen Lebensentwürfen einzulassen und den gescheiterten Ehepaaren, den Alleinerziehenden, den Homosexuellen eine echte Perspektive innerhalb der Kirche anzubieten, wie es der Papst gewollt hatte, blieb es hauptsächlich bei unverbindlichen Freundlichkeiten.

Ist das Konzil nach einem halben Jahrhundert endgültig gescheitert, sind die offenen Fenster, die Johannes XXIII. gefordert hatte, mit lautem Knall wieder zu gefallen? Das Jubiläum solle man eher mit einem Bußgottesdienst feiern, meint der widerborstige Konzilstheologe Hans Küng: „Man nutzt die Informationen über die Welt nur, um sich selbst bestätigen zu lassen.“ Alt-Weihbischof Krätzl antwortet auf die Frage, ob ein Drittes Vatikanisches Konzil nötig sei: Bloß nicht! „So wie die Großwetterlage in der Kirche heute ist, würde ein Drittes Vatikanum wahrscheinlich versuchen, eine Korrektur des Zweiten vorzunehmen. Man sollte aber die Potenziale heben. Die heißen Eisen darf man nicht abkühlen lassen.“

Die gemäßigt liberale Katholikin Annette Schavan, ehemals Bundesbildungsministerin und heute deutsche Botschafterin beim Heiligen Stuhl, gibt zu bedenken,

dass der in Europa abgeflaute konziliare Aufbruch in anderen Teilen der katholischen Welt durchaus noch lebendig sei. Die Kirche stehe immer noch in einem schwierigen Lernprozess.

Genau wie Schavan beharrt Hans Maier – einst bayerischer Kultusminister und Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken – darauf, die Kirche könne nicht hinter die im Konzil formulierten Positionen zurück, und hofft auf einen „gelegentlichen kleinen Aufstand beim Kirchenvolk“. Der renommierte Konzilsforscher Günther Wassilowsky, Kirchenhistoriker in Linz, rät zur nüchternen Geduld: Statt der vom Konzil intendierten Stärkung der Bischöfe und der Laienverantwortung sei zwar ein römischer Zentralismus zu beobachten, „wie es ihn nie zuvor in der Kirchengeschichte gegeben hat“. Aber „hätte es dieses Konzil nicht gegeben, wären die Schwierigkeiten der katholischen Kirche noch viel größer“.

Die Texte seien keineswegs beliebig interpretierbar und von konservativen Gruppen umzufunktionieren. Denn viele scheinbar mögliche Interpretationen seien „im Ereignis des Konzils ausdrücklich zurückgewiesen“ worden. Zum Beispiel habe allein schon die Einberufung des Konzils mit dem vom unvollendeten Ersten Vatikanum suggerierten Irrglauben Schluss gemacht, der Papst könne ohnehin alles entscheiden und Bischofsversammlungen seien in Zukunft überflüssig. Wassilowsky: „Deshalb spielt die Rede vom ‚Geist des Konzils‘ sehr wohl eine Rolle.“

Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2016  
zum Thema

# Wir — Wofür Deutschland steht

Hierzu schreiben unter anderen Marica Bodrožić,  
Alexander Demandt und Herfried Münkler.

## IMPRESSUM

Nr. 535, November/Dezember 2015, 60. Jahrgang, ISSN 0032-3446

### DIE POLITISCHE MEINUNG



Konrad  
Adenauer  
Stiftung

### Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von

Wolfgang Bergsdorf, Hans-Gert Pöttering,  
Bernhard Vogel

### Begründet 1956 von

Otto Lenz und Erich Peter Neumann

### Geschäftsführung

Walter Bajohr

### Redaktion der vorliegenden Ausgabe

Bernd Löhmann (Chefredakteur)  
Rita Anna Tüpper-Fotiadis (Redakteurin)  
Redaktionsassistentz: Cornelia Wurm  
Studentischer Mitarbeiter: Christopher Menzel

### Anschrift

Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin  
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin  
Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92  
Faxnummer: (0 22 41) 2 46 26 10  
rita.tuepper-fotiadis@kas.de  
cornelia.wurm@kas.de  
www.politische-meinung.de

### Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag A. Fromm,  
Postfach 19 48, 49009 Osnabrück  
Telefonnummer: (05 41) 31 03 34  
Faxnummer: (05 41) 31 04 11  
C.Brinkmann@fromm-os.de

### Herstellung

Druck- und Verlagshaus FROMM GmbH & Co. KG  
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

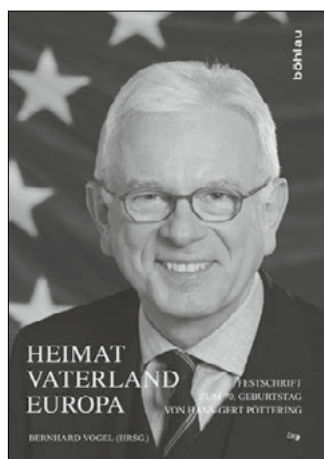
### Konzeption und Gestaltung

Stan Hema GmbH  
Agentur für Markenentwicklung, Berlin  
www.stanhema.com

### Bezugsbedingungen

Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr.  
Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 €  
zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten  
erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugs-  
dauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern  
das Abonnement nicht bis zum 15. November eines  
Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen  
über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Poli-  
tischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten  
die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch  
bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich  
abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch  
Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



BERNHARD VOGEL (HG.)

## **HEIMAT - VATERLAND - EUROPA**

FESTSCHRIFT ZUM 70. GEBURTSTAG VON  
HANS-GERT PÖTTERING

Der Dreiklang von Heimat, Vaterland und Europa stellt die Dimensionen des politischen Wirkens des Europapolitikers Hans-Gert Pötering dar. Von der ersten Direktwahl 1979 bis zu seinem Ausscheiden im Jahr 2014 gehörte der CDU-Politiker dem Europäischen Parlament an, dessen Präsident er von 2007 bis 2009 war. In dieser Funktion, aber auch als Vorsitzender der EVP/ED-Fraktion zwischen 1999 und 2007, war Pötering u.a. maßgeblich an der Erweiterung der Europäischen Union um die mittel- und osteuropäischen Staaten sowie am Zustandekommen des Vertrags von Lissabon beteiligt. Politische Weggefährten aus Niedersachsen, Deutschland und Europa, die Pötering in den vergangenen vier Jahrzehnten begleitet haben, würdigen in dieser Festschrift sein Engagement für die Einigung Europas in Frieden und Freiheit.

2015. 513 S. 2 S/W- UND 6 FARB. ABB. GB. 155 X 230 MM | ISBN 978-3-412-50193-8



Weil wir die  
beste Bank für  
den Mittelstand  
bleiben wollen.

Mittelstandsbank

**COMMERZBANK** 

Die Bank an Ihrer Seite